# Ländlicher Raum

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E. V.

**Schwerpunkt**
**Schulpolitik im ländlichen Raum**

**Interview**
**Schulministerin Sylvia Löhrmann, NRW**

**ASG-Herbsttagung**
**Energiewende im ländlichen Raum**

H 20781 | 63. Jahrgang | 04/2012 | www.asg-goe.de

# Inhaltsverzeichnis


## ASG

1 Am Rande notiert – ASG-Vorsitzender Dr. Martin Wille
2 Herbsttagung 2012: Abstimmung von Energieerzeugung und -konzepten notwendig
8 ASG-Termine: Frühjahrs- und Herbsttagung 2013
9 Kommentar zur Energiewende: Die Schattenseiten des EEG
10 Wechsel in ASG-Geschäftsführung – bisheriger Geschäftsführer Dr. Dieter Czech im Ruhestand
10 ASG-Projekt: Landwirtschaftliche Sorgentelefone und Familienberatungen in Niedersachsen weiten Beratung aus
11 Fachforum zur ländlichen Entwicklung auf der Internationalen Grünen Woche Berlin 2013
12 LandSchau in Halle 4.2: Neue Gemeinschaftsschau weckt „Lust aufs Land“

## Agrarpolitik

14 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Von Feinden umzingelt
16 Ein Bundesträger für landwirtschaftliche Sozialversicherung: Was lange währt …

## Landwirtschaft

17 Landwirtschaftliche Hofübergabe: Herausforderung an Jung und Alt
20 Althofstellen in Bayern: Die Landwirtschaft geht, der Bauernhof bleibt
24 Netzwerke im ländlichen Raum – für Menschen mit und ohne Behinderung

## Ländlicher Raum

27 Resolution von Bleiwäsche 2012
28 Bildungsprojekt WeltGarten Witzenhausen

## Schwerpunkt Schulpolitik im ländlichen Raum

30 Entdifferenzierung der regionalen Schulstruktur?
34 Expansion des Privatschulsektors im letzten Jahrzehnt
36 Vorsorgen für die nächste Generation? Schulen in alternden Gemeinden
38 Interview mit Sylvia Löhrmann: Schule ist ein wichtiger Standortfaktor
41 Der ländliche Raum braucht staatliche Verantwortung für die Bildung – wider eine Kommunalisierung von Lehrern
44 Landlehrer/-innen in Sicht?

## Aus der Forschung

46 Die Zukunft der Dörfer – zwischen Stabilität und demografischem Niedergang
46 Standortfindung für Windkraftanlagen im Naturpark Altmühltal – Zonierungskonzept
46 Kurzumtriebsplantagen aus ökologischer und ökonomischer Sicht

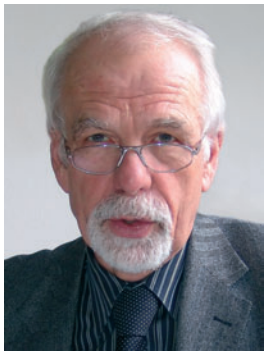
## Personalien

46 Dr. Theodor Weber im Ruhestand

## Für Sie gelesen

47 Erneuerbare Energien unterstützt durch GIS und Landmanagement
47 Erfolgsfaktor Energieeffizienz. Investitionen, die sich lohnen
47 Energiewende nach Fukushima


Foto Titelseite: Herbst © Stefan Körber - Fotolia.com



Im letzten Jahr haben wir im Rahmen unserer Herbsttagung nach der Zukunft der landwirtschaftlichen Tierhaltung gefragt, haben damit ein kontrovers diskutiertes Thema aufgenommen und sind auf großes Interesse gestoßen. Zwei Welten, so scheint es, haben sich herausgebildet: Die erste, reale Welt, in der landwirtschaftliche Nutztiere in immer größeren Beständen spezialisierter Unternehmen gehalten werden, in der sich Viehhaltung in bestimmte Regionen verlagert hat, in der seitens der Landwirtschaft Flächenknappheit und steigende Pachtpreise beklagt werden und in der in den Augen breiter gesellschaftlicher Gruppen nicht akzeptable Tierschutz- und Umweltprobleme entstanden sind. Diese werden durch die Energiewende – Thema unserer diesjährigen Herbsttagung (s. ausführliche Darstellung auf den Seiten 2-9) – zusätzlich verschärft.

Probleme standen zwar nicht im Mittelpunkt der Herbsttagung 2012, weil wir zunächst die Chancen der Energiewende für unsere ländlichen Räume ausleuchten wollten. Aber: Der angestrebte Ausbau flächenbeanspruchender erneuerbarer Energien, die derzeitige Förderpolitik im Rahmen des EEG und die noch geltende Biokraftstoffpolitik der EU werden die Nutzungskonflikte verschärfen. Die Pacht- und Bodenpreise sind in manchen Regionen geradezu explodiert. Sie bergen innerlandwirtschaftlichen Sprengstoff: Bodeneigentümer gegen Pächter, Viehhalter gegen Biomasseproduzenten. Hinzu kommt, dass auch kapitalkräftige außerlandwirtschaftliche Investoren einsteigen und in größerem Umfang Flächen aufkaufen. Die negativen Auswirkungen der Energiewende im ländlichen Raum, die möglichen sozialen und strukturellen Verwerfungen müssen vertieft diskutiert werden: Wem gehört das Land? Welche Strukturen wollen wir? Denn da ist die zweite Welt, die Welt, in der Wünsche und Erwartungen zum Ausdruck kommen, die teilweise weit entfernt von jenen der ersten Welt liegen, die aber von Nichtregierungsorganisationen aufgenommen werden und sich auch in politischen Forderungen niederschlagen. Beispielhaft dafür kann ein Beschluss der grünen Bundestagsfraktion vom September 2012 stehen: „Wir wollen das System der Agrarindustrie überwinden.“ Und weiter: „Eine bäuerliche, das heißt ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Landwirtschaft mit regional angepasster Größenstruktur und artgerechter Tierhaltung ist die richtige Antwort.“

Wir wissen die richtige Antwort (noch) nicht. Deshalb werden wir Strukturfragen zum zentralen Thema der ASG im Jahr 2013 machen. Dabei werden wir das aufgreifen, was die von Bundesministerin Ilse Aigner berufenen Moderatoren des Charta-Prozesses – Professor Dr. Hartwig de Haen und Professorin Dr. Lucia Reisch – in ihrem Abschlusspapier der Politik empfohlen haben: In einer Lebensmittelstrategie sollen Ziele und Prioritäten mit dem Anliegen benannt werden, „die hohen gesellschaftlichen Erwartungen an die Agrar-, Ernährungs- und Verbraucherpolitik mit den realen Möglichkeiten zu verbinden“. Dafür ist in der Tat die von den Koordinatoren vorgeschlagene Fortsetzung des Dialogs mit den gesellschaftlichen Gruppen notwendig. Wir als ASG laden alle Interessierten ein, in unserer Zeitschrift und bei unseren Tagungen weiter zu diskutieren.

Ihr

StS. a.D. Dr. Martin Wille
Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

*„Noch gibt es über die Ziele der Energiewende weitgehend Einvernehmen, aber über die richtige Strategie, um die Ziele bestmöglich zu erreichen, bestehen sehr kontroverse Auffassungen.“*

Dr. Martin Wille, StS. a.D. und Vorsitzender der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

*„Die Energiewende ist das Thema der Stunde. Sie fordert unser gesamtes Ingenieurswissen, aber auch unsere Managementqualitäten und unsere politischen Fähigkeiten.“*

Peter Bleser, Parl. StS., Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

**Herbsttagung 2012:**

# Abstimmung von Energieerzeugung und -konzepten notwendig

Die Energiewende sei ein Megathema geworden, stellte Dr. Martin Wille in seiner Begrüßung fest. Ob es um den Ausbau des Stromnetzes oder der Windenergie gehe, die Energiewende finde im ländlichen Raum statt. Mittlerweile würde jedoch die Realisierbarkeit der Ausbauziele von unterschiedlicher Seite angezweifelt, auch die bisherige Bioenergiepolitik der EU und der Bundesregierung unterläge zunehmend der Kritik. Die EU-Kommission habe bereits reagiert und den Vorschlag einer neuen Biokraftstoffpolitik unterbreitet. Insgesamt stelle der Umbau der Energieversorgung Bund, Länder und Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft vor gewaltige Herausforderungen.

## Energiewende „auf Sicht fahren“

Die Energiewende ist nicht kostenfrei machbar, dies müsse der Bevölkerung vermittelt werden, betonte Peter Bleser. Damit Zeit für technologische Entwicklungen bleibe, dürfe die Energiewende nicht zu schnell vollzogen werden. Welche Technologie in Zukunft die größte Rolle spielen werde, stehe noch nicht fest. Bioenergie habe heute einen Anteil von zwei Dritteln der regenerativ erzeugten Energiemenge, ihr Anteil am grünen Strom betrage 25 %. Von „Wind und Wetter“ unabhängig, sei die Bioenergie ein wesentlicher Pfeiler für die Erreichung der Energieziele in Deutschland. Jedoch müsse die zunehmende Konkurrenz von Energie- und Lebensmittelerzeugung um die Fläche entschärft und für mehr Akzeptanz gesorgt werden. Fehlentwicklungen müssten erkannt und Übersteuerungen beseitigt werden. Deshalb werde das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) Ende nächsten Jahres angepasst. Das BMELV setze sich bei der Bioenergie dafür ein, die Reststoffnutzung zu optimieren, die Flächenproduktivität von Energiepflanzen zu erhöhen, die verfügbaren nachhaltigen Holzpotenziale zu erschließen und den Import nachhaltig erzeugter Biomasse sicherzustellen.

## Bioenergieförderung überprüfen

Schon jetzt betrage der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Sachsen-Anhalt über 35 %, so Dr. Wolfgang Milch. Erneuerbare Energien hätten eine große Bedeutung für den Arbeitsmarkt, die Wertschöpfung und die Identifikation mit der Region. Bewährte Strukturen im ländlichen Raum dürften jedoch nicht durch ortsfremde Kapitalgeber zerstört werden. Die Beteiligung der Bürger müsse daher verstärkt werden.

Die in der Gründungsphase befindliche Energieagentur des Landes solle Kommunen sowie kleine und mittlere Unternehmen bei fachlichen Fragen unterstützen. Den Kommunen käme z. B. bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, die auch aus Mitteln für den ländlichen Raum gefördert werde, eine Vorbildwirkung zu.

Der starke Anstieg der Maisflächen gehe zu Lasten der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln. In Deutschland seien schon jetzt etwa 18 % der landwirtschaftlichen Flächen mit Energiepflanzen bedeckt, sie trügen jedoch nur zur Deckung von 2 % des Bedarfs bei. Landwirtschaftliche Flächen seien jedoch kaum vermehrbar und von der Versorgung mit Nahrungsmitteln hänge am Ende Krieg und Frieden in dieser Welt ab.

Positiv sei, dass Landwirte mit den erneuerbaren Energien neue Einkommensmöglichkeiten hätten. Durch die hohe Förderung komme es jedoch zu erhöhter Nachfrage nach Flächen und damit zu Preissteigerungen am Bodenmarkt. Dies wiederum begünstige den Einstieg von landwirtschaftsfremden Investoren und erhöhe die Gefahr struktureller Verschiebungen in der Landwirtschaft. Zwar müsse auch auf die Rolle der BVVG ein kritischer Blick geworfen werden, doch sei es in jedem Fall notwendig, die derzeitige Förderung von Bioenergie zu überprüfen.

## Erstes Klimaschutzgesetz auf dem Weg

Als erstes Bundesland werde NRW Minderungsziele für Treibhausgase (THG) in einem Gesetz festlegen, so Martin Hannen. Die Summe der THG-Emissionen solle bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 % und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 % im Vergleich zu

*„Wir brauchen ein hohes Maß an Vernetzung, klare und transparente Entscheidungsstrukturen und ein synchronisiertes Vorgehen.“*

Dr. Wolfgang Milch, stellv. StS., Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt

*„Die Energiewende ist nicht nur eine technische Herausforderung, sondern auch eine gesellschaftliche.“*

Martin Hannen, MR, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV)

1990 verringert werden. Wegen der hohen Bedeutung von Energiewirtschaft und Industrie im Land sei dies eine große Herausforderung. Ein Drittel der in Deutschland emittierten THG stamme aus NRW.

Als „Road-Map“ zur Erreichung der Ziele diene der „Klimaschutzplan“. Unter Federführung des MKULNV würden Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verwaltung, Kommunen, Unternehmen und Verbänden Vorschläge für Klimaschutzstrategien und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels entwickeln. Zentrale Gremien seien ein Koordinierungskreis und sechs Arbeitsgruppen, die mit ihren Sitzungen bereits begonnen hätten. Ihre Arbeit könne online verfolgt werden. In der zweiten Phase solle der Partizipationsprozess dann auf Bürgerinnen und Bürger ausgedehnt werden. Der Entwurf des Klimaschutzplans werde nach Abstimmung unter den Ressorts in den Landtag eingebracht werden. Eine Verbindlichkeit sei ausschließlich für öffentliche Stellen gegeben. So solle bis 2030 der gesamte Baubestand klimaneutral sein. Insbesondere bei der Nutzung von Windenergie und von Fernwärme bestünden in NRW noch große Potenziale. Bio-Treibstoffe seien mangels Flächen keine Option.

## Diskussion: Nachjustierungsbedarf bei EEG und Kompensationsverordnung

Mit der Frage, ob die von Umweltminister Peter Altmaier vorgeschlagenen festen Ausbauquoten zur Kostenbegrenzung richtig seien, leitete Dr. Ludger Schulze Pals die Diskussion ein. Ohne eine gewisse Kappung gehe es nicht, bestätigte Peter Bleser, diese sei teilweise aber schon im EEG enthalten. Das Ausbauziel von 52 GW bei der Fotovoltaik sei wahrscheinlich Ende nächsten Jahres erfüllt. Die Verringerung der Einspeisevergütung und die Begrenzung des Maisanteils auf 60 % hätten bereits zu dem beabsichtigten starken Einbruch beim Verkauf von Biogasanlagen geführt. Eine dramatische Entwicklung gäbe es allerdings bei den Offshore-Anlagen: einerseits fehlten noch die Netze, andererseits sei dieser Windstrom mit 19 Ct/kWh sehr teuer.

Der Kritik, dass die Anpassung des EEG nicht zügig genug erfolge und die Botschaften der Bundesregierung nicht eindeutig seien, widersprach Bleser. Unterschiedliche Interessen spielten eine Rolle: So hätten sich die Länder beim Energiegipfel Zeit gekauft, um die eigene Wertschöpfung noch erhöhen zu können. Beispielsweise bestünde in Bayern noch ein Defizit bei Fotovoltaik und Wind. Zudem erfolgten ständig technologische Sprünge mit wenig absehbaren Folgen. Es sei wahrscheinlich, dass in ein bis zwei Jahren wirtschaftliche Stromspeichermöglichkeiten für Privathaushalte zur Verfügung stünden. Dann sei es günstiger, den Sonnenstrom selbst zu nutzen und die Einspeisevergütung entfalle. Auch Dr. Milch betonte, dass für Veränderungen des EEG fundierte Grundlagen nötig seien. So habe die Agrarministerkonferenz bezüglich der Biomasse ein klares Signal gegeben: Die Nutzung von Reststoffen in 75 kW-Anlagen werde unterstützt.

Nach Auffassung von Prof. Dr. Peter Weingarten, Johann Heinrich von Thünen-Institut, müssten die THG-Vermeidungskosten bei den einzelnen Maßnahmen stärker berücksichtigt werden. Zudem würden faktisch keine THG-Einsparungen erzielt, wenn die Emissionsrechte nicht gekürzt würden. Hannen bestätigte, dass die Lenkungswirkung des Emissionshandels mit 10-11 €/t $CO_2$ gering sei. Tatsächlich müsse bei der Nutzung von Reststoffen aus dem landwirtschaftlichen Bereich die Stromkostendiskussion in den Hintergrund treten. Das THG-Minderungspotenzial sei bei Gülle und Stroh besonders hoch und eine Minderung günstig zu erzielen.

Einvernehmen bestand bei den Diskutanten darüber, dass die Gestaltung der naturschutzrechtlichen Kompensation beim Ausbau der Windenergie und der Stromtrassen eine große Rolle spiele. Bleser wies darauf hin, dass er eine Diskussionsplattform leite, die Vorschläge erarbeiten solle, wie die Kompensation auf landwirtschaftlichen Flächen reduziert werden könne. Er bedauerte, dass seitens des Umweltschutzes immer noch die Einstellung bestehe, dass Landwirtschaft ein Eingriff sei. Angesichts der Welternährungssituation sei eine Aufforstung von Ackerflächen ethisch nicht zu vertreten. Im Hinblick auf die neu zu beschließende Kompensationsverordnung habe er die Landwirtschaftsministerien der Länder aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Möglichkeiten des Bundesnaturschutzgesetzes voll ausgeschöpft. werden. Danach seien landschaftliche Veränderungen durch Windkraftanlagen oder Stromtrassen nicht kompensationspflichtig.

*„Eine autarke Stromversorgung für Deutschland ist die teuerste Alternative. Am günstigsten wäre ein Verbund mit den nordischen Ländern und Pumpspeicherwerke in Norwegen.“*

Prof. Dr. Karin Holm-Müller, Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn

*„Wir brauchen in Europa eine Landwirtschaft, die mit modernen Produktionsmethoden die Ressourcen schützt und zugleich hoch produktiv ist. Nur mit Effizienz können wir bei global steigenden Rohstoffpreisen unseren Lebensstandard sichern.“*

Frank Zedler, Präsident des Landesbauernverbandes Sachsen-Anhalt

## 100 % erneuerbare Stromversorgung ist realisierbar

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) habe 2011 im Sondergutachten „Wege zur 100 % erneuerbaren Stromversorgung“ belegt, dass eine Stromversorgung vollständig aus erneuerbaren Energien möglich und kostenverträglich ist, so Prof. Dr. Karin Holm-Müller. Vor dem Hintergrund des 2-Grad-Ziels gäbe es auch keine Alternative, weil der $CO_2$-Ausstoß anderer Sektoren wie der Landwirtschaft und des Verkehrs sehr viel schwieriger zu senken sei.

Der Umstieg auf regenerative Stromversorgung bedeute – auch bei Einbezug von Offshore-Windkraftanlagen – die Umstellung auf dezentralere Erzeugungsstrukturen, die zudem teilweise fern der Verbrauchszentren angesiedelt seien. Solaranlagen, Windräder und Biogasanlagen hätten zusätzliches Einkommen im ländlichen Raum geschaffen. Gleichzeitig sei aber durch den Anstieg des Maisanbaus der Nutzungsdruck auf die Fläche erheblich gestiegen. Dies gehe auch zu Lasten des Naturschutzes – allein zwischen 2007 und 2011 seien, wenn man die selbstbegrünte Brache mitrechnet, mehr als 10 % des Grünlands verloren gegangen. Der SRU spräche sich deshalb dafür aus, die Förderung von Anbaubiomasse stark zurückzufahren und stattdessen vorrangig die Nutzung von Reststoffen – auch Abfälle aus der Landschaftspflege – zu fördern. Gerade erst am Anfang stehe der Netzausbau, der eine zentrale Aufgabe darstelle, wenn die Energiewende gelingen solle. Diese Aufgabe könne nur gemeistert werden, wenn Konflikte durch sorgfältige Planung reduziert und Transparenz und Bürgerbeteiligung gewährleistet seien.

## Bioenergie und Lebensmittelerzeugung schließen sich nicht aus

Wenn in Deutschland über die Energiewende gesprochen werde, sei vor allem von Sonne und Wind die Rede, so Frank Zedler. Durch technologische Entwicklung und Kostenvorteile gehöre diesen die Zukunft. Heute sei jedoch die Bioenergie die wichtigste erneuerbare Energiequelle in Deutschland. Auf dem Wärmemarkt sei Holz dominierend und bei der Mobilität gäbe es praktisch keine Alternative zu den Biokraftstoffen. Auch bei der Stromerzeugung spiele Biomasse eine große Rolle.

Steigende Energiepreise bedeuteten – zumindest auf mittlere Sicht – eine neue Preisuntergrenze für Agrarrohstoffe. In den letzten Jahrzehnten sei Getreide billiger als Öl gewesen, diese anormale Situation müsse zu Ende gehen. Der Vorwurf gegenüber der Landwirtschaft, sie würde durch die Energieerzeugung aus Biomasse künstlich das Nahrungsmittelangebot verknappen, sei allerdings absurd. Nicht einmal 4 % der Getreideernte in der EU würden für Bioethanol eingesetzt und die aufbereitete Schlempe werde als wertvolles Eiweißfuttermittel verkauft. Ähnliches gelte für Ölmühlen und Biodieselfabriken. Es müsse daher eigentlich „Teller und Tank“ heißen.

Hinsichtlich des Netzausbau fordere sein Verband vor allem bei der Trassenplanung möglichst wenig Durchschneidungen der landwirtschaftlichen Flächen, eine wiederkehrende Vergütung für die Flächen, über die die neuen Stromtrassen laufen, und eine flächenschonende Kompensation, z.B. durch Entsiegelung oder Aufwertung bestehender Naturgebiete.

## Die Energiewende nachhaltig gestalten

Für eine wirkliche Energiewende in Deutschland seien aus der Sicht des BUND erheblich größere Anstrengungen bei der Energieeinsparung, der effizienteren Energienutzung und dem naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig. Auch Klaus Brunsmeier bezeichnete dabei die Biomasse als einen wesentlichen Baustein. Sie müsse jedoch umwelt- und naturverträglich gewonnen werden. Mindestkriterien für hohe EEG-Vergütungen seien eine dreigliedrige Fruchtfolge und ein Maisanteil im Gesamtbetrieb von max. 30 % der Fläche. Zusätzlich seien genmanipulierter Mais und chemisch-synthetische Spritz- und Düngemittel auszuschließen. Reststoffe wie Mist, Gülle, Restholz und Landschaftspflegematerial müssten künftig besser genutzt werden. Priorität bei der Landnutzung hätte erstens die Lebensmittelerzeugung, entsprechend des Leitbilds Ökolandbau, und zweitens die Futtermittelerzeugung. Die Flächen hierfür müssten im Rahmen einer Eiweißstrategie für Europa zur Vermeidung von Importen ausgebaut und gleichzeitig die Tierhaltung auf den heimischen Bedarf reduziert werden. Innerhalb der nachwachsenden Rohstoffe seien Agrotreibstoffe als nachrangig zu betrachten.

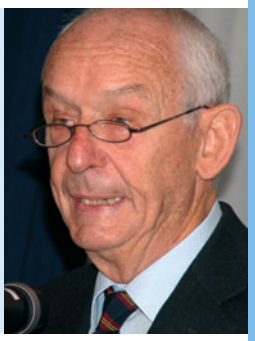
Der BUND fordere auf den Naturraum bezogene Konzepte und Lösungen, die sich am besten im Rahmen der Regionalplanung steuern und umsetzen ließen. Hierzu gehörten Obergrenzen für bestimmte Bodennutzungen im Rahmen der Landschaftsplanung, denn das EEG könne nicht alle Probleme lösen.

*„Landwirte eingeschlossen, werden heute mehr als 50 % der installierten Leistung an erneuerbaren Energien von Privatpersonen erzeugt. Eine wirkliche Energiewende in Deutschland wird ‚bottom up' erfolgen oder gar nicht."*

Klaus Brunsmeier, stellv. Vorsitzender BUND e.V.

*„Eine erst stoffliche, z. B. durch Papier, und erst danach energetische Nutzung von Biomasse wäre nur in einer zentral gesteuerten Planwirtschaft möglich. Die Märkte sollen das entscheiden."*

Dr. Heinz Kopetz, Präsident des Weltbiomasseverbandes



## Diskussion: Dezentrale Erzeugung und zentrale Netzplanung

Der BUND lehne Biokraftstoffe nicht grundsätzlich ab, erläuterte Brunsmeier in der Diskussion. Eine vollständige Versorgung des heutigen Fahrzeugparks mit Agrosprit oder mit 100 % Strom aus erneuerbaren Energien sei jedoch utopisch. Regionale und dezentrale Ansätze mit Pflanzenöl könnten hingegen sinnvoll sein. Prof. Dr. Holm-Müller ergänzte, dass wir uns zwar leisten könnten, Flächen für unsere Mobilität zu nutzen. Diese würden jedoch Anderen nicht mehr für Nahrungsmittel zur Verfügung stehen. Es sei eine Frage der Verteilung von Wohlstand.

Dr. Willy Boß, Geschäftsführer der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt, bestätigte extreme Auswirkungen der Bioenergie auf den Bodenmarkt in Schleswig-Holstein und im nordöstlichen Niedersachsen. In Sachsen-Anhalt sei die Flächenkonkurrenz, von lokalen Ausnahmen abgesehen, weniger groß. Nach Ansicht von Zedler dürfe mit Bioenergie nicht mehr Geld verdient werden als mit Nahrungsmitteln. Auf guten Böden mache es keinen Sinn, NaWaRos anzubauen, bei einem hohen Grünlandanteil und der Nutzung von Nahwärme hätten Biogasanlagen in den Händen von Landwirten aber viele Vorteile. Was und wie angebaut werde, sei allerdings eine unternehmerische Entscheidung, Vorschriften lehne er ab.

*„Die Energiewende ist machbar. Darüber besteht Einigkeit unter den Teilnehmern. Nur die Instrumente, die gewählt werden sollen, sind noch recht unterschiedlich."*

Dr. Ludger Schulze Pals, Chefredakteur top agrar

Regionale Ansätze seien zwar für die Akzeptanzerhöhung vor Ort gut, so Prof. Dr. Weingarten, es müsse aber nicht jede Region energieautark werden, komparative Kostenvorteile seien zu nutzen. Auch Prof. Dr. Holm-Müller betonte die Notwendigkeit einer aus gesamtgesellschaftlicher Sicht kostengünstigen Energieversorgung. Es sei eine Mischung aus Markt und Staat anzustreben. Netze müssten geplant werden, gleichzeitig werde die Erzeugung aber dezentraler. Künftig würden nicht nur vier oder fünf große Energieversorger am Markt sein. Für eine 100 % erneuerbare Stromerzeugung bis 2050 sei eine stärkere Vernetzung, mehr Lastmanagement, mehr Speicher und mehr Kapazität erforderlich. Je größer das Netz sei, desto weniger Reservekapazität müsse zur Verfügung gestellt werden. Der Ausbau der regenerativen Energie erfolge zu Recht nicht marktgesteuert. Ziel des EEG sei es aber nicht gewesen, Einkommen für die Landwirtschaft zu schaffen. Dem widersprach Dr. Theodor Weber, MinDirig a.D.; die Motivation, die Bioenergie in das EEG aufzunehmen, sei erstens die Generierung von Einkommen für Bauern und ländlichen Raum und zweitens die Stabilisierung der Agrarmärkte gewesen. Ohne die Förderung der Bioenergie läge heute der Milchpreis niedriger.

Auf Nachfrage von Dr. Schulze Pals betonte Brunsmeier, dass die Energiewende nicht zu Lasten des Umwelt- und Naturschutzes gehen dürfe. Produktionsintegrierte Lösungen bei Ausgleichsmaßnahmen müssten dauerhaft sein. Während Dr. Boß auf bewährte Möglichkeiten der dauerhaften Absicherung von produktionsintegrierten Maßnahmen hinwies, lehnte Zedler Ausgleichsmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen grundsätzlich ab.

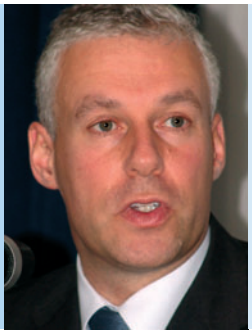
### Fossile Energie zur Wärmeerzeugung durch Bioenergie ersetzen

Biomasse sei weltweit die mit Abstand wichtigste erneuerbare Energiequelle und als einzige problemlos speicherbar, betonte Dr. Heinz Kopetz. Allerdings sei im Sinne der Nachhaltigkeit entscheidend, dass nicht mehr Biomasse genutzt werde, als im gleichen Zeitraum nachwachse. Eine besonders günstige $CO_2$-Reduktion sei durch den Ausbau der Fernwärme und eine Forcierung von kleinen Heizanlagen auf Basis von Pellets oder Hackgut zu erreichen. Wärme stelle mehr als 50 % des Energiebedarfs dar.

Die heutige Nutzung fossiler Energien führe zu einer riesigen Belastung, die von nachfolgenden Generationen getragen werden müsse. 2012 betrage die Summe der $CO_2$-Emissionen weltweit 31 Gt/Jahr. Sollten keine $CO_2$-Reduzierungen vorgenommen werden und damit dieses Niveau weiterhin konstant bleiben, müssten die Emissionen

*„Ein ambitionierter Klimaschutz bleibt ein entscheidender Treiber für den Umbau der Energieversorgung; er setzt wichtige Investitionssignale für Innovationen und technologischen Fortschritt.“*

Dr. Marco Trips, Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes



*„Menschen sind viel eher bereit, ein Windrad oder eine Biogasanlage im eigenen Ort zu akzeptieren, wenn sie selbst daran beteiligt sind und nicht ein anonymer Investor profitiert.“*

Dr. Andreas Wieg, Abteilungsleiter Vorstandsstab, Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband

ab 2020 auf 14 Gt/Jahr reduziert werden. Sollten dann immer noch keine Reduzierungen stattfinden, dürften ab 2035 gar keine Treibhausgase mehr emittiert werden, um das 2-Grad-Ziel noch einzuhalten.

Es sei unverständlich, dass die EU-Kommission die Erzeugung von Treibstoffen aus Holz besonders forcieren wolle, solange in Europa noch über 100 Mrd. l Heizöl verbrannt würden und die Umwandlung von Zellulose in Treibstoffe ein langer und teurer Weg sei. Im Gegensatz dazu sei die Gewinnung von Treibstoff aus Zucker, Stärke und Pflanzenöl bewährt und liefere das Koppelprodukt Eiweiß; eine Senkung der Produktion würde zu einer Eiweißlücke in Europa führen.

## Kommunen – entscheidende Akteure der Energiewende

Die Energiewende sei zwar in Berlin beschlossen worden, so Dr. Marco Trips, umgesetzt werden müsse sie aber vor allem vor Ort. Wie das funktioniere, zeigten die als „Niedersächsische Klimakommunen 2012“ ausgezeichneten Beispiele. Diddersen mit nur 1300 Einwohnern mache deutlich, dass auch in kleinen Kommunen große Handlungsmöglichkeiten bestünden, Barsinghausen habe ein vorbildliches kommunales Energiemanagement auf hohem technischen Niveau und der Landkreis Aurich hätte die Jury durch klimafreundliche Mobilität und dem Aurich Climate Center North beeindruckt.

Aus kommunaler Sicht gäbe es allerdings noch verschiedene Problembereiche: Der notwendige Ausbau der Verteil- und Übertragungsnetze belaste besonders ländliche Regionen. Häufig verzögere sich der Bau von Freileitungen wegen mangelnder Akzeptanz. Die Mehrkosten für eine Teilverkabelung entsprächen jedoch nur den Kosten einer einjährigen Verzögerung bei der Freileitung. Erdverkabelungen müssten also gegebenenfalls von den Genehmigungsbehörden angeordnet werden. Auch der notwendige Ausbau der Verteilnetze dürfe nicht nur zu Lasten der Netzentgelte vor Ort gehen, sondern müsse durch eine „EEG-Umlage Netzausbau“ finanziert werden. Künftig unverzichtbar sei auch ein landesweites „Klimazentrum Niedersachsen“, das die Arbeit aller Akteure im Klimaschutz vernetzte und die Kommunen unterstütze.

## Erfolgsmodell Energiegenossenschaft

Der dezentrale Charakter der erneuerbaren Energien biete jedem Bürger die Möglichkeit, einen aktiven Beitrag zur Energieversorgung zu leisten, erläuterte Dr. Andreas Wieg. In Deutschland gäbe es aktuell mehr als 600 Genossenschaften mit 80 000 Mitgliedern im Bereich der erneuerbaren Energien – Tendenz steigend. Die Investitionssumme betrage rund 800 Mio. €.

Durch die Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten des Einzelnen – jedes Mitglied habe eine Stimme – werde die Verantwortung für das gemeinsame Energieprojekt gefördert. Ein Verkauf an einen externen Investor sei nicht möglich. Wegen der Unterstützung und regelmäßiger Prüfungen durch den Genossenschaftsverband könnten die Mitglieder ein großes Vertrauen in ihre meist langfristigen Investitionen entwickeln. Die Genossenschaft ist seit vielen Jahren die insolvenzsicherste Rechtsform in Deutschland.

## Honigsee – ein Dorf mit genossenschaftlichem Nahwärmenetz

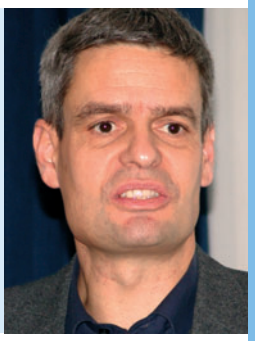
Eine der ersten Energiegenossenschaften in Deutschland sei 2006 in der 450 Einwohner zählenden Gemeinde Honigsee, Schleswig-Holstein, entstanden, berichtete Rainer Hingst. Vom Angebot der Wärmelieferung durch zwei Landwirte in direkter Ortslage, die vorhatten, eine Biogasanlage mit Trockenfermentation zu bauen, bis zur Genossenschaftsgründung sei nur ein halbes Jahr vergangen. Eine besondere Herausforderung hätte in der aufgelockerten Siedlungsstruktur bestanden, was eine geringe Energiedichte im Leitungsnetz zur Folge habe. Biogas-/Stromerzeugung und Wärmeverteilung seien wirtschaftlich und organisatorisch getrennt. Heute würden 88 Haushalte, entsprechend 85 % aller Haushalte im Dorfzentrum, mit der Abwärme eines Blockheizkraftwerkes versorgt. Seit 2006 seien dadurch 1 628 t $CO_2$ vermieden worden. Die Kostenersparnis pro Durchschnittshaushalt betrage jährlich etwa 700 €.

*„In einer Dorfgemeinschaft hat man die Erwartung, auf Augenhöhe miteinander umzugehen, in einer Genossenschaft hat jeder das gleiche Stimmrecht.“*

Rainer Hingst, Vorstandsvorsitzender der Energieversorgung Honigsee eG (EVH)

*„Was die Industrialisierung der Stadt war, das wird dem ländlichen Raum die Energiewende sein.“*

Michael Diestel, Geschäftsführer Agrokraft und Geschäftsführer Kreisbauernverband Rhön-Grabfeld



Zu den Ergebnissen des bürgerschaftlichen Engagements gehörten heute eine genossenschaftlich betriebene Solaranlage mit 185 kW Leistung, das Repowering der Klärtechnik und eine energieeffiziente Sanierung der Straßenbeleuchtung. Auch die Erweiterung der Biogasanlage wurde mit nur einer Gegenstimme unterstützt. Gleichzeitig erfolge in Honigsee der Schutz der Biodiversität durch aktive Landschaftsplanung und die Ausweisung von Naturvorrangflächen. Landwirtschaftliche Flächen würden hierbei einbezogen.

## Bürgerbeteiligung steigert die regionale Wertschöpfung

Auch Michael Diestel betonte die besondere Bedeutung der Energiegenossenschaften für den ländlichen Raum. Das Geld, das in der Region verdient werde, müsse auch dort wieder in die Wirtschaftskreisläufe eingebracht werden. Selbst im Landkreis Rhön-Grabfeld, einer strukturschwachen Region, habe 2009 das Privatvermögen 4,4 Mrd. € betragen, jedes Jahr kämen 125 Mio. € dazu. Dies eröffne große Chancen. Vor zehn Jahren sei der Landkreis Rhön-Grabfeld noch ein weißer Fleck auf der Karte der erneuerbaren Energien gewesen, heute sei Großbardorf, ein Ort im Kreisgebiet, Bioenergiedorf 2012. Maßgeblich zu diesem Erfolg beigetragen habe die Selbstorganisation der Bürger in einer Energie eG. Diese hätten bisher in Fotovoltaik, Biogas und Nahwärme investiert. Für die Entwicklung der Windenergie im Landkreis gründeten sich weitere Orts-Energie eGs. Jede sei für die Sicherung von Flächen im eigenen Ortsgebiet verantwortlich. Eine kreisweite Genossenschaft für Regionalentwicklung übernehme Projektentwicklungen, Kapitalbündelung, Risikostreuung und Anschub-Finanzierung für die einzelnen Windkraft-Projekte. 100 %-Energieregionen seien heute schon überholt, 500 %- oder 1000 %-Energieregionen seien die Zukunft, denn das Land müsse die Energie für die Stadt liefern. Die Organisationsstrukturen für die dezentrale Energieerzeugung müssten allerdings noch aufgebaut werden. Ein ganz wichtiger Bereich werde zukünftig die Direktvermarktung von Strom sein. An Genossenschaftsmitglieder könne der Gewinn steuerfrei ausgezahlt, aber auch Energie zum Selbstkostenpreis abgegeben werden.

## Innovationen im Bereich Bioenergie

Das Energiekonzept der Bundesregierung sehe für 2050 eine Halbierung des Primärenergieverbrauchs vor, so Henryk Stolte, dies erfordere noch einige Anstrengungen. Dann sollten etwa 30 % des Energiebedarfs durch Biomasse gedeckt werden, was eine Verdreifachung der heutigen Bioenergieerzeugung bedeute. Auch die Mobilität solle nach dem Konzept der Bundesregierung 2050 überwiegend auf Biokraftstoffen beruhen. Nach Berechnung der FNR sei 2050 ein Anteil von 23 % am Primärenergieverbrauch durch heimische Energiepflanzen zu decken. Hierzu müssten allerdings die Produktivität gesteigert und

*„Die durch das Energiekonzept der Bundesregierung eingeleitete Energiewende benötigt dezentrale Strukturen.“*

Henryk Stolte, Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR)

weitere Biomassepotenziale genutzt werden. Für Energieholz aus dem Wald gäbe es, im Gegensatz zu Holz aus Kurzumtriebsplantagen, kaum Steigerungsmöglichkeiten. Ohne eine sinnvolle Alternative zu Mais sei auch das Biogaspotenzial sehr bald ausgeschöpft. Eines der wichtigsten Projekte des Förderprogramms „Nachwachsende Rohstoffe“ sei daher „EVA“, was für „Entwicklung und Vergleich von optimierten Anbausystemen für die landwirtschaftliche Produktion von Energiepflanzen unter den verschiedenen Standortbedingungen Deutschlands“ stehe. Ebenfalls vom BMELV gefördert werde das Projekt „Energie aus Wildpflanzen“. Mehrjährige Pflanzen und Blühpflanzenmischungen würden hierbei auf ihre Eignung zur Biogaserzeugung, aber auch hinsichtlich der Steigerung der Biodiversität, der Reduktion von Pflanzenschutz- und Düngemitteln und des Gewässer- und Bodenschutzes untersucht. Solche Anbausysteme seien auch sehr gut für „ökologische Vorrangflächen“ geeignet, die im Rahmen der GAP eingeführt werden sollen. Weitere wichtige Forschungsbereiche seien die Anpassung der Biomasseproduktion an den Klimawandel und eine insgesamt bessere Nutzungseffizienz bei der Bioenergieerzeugung.

## Diskussion: Aufbau dezentraler Strukturen und Bürgerbeteiligung

Importe von Energieholz, insbesondere von Pellets aus den USA und Kanada, würden künftig stark zunehmen, erklärte Dr. Kopetz auf Nachfrage. Sofern diese an den europäischen Küsten eingesetzt würden, sei dies ökonomisch und ökologisch günstig. Der Einsatz von Holz in Kohlekraftwerken, das Co-Firing, habe dagegen zwar den Vorteil, dass relativ schnell viel THG eingespart werde, der enorme Nachteil sei jedoch, dass in den meisten dieser Anlagen keine Wärmenutzung stattfinde. Die großen Konzerne würden das Co-Firing forcieren, weil sie damit die z. T. abgeschriebenen Kohleanlagen noch lange nutzen könnten. Hierdurch würden jedoch die alten Strukturen auf dem Energiesektor beibehalten und keine effizienten dezentralen Strukturen aufgebaut.

Die Umwandlung von Pflanzen und Reststoffen durch hydrothermale Karbonisierung (HTC) in sog. Biokohle oder HTC-Kohle und deren energetische oder landwirtschaftliche Nutzung wurde sowohl aus ökologischer als auch aus ökonomischer Sicht unterschiedlich beurteilt. Während Stolte den Nutzen dieser Technologie – zumindest für Deutschland – bezweifelte, bezeichnete Diestel die hydrothermale Karbonisierung von Reststoffen wie Biogasgülle oder Klärschlamm als Technologie der Zukunft. Auch Stroh könne so auf Dauer besser genutzt werden, als durch Verbrennung. Sowohl das Potenzial für die Minderung von $CO_2$ wie für die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit sei hoch. Während bei der natürlichen Humusbildung aus Gärrückständen nur 6 - 7 % des Kohlenstoffs gebunden würden, sei durch HTC eine Stabilisierung von 90 % möglich. Schon 2009 hätte die internationale Agrarministerkonferenz anlässlich der Internationalen Grünen Woche Berlin Forschung und Entwicklung in diesem Themenbereich gefordert. Die Agrokraft GmbH betreibe seit einigen Jahren mit fachlicher Unterstützung von Prof. Markus Antonietti, Max-Planck-Institut, Potsdam, eine Pilotanlage und baue jetzt eine HTC-Anlage für die Stadtwerke Halle und das Biomasseforschungszentrum in Leipzig.

*Dr. Willy Boß, Geschäftsführer der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt, moderierte die Diskussion und stellte die Ausgabe 2012 der Zeitschrift „Landentwicklung Aktuell“ des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften vor. Das Heft mit dem Titel „Energiewende – Chancen und Risiken für Landwirtschaft und Agrarstruktur“ enthält weitere Beiträge passend zum ASG-Tagungsthema.*

Für die Genossenschaftsbildung habe die Investitionssicherheit durch das EEG eine hohe Bedeutung gehabt. Diestel wünschte sich jedoch auch aus Sicht der Genossenschaften künftig eine differenzierte Gestaltung. Was in einer Region noch sinnvoll sei, sei es in einer anderen nicht mehr. Auch Hingst kritisierte die fehlende regionale Betrachtung: Alle würden Strom in das Netz einspeisen, wie er gerade anfalle. Ansonsten sei auch die Wärmenutzung noch nicht optimal und es gäbe einen sehr hohen Nachholbedarf bei der stofflichen Verwertung von Gärresten. Aus Sicht des Genossenschaftsverbandes, so Wieg, sei die Genossenschaftsbildung bei der Fotovoltaik relativ einfach gewesen, die Hürden bei der Windenergie seien jedoch deutlich höher. Wenn der politische Wille bestehe, die Bevölkerung mehr zu beteiligen, sollten wegen des Projektierungsaufwands gewisse Vorrangrechte für Bürgerbeteiligungen in das EEG eingebaut werden.

Dr. Kopetz bezeichnete das deutsche EEG als historischen Meilenstein von globaler Bedeutung. Er könne nur gratulieren, dass es gelungen sei, dieses Konzept nicht über ein Budget, sondern über die Umlage zu finanzieren. Weniger positiv beurteilte hingegen Peter Hemme, Landwirt aus Celle, das EEG und wies in diesem Zusammenhang noch einmal auf das Problem der Überförderung hin. Laut Prof. Dr. Folkhard Isermeyer, Heinrich von Thünen-Institut, würden Biogasanlagen mit etwa 2 000 €/ha subventioniert, hinzu komme noch die Flächenprämie. Er lebe in einem Kreis mit 65 Biogasanlagen und erlebe, wie sich die landwirtschaftliche Struktur dadurch rasant verändere. Aus diesem Grund forderte er die Agrarsoziale Gesellschaft auf, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. ■ Dagmar Babel

## ASG-Termine 2013

Frühjahrstagung 22. und 23. Mai 2013 in Eisenach

Herbsttagung 14. und 15. November 2013 in Göttingen

**Kommentar zur Energiewende:**

# Die Schattenseiten des EEG

Prof. Dr. Hans-Jürgen Block*

Das EEG hat beeindruckende Erfolge vorzuweisen, die von seinen Unterstützern aus Umweltverbänden, Agrarwirtschaft und Politik auch auf der ASG-Herbsttagung offensiv herausgestellt wurden. Über die Schattenseiten des EEG wird jedoch vielfach hinweggesehen und Kritik wird gern als Verteidigung von Atomkraft und Energiekonzernen abgetan. Ökologische Schattenseiten sind insbesondere beim Grünstrom aus Mais unübersehbar und haben zum Abrücken der Umweltverbände von der Unterstützung der Bioenergie geführt. Stichworte sind hier der Biodiversitätsverlust und die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes als Folge der „Vermaisung“ sowie die aus ethischen Gründen kritisierte Konkurrenz zwischen Teller und Tank. Aber schon die Ökobilanz von NawaRo-Grünstrom kann nicht überzeugen, wenn es – wie in der Realität nicht selten – an einer sinnvollen Wärmenutzung fehlt, die Biomasse über weite Strecken herangefahren wird (in Schleswig-Holstein z. B. in großem Umfang aus Dänemark, wo es diese ineffiziente Förderung der $CO_2$-Vermeidung nicht gibt) und die Gärreste auf bisweilen überdüngte Flächen im Umkreis der Biogasanlagen ausgebracht werden, mit gravierenden Folgen für die Qualität des Grundwassers.

Kritikwürdig ist die Finanzierung des EEG, denn anders als bei der EU-Agrarpolitik trägt nicht der Steuerzahler die Kosten der „gesellschaftlichen Aufgaben Klimaschutz und Atomausstieg“ – um die Ziele der Energiewende zu benennen. Vielmehr zahlt der Energieverbraucher mit der EEG-Umlage und den Entgelten für den Netzausbau die Kosten der Energiewende. Und weil die energieintensive Industrie zunehmend von den Umlagen befreit wird, werden Gewerbe, Dienstleister, Landwirtschaft und Privathaushalte überproportional belastet. Das EEG ist auf dem sozialen Auge offensichtlich blind. Kein Wunder, wenn die gesellschaftliche Akzeptanz des EEG wegen empfundener Verteilungsungerechtigkeit signifikant zurückgeht (Befragung TNS Infratest, Oktober 2012).

Auch die sektorinternen Verteilungswirkungen des EEG können nicht übersehen werden, denn die attraktiven Fördersätze für Grünstrom haben einen ungesunden Investitionsboom ausgelöst, der in viehstarken und flächenarmen Veredlungsregionen die Ackerflächen verknappt und die Pachtpreise in unglaubliche Höhen getrieben hat. Profitiert haben vor allem die Bodeneigentümer. Verlierer sind die auf Pachtflächen angewiesenen Agrarwirte, die keine Möglichkeiten haben, die steigenden Kosten auf die Preise von Milch, Fleisch, Getreide oder Gemüse abzuwälzen. Das EEG ist blind für diese unbeabsichtigten innersektoralen Einkommenstransfers von Agrarwirten an Energiewirte und Bodeneigentümer. Mit der letzten EEG-Novelle hat der Gesetzgeber begonnen, die Überförderung von NawaRo-Grünstrom zu korrigieren, indes fehlte der Mut, den NawaRo-Bonus durch einen NawaRo-Malus zu ersetzen.

Die unterschätzte Dynamik der Kosten des EEG hat dazu geführt, dass dieses Instrument der Energiepolitik auf dem Prüfstand steht. Der ungeplante Investitionsboom der Erneuerbaren, die fehlende Synchronisation mit dem Ausbau des Leitungsnetzes und die ungelöste Finanzierung der notwendigen Erzeugungs- und Speicherkapazitäten für die fluktuierenden Erneuerbaren verlangen nach grundlegenden Veränderungen, damit die Erneuerbaren in den Energiemarkt überführt werden, einschließlich Verantwortung für ihren Absatz. Der Handlungsbedarf ist bekannt, Antworten werden auf die Zeit nach der Bundestagswahl im Herbst 2013 verschoben. Ob die Politik angesichts der bekannten Lage der öffentlichen Haushalte den Mut finden wird, die sozialpolitisch kontraproduktiven Einkommenseffekte des EEG ernsthaft anzugehen, darf bezweifelt werden. Die ASG sollte das nicht hindern, eine umfassende Analyse der Wirkungen und Nebenwirkungen des EEG zu fordern und ihre kritische Stimme zu den problematischen Einkommensverteilungswirkungen zu erheben. ■

* Prof. Dr. Hans-Jürgen Block, Geschäftsführer der Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH, block@eksh.org

Foto: M. Busch

# Wechsel in ASG-Geschäftsführung – bisheriger Geschäftsführer Dr. Dieter Czech im Ruhestand

Dr. Dieter Czech, bisheriger Geschäftsführer der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., ist zum 1. November 2012 in den Ruhestand getreten. Der 65-jährige Ökonom und Sozialwissenschaftler Dieter Czech war zunächst seit 1990 als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der ASG angestellt, bevor er 1996 die Geschäftsführung übertragen bekam. Mit großem Engagement und Fachwissen leitete und lenkte er über 16 Jahre die Geschäftsstelle der ASG. Dank seines umsichtigen Handelns und Geschickes verlieh er der Entwicklung der ASG viele positive Impulse.

In seinem neuen Lebensabschnitt beabsichtigt Dr. Dieter Czech, sich neue Wissensgebiete zu erschließen. Auch das politische Engagement und der Sport sollen nicht zu kurz kommen. Die ASG, besonders die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wünscht ihm alles Gute für den neuen Lebensabschnitt und freut sich über einen fortgesetzten regen Austausch.

Als Nachfolger werden die Agraringenieure Michael Busch und Ines Fahning, langjährige wissenschaftliche Mitarbeiter der ASG, die Aufgaben der Geschäftsführung kommissarisch übernehmen. Beide sind seit mehr als zwei Jahrzehnten in der Geschäftsstelle beschäftigt, so dass für Kontinuität gesorgt ist.

**ASG-Projekt:**

# Landwirtschaftliche Sorgentelefone und Familienberatungen in Niedersachsen weiten Beratungszeiten aus

**Ab dem 1. Januar 2013 werden die von der ASG betreuten landwirtschaftlichen Sorgentelefone in Niedersachsen montags bis freitags für Menschen aus der Landwirtschaft erreichbar sein. Seit Oktober arbeiten die Sorgentelefone und landwirtschaftlichen Familienberatungen (LFB), die vom Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium gefördert werden, mit einer von der ev.-luth. Landeskirche Hannovers aufgebauten Beratungsstelle für landwirtschaftliche Familien zusammen.**

## Sorgentelefone jetzt an fünf Tagen erreichbar

Seit fast 20 Jahren stehen Berater/-innen der drei Sorgentelefone landwirtschaftlichen Familien in Konfliktsituationen jeweils montags morgens und abends zur Seite. Am Telefon sitzen Ansprechpartner/-innen für Menschen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation, z. B. einer persönlichen oder familiären Krise befinden, die jemanden suchen, mit dem sie über ihre Ängste und Sorgen sprechen können oder die z. B. nicht wissen, wie es auf dem Hof weitergehen kann. Zukünftig gibt es die Möglichkeit, zu den folgenden Zeiten anzurufen:

| | |
|---|---|
| **Montag:** | **8:30 - 12:00 Uhr** |
| **Dienstag:** | **19:30 - 22:00 Uhr** |
| **Mittwoch:** | **8:30 - 12:00 Uhr** |
| **Donnerstag:** | **19:30 - 22:00 Uhr** |
| **Freitag:** | **8:30 - 12:00 Uhr** |

## Kooperation mit Evangelischer Landwirtschaftlicher Familienberatung (ELF)

Die neue Beratungsstelle für landwirtschaftliche Familien ist beim Kirchlichen Dienst auf dem Lande (KDL) in Hannover angesiedelt. Dieser hat 14 Frauen und Männer, die selbst von einem landwirtschaftlichen Betrieb kommen oder in der Landwirtschaft arbeiten, für die Beratung ausgebildet. Sie fahren – wie auch die Beraterinnen der LFB Barendorf und Oesede – zu zweit auf die Höfe, um gemeinsam mit den Familien konstruktive Lösungen für Konfliktsituationen zu suchen. Zwischen der neuen und den vorhandenen Einrichtungen gibt es von Anfang an eine enge Zusammenarbeit, um Familien in allen Regionen Niedersachsens zu beraten. fa

**Katholische LandvolkHochschule Oesede**
**Tel. (05401) 86 68 20**

**Evangelische Heimvolkshochschule Rastede**
**Tel. (04402) 84 488**

**Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide, HVHS Barendorf e.V.**
**Tel. (04137) 81 25 40**

**ELF Hannover**
**Tel. (0511) 12 41-800**

## Fachforum zur ländlichen Entwicklung auf der Internationalen Grünen Woche Berlin 2013

# Fläche als Standortfaktor – Ansprüche, Konflikte, Lösungen

**Donnerstag | 24.01.2013 | 9.30 – 11.30 Uhr**
**IGW-Messegelände | Halle 7.3 | Saal Berlin**

**Flächennutzung steht im Spannungsfeld von landwirtschaftlicher Produktion (für Nahrungsmittel und Biomasse zur energetischen Verwertung), gewerblicher und urbaner Entwicklung sowie zunehmenden gesellschaftlichen Ansprüchen an Natur und Landschaft. Landnutzungskonflikte sind vielerorts die Folge. Die Veranstaltung will unterschiedliche Ansprüche herausarbeiten und Möglichkeiten eines Konflikte vermindernden, nachhaltigen Flächenmanagements diskutieren.**

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

BLG Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften

DBV Deutscher Bauernverband

DEUTSCHER LANDKREISTAG

DStGB Deutscher Städte- und Gemeindebund www.dstgb.de

Verband der Landwirtschaftskammern

vTI Johann Heinrich von Thünen-Institut

rentenbank

### Eröffnung, Begrüßung

**Dr. Beate Bajorat**
Verband der Landwirtschaftskammern (VLK), Berlin

### Problemaufriss

**Prof. Dr. Peter Weingarten**
Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI), Braunschweig

### Statements

**MR Dr. Jörg Schliepkorte**
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin

**Gertrud Sahler**
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Bonn

### Podiumsgespräch

**Friedhelm Decker**
Präsident des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes und Umweltbeauftragter des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Berlin

**Sarina Pfründer**
Bürgermeisterin der Gemeinde Sulzfeld

**Siegfried Ziegert**
Stabsstelle für Wirtschaftsförderung, Landkreis Osterholz, Osterholz-Scharmbeck

**Magnus Wessel**
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Bundesgeschäftsstelle, Berlin

**Dr. Harald Müller**
Hessische Landgesellschaft mbH/Hessische Ökoagentur, Kassel

### Saaldiskussion

**Moderation: Dr. Heinrich Becker**
Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI), Braunschweig

### Schlusswort

**Dr. Christian Bock**
Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt

**Anmeldungen unter www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de**

**LandSchau in Halle 4.2:**

# Neue Gemeinschaftsschau weckt „Lust aufs Land“

**In neuem Gewand und unter neuem Namen präsentiert die Gemeinschaftsschau „Lust aufs Land – gemeinsam für die ländlichen Räume“ die Vielfalt ländlicher Regionen, die Leistungen, die sie für die Gesellschaft erbringen, und die Herausforderungen, denen sie sich gegenübersehen. Schlendern Sie durchs Dorf, stöbern Sie im Dorfladen, lassen Sie sich zu Ihrem nächsten Urlaubsziel verführen, kosten Sie regionalspezifische Delikatessen und lernen Sie das Dorf von heute kennen: traditionsbewusst und modern. Vielfalt ist auch auf der LandSchau-Bühne zu finden: zukunftsweisende Projekte und engagierte Menschen, Interviews und Streitgespräche zu aktuellen Themen, die das Land bewegen, aber auch die Stadt etwas angehen; außerdem traditionelle Handwerkskunst, Trachtentanz, Techno und Artistik. Durch das Programm führen die bekannten Moderatoren Petra Schwarz und Peter Voss.**

## Informationen zu den Ständen in Halle 4.2

Längst ist aus einem Bauernhof ein komplexer Betrieb geworden, der sein Einkommen nicht mehr allein mit klassischen Ackerfrüchten erwirtschaftet. Wie viel Engagement und Erfindungsreichtum Landwirte heute aufbringen, darüber informiert der Berliner Landfrauenverband e.V. am Stand des **Landes Berlin**. Im Fokus steht hierbei der Trend, dass Städter auf von Landwirten gepachteten Parzellen ihr Gemüse selbst anbauen. Daneben stellen viele weitere Höfe ihr Zusatzeinkommen, z. B. aus der Pensionspferdehaltung, vor und bieten einen Blick hinter die Kulissen.

Auf der LandSchau-Bühne am 25.01.13, 11.00-13.00 Uhr

Das **Land Nordrhein-Westfalen** präsentiert sich mit der jüngsten Region Deutschlands – der Region Südwestfalen, die u. a. beispielhafte Projekte des Strukturförderprogramms „REGIONALE 2013“ vorstellen wird. Unter dem Motto „Neue Wege in die Zukunft“ arbeitet die Region derzeit an der Verbesserung der Lebensqualität in Städten und Dörfern sowie an Konzepten zur Fachkräftesicherung und gegen den Klimawandel.

Auf der LandSchau-Bühne am 18.01.13, 14.00-17.30 Uhr

Das zentrale Thema des Stands der Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der **Europäischen Kommission** ist die Entwicklung und der Erhalt der Vielfalt der ländlichen Räume in Europa. Mit interaktiven Animationen, Projekt-Präsentationen, Koch-Shows und Verkostungen bietet die Europäische Kommission Informationen und Austausch über Initiativen, die im ländlichen Raum in den Bereichen Nachhaltigkeit, Innovation und Qualitätsproduktion unterstützt werden.

Auf der LandSchau-Bühne am 23.01.13, 14.00-15.00 Uhr

Gemeinsam mit dem **Bundeslandwirtschaftsministerium** präsentiert die **Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume** wieder viele Ideen und Projekte, die das Potenzial des ländlichen Raumes zeigen. Dass nachhaltig, regional erzeugte und vermarktete landwirtschaftliche Produkte nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz, Wassermanagement oder zur Biodiversität leisten, beweisen die „Offenen Höfe“, ein Projekt aus der Nuthe-Nieplitz-Region. Und das Dorf Wulkow (ebenfalls Brandenburg) zeigt, wie durch kreative Ideen und Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger Probleme wie leer stehende Häuser und Geschäfte oder geschlossene Schulen gelöst werden können.

Leader-Regionen auf der LandSchau-Bühne am 22.01.13, 13.30-17.00 Uhr

Seine vielfältigen Aktivitäten für den ländlichen Raum bündelt das **Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** in der „Initiative Ländliche Infrastruktur“, mit der das Ministerium auf der Grünen Woche vertreten sein wird. Es zeigt die Bandbreite seiner Arbeit aus den Bereichen Städtebauförderung, Mobilität, Bauen und Wohnen und wie sie den ländlichen

Täglich auf der LandSchau-Bühne

Räumen zugutekommt. Es stellen sich zudem vom Ministerium ausgezeichnete Erfolgsprojekte gesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements aus allen Teilen Deutschlands vor.

Der **Deutsche Landkreistag** präsentiert an seinem Stand ein täglich wechselndes buntes Programm: Landkreise aus ganz Deutschland zeigen sich von ihrer besten Seite und stellen unter Beweis, dass der ländliche Raum attraktiver denn je ist – ob als Lebens-, Wirtschafts- oder Kulturraum. Mit dabei werden wieder viele Handwerker, Musikgruppen, Künstler, Köche und Gewerbetreibende sein.

Auf der LandSchau-Bühne
am 21.01.13, 12.15-13.15 Uhr
am 23.01.13, 12.10-13.10 Uhr

Der **Deutsche LandFrauenverband** rückt das Thema „Chancengerechtigkeit für Frauen auf dem Land“ in den Mittelpunkt. Neben einem Informations-bereich lädt der Stand des dlv zum Verweilen und zum Austausch ein. Ein LandFrauen-Stammtisch vernetzt alle interessierten Messebesucher, informiert über das Projekt „LandFrauen-Stimmen für die Zukunft – Faire Einkommensperspektive sichern“ und diskutiert Herausforderungen für Frauen in den ländlichen Räumen.

Auf der LandSchau-Bühne
am 22.01.13, 12.30-13.30 Uhr

Land*schafft*… gestalterische Freiräume. Unter dem Motto „Kunst fürs Dorf – Dörfer für Kunst“ ziehen im Frühjahr 2013 drei Künstler für sechs Monate aufs Land, um dort gemeinsam mit den Dorfbewohnern ein künstlerisches Projekt umzusetzen – filmisch dokumentiert durch ZDF/ARTE. Alles Wissenswerte über die Hintergründe, Akteure und Orte des Geschehens ist am Stand der **Deutschen Stiftung Kulturlandschaft** zu erfahren. Die Stiftung engagiert sich für lebenswerte und zukunftsfähige ländliche Räume und eine nachhaltige Entwicklung der Kulturlandschaft.

Auf der LandSchau-Bühne
am 24.01.13, 12.10-12.40 Uhr
am 25.01.13, 15.10-15.30 Uhr

**ERCA (Vereinigung der Dorfbewegungen in Europa)**, die Niederländische Dorfbewegung und die Initiative zur Gründung einer Dorfbewegung in Deutschland berichten über Ziele, Initiativen und gute Praxisbeispiele aus Dörfern. Dorfbewegungen sind zivilgesellschaftliche Aktivitäten von Dörfern für Dörfer, um Dorfgemeinschaften zu stärken und die Lebensqualität zu verbessern.

Auf der LandSchau-Bühne
am 19.01.13, 11.00-13.00 Uhr

LANDschafftVERNETZUNG fordert und schlussfolgert die **Katholische Landjugendbewegung**. Mit Aktionselementen wie dem „persönlichen Netzwerkkonfigurator“ oder der „interaktiven Bushaltestelle“ wollen die KLJBler/-innen zum Dialog anregen. Mit Fragen zu Rahmenbedingungen, die Jugendliche zur Schaffung von Netzwerken brauchen, welche Rolle soziale Online-Netzwerke spielen oder was die Politik unternimmt, um ihre Netzwerke für Jugendliche attraktiver zu gestalten, möchte die KLJB zu jugendgerechteren Netzwerken in ländlichen Räumen ermutigen.

Auf der LandSchau-Bühne
am 21.01.13, 16.05-16.25 Uhr

Anhand ihres Projektes „Marmelade für Alle!“ rückt die **Evangelische Landjugend** die Themen Lebensmittelverwertung und -verschwendung in den Mittelpunkt. Die Akteure sammeln auf der Messe Früchte, die sonst am Ende des Tages weggeworfen würden, und verarbeiten sie zu Marmelade und anderen Dingen. Auch Zucker und Pektin werden selbst hergestellt. Am Beispiel Zucker ergeben sich dabei auch Diskussionen über die Herstellungsbedingungen unserer Lebensmittel und ihre ökologischen und sozialen Folgen.

Auf der LandSchau-Bühne
am 20.01.13, 11.00-11.50 Uhr
am 21.01.13, 17.00-18.00 Uhr
am 24.01.13, 14.00-15.00 Uhr
am 26.01.13, 17.15-18.00 Uhr

Der Verein **Energievision Frankenwald e.V.** zeigt die Chancen auf, die „Bioenergiedorf-Projekte“ für die Dörfer und die ländlichen Räume bieten. Das gemeinsame Vorhaben einer nachhaltigen Energieversorgung stärkt die Dorfgemeinschaft, bringt neben ökonomischen Vorteilen neues Selbstbewusstsein und Aktivität in die Dörfer und erhöht so auch die Attraktivität und Lebensqualität ländlicher Räume.

Auf der LandSchau-Bühne
am 20.01.13, 15.30-16.00 Uhr
am 26.01.13, 16.15-16.45 Uhr

Unter den Angeboten für **Urlaub auf dem Bauernhof** und **Freizeit auf dem Lande** lassen sich attraktive Bauernhöfe finden, die den direkten Kontakt zu Natur und Tieren ermöglichen. Neben Familien mit Kindern oder gesundheitsbewussten Urlaubern kommen auch Reiter, Radler, Wanderer und ältere Menschen auf ihre Kosten. ■

Auf der LandSchau-Bühne
26.01.13, 13.00-15.00 Uhr

Die LandSchau wird von der ASG organisiert und durchgeführt. Sie findet täglich von ca. 10.30 bis 17.30 Uhr statt, am 19., 25. und 26.01.2013 jeweils bis ca. 20.00 Uhr. Das ausführliche LandSchau-Programm ist unter www.asg-goe.de zu finden.

**Neues von der agrarpolitischen Bühne:**

# Von Feinden umzingelt

**Innovative Formen der Öffentlichkeitsarbeit, schwarz-grüne Gedankenspiele und ein strategisches Meisterstück in der deutschen Agrarpolitik**

*Undank ist der Kirchen Lohn. Zählen die Landwirte und ihre Familien bislang zu den Berufsgruppen, denen mit einigem Recht noch am ehesten ein regelmäßiger sonntäglicher Gottesdienstbesuch nachgesagt werden kann, verweigert ihnen die Geistlichkeit vielerorts die verdiente berufsständische Anerkennung – so zumindest ein schwerwiegender Verdacht im Niedersächsischen Landvolkverband. Genaueres wollte man dort anlässlich des diesjährigen Erntedankfests wissen und legte seinen Mitgliedern nahe, bei den landauf landab gehaltenen Predigten mal ganz genau hinzuhören, etwaige landwirtschaftskritische Töne zu registrieren und dem Verband unverzüglich zur Kenntnis zu geben. Wir wissen nicht, welche pastoralen Schmähungen gottesfürchtiger Bauersleute dabei zu Tage gefördert wurden, ahnen aber Schlimmes, nachdem bereits der erste Pfarrer im Land und Bundespräsident Joachim Gauck bei der zentralen Erntedankfeier in Berlin unter Hinweis auf die Teller-Tank-Diskussion die stärkere Einbeziehung ethischer Wertmaßstäbe in die Ausgestaltung der Agrarpolitik angeregt hatte.*

*Noch ist nichts bekannt geworden über massenweise Kirchenaustritte im Agrarland Niedersachsen und darüber hinaus oder gar über eine demonstrative kollektive Kollektenverweigerung nach dem Motto „Wer den Landmann nicht ehrt, ist den Euro nicht wert“. Immerhin hat es die berufsständische Vertretung jedoch mit dieser besonders innovativen und vertrauensfördernden Form der Öffentlichkeitsarbeit bis in die Redaktionen und auf die Titelseiten der Hauptstadtpresse gebracht. Respekt, Respekt!*

*Nach dem durchschlagenden Erfolg der Kirchenaktion rücken weitere verdächtige Berufsgruppen in den Fokus des Interesses. Sollten nicht die in Bauernfamilien traditionell überdurchschnittlich zahlreichen Kinder angehalten werden, ebenfalls ganz genau hinzuhören, was ihre Lehrer mal wieder über Agrarfabriken, Massentierhaltungen und Genpflanzen zum Schlechten geben und dies in ihren Hausaufgabenheften zu Papier bringen, um sie anschließend dem jeweiligen Kreisbauernverband zukommen zu lassen, der alles Weitere veranlassen könnte? Wäre es nicht an der Zeit, Taxifahrern, Gastwirten, Friseuren und sonstigen Multiplikatoren mal genauer aufs Maul zu schauen, um sie anschließend gezielt ins Gebet zu nehmen? Und nicht zuletzt die Journaille, bei der ohnehin Hopfen und Malz verloren zu sein scheint. Rund 70 % der politischen Medienmacher, so hat eine von der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL) in Auftrag gegebene Umfrage ergeben, sympathisieren mit solch dubiosen Vereinigungen wie der „SPD“ oder sogar den „Grünen“.*

*Kein Wunder, wenn Joachim Rukwied in seiner neuen Funktion als Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV) bereits nach wenigen Monaten zu der Einsicht gelangt ist, „der gesellschaftliche Mainstream ist gegen die Landwirtschaft“. Am eigenen Leibe hat der Bauernpräsident erfahren müssen, was das bedeutet, und zwar in den nahezu heiligen Hallen des Deutschen Bundestages. Zwar erteilte der stellvertretende Ausschussvorsitzende und an diesem Tag zum Sitzungsleiter aufgestiegene Grüne Friedrich Ostendorff während einer vierstündigen Anhörung des Bundestagsernährungsausschusses zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik dem als Experten geladenen Vertreter der Umweltstiftung Euronatur und Umweltlobbyisten Lutz Ribbe das Wort für eine Replik auf eine vermeintliche Attacke, ihm, dem Experten Joachim Rukwied, aber nicht, obwohl der zuvor doch nachweislich ebenfalls und nicht minder unqualifiziert attackiert worden war! Völlig zu Recht hat Rukwied diesen Skandal erster Ordnung nicht nur unmittelbar in der Ausschusssitzung mit harschen Worten angeprangert, sondern im Nachgang auch den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert über den unfairen und voreingenommenen Umgang in Kenntnis gesetzt. Dem Vernehmen nach soll der Parlamentspräsident inzwischen erwägen, eine der nächsten Sitzungen des Ernährungsausschusses mit externer Expertenbeteiligung persönlich zu leiten, um der grassierenden Ungerechtigkeit Einhalt zu gebieten.*

*Verspricht die parlamentarische Arbeit unter diesen Vorzeichen schon bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode nicht langweilig zu werden, könnte es im Herbst geradezu dramatisch spannend werden. Dieser Eindruck ist entstanden, nachdem die Nicht-Wahl von Renate Künast zur Spitzenkandidatin der Grünen für die Bundestagswahl zumindest bei einigen Agrarpolitikern der Union geradezu eine schwarz-grüne Euphorie hat ausbrechen lassen. Fast hat es den Anschein, auf Seiten der*

*Landwirtschaftspolitiker von CDU und CSU wäre man bereit, nahezu jede grüne Kröte zu schlucken, wenn der Branche bloß eine erneute Künast'sche Heimsuchung erspart bliebe. An der Landwirtschaft werde ein solches Regierungsbündnis jedenfalls nicht scheitern, verlautet daher in gewohnt realistischer Einschätzung der eigenen Bedeutung aus diesen Kreisen. Und überhaupt sei ja manch unschöne Äußerung aus grünen Reihen dem hitzigen Wahlkampf geschuldet und nicht auf die Goldwaage zulegen. Dies gelte nicht zuletzt für den temperamentvollen „Fritz" (Ostendorff).*

*Welche Folgewirkungen eine mögliche schwarz-grüne Konstellation für das Weltbild hartgesottener Verbandsvertreter hätte, müsste allerdings abgewartet werden. Nicht ausgeschlossen, dass der Bauernverband dann anstelle eines neuen Generalsekretärs einen auf solche Fälle spezialisierten Psychologen suchen lassen müsste. Bislang scheint die Suche eher in eine andere Richtung zu tendieren. Willkommen scheint ein Profi, der die eigenen Inhalte („Fakten, Fakten, Fakten") gekonnt verpackt, ansprechend sowie massentauglich und unterhaltungswirksam zugleich vermitteln und auf diese Weise die zunehmend ahnungslose und daher feindlich gesonnene Umwelt auf den Pfad der Erkenntnis zurückholen kann. Wie wäre es mit Thomas Gottschalk?*

*Von Widersachern geradezu umringt sieht sich derzeit auch die noch amtierende Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner. Bis vor wenigen Monaten offensichtlich von Charta-Diskussionen mit kleinen und großen Verbänden beseelt und wild entschlossen, die dabei erhaltenen Anregungen in konkretes Handeln umzusetzen, hat die Kampfeslust der CSU-Hoffnung mittlerweile spürbar nachgelassen. Beobachter verweisen dabei auf einen zeitlichen Zusammenhang zwischen erlahmendem ministeriellen Biss und der Ankündigung ihrer Rückkehr in die bayerische Heimat, ohne dies jedoch belegen zu können. Schon fällt in Berlin das böse Wort von der „lame duck". Gut zu belegen sind ein rückläufiges Engagement und ein gewisses agrarpolitisches Desinteresse an der Novelle des Tierschutzgesetzes.*

*Zwar hatte es genügend warnende Stimmen nicht zuletzt aus den Reihen der Koalition gegeben, es mit dem Tierschutz im Allgemeinen und dem in der Landwirtschaft im Besonderen nicht zu übertreiben. Dessen ungeachtet ließ sich die Ministerin aber nicht davon abbringen, dem Schenkelbrand beim Pferd den Garaus zu machen und sich dafür in einschlägigen Boulevard-Medien gebührend feiern zu lassen. Daneben widmete sich Aigner dem Wohl der Ferkeljungs und trat an, ihnen frühzeitig den Schmerz beim bislang ebenso unvermeidlichen wie für alle Beteiligten unangenehmen Kastrieren zu nehmen. Dabei berief sie sich nicht zuletzt auf eine tierschutzbeseelte Entschließung des Bundesrates, verkannte in ihrem Eifer allerdings, dass Entschließungen, noch dazu von den Ländern, zwar schnell gefasst, aber noch schneller ad acta gelegt werden.*

*Inzwischen kam es, wie es kommen musste: Die Koalitionsfraktionen haben nach einigem Hin und Her und unter vernehmbarem koalitionsinternen Gezänk das Verbot des Schenkelbrands einkassiert und das Ende der betäubungslosen Ferkelkastration auf das Jahr 2019 verschoben. Zwar ist unklar, ob Pferde und Schweine das in irgendeiner Form goutieren. So viel allerdings steht fest: Im eigenen Lager hat die Entwicklung und das Vorgehen der zuständigen Ressortchefin darüber hinaus nichts Gutes bewirkt. Die schwarz-gelbe Koalition hat sich für die Öffentlichkeit als Verhinderer von Verbesserungen im Tierschutz profilieren können, die wahlkämpfende niedersächsische CDU sieht sich einem neuerlichen Rechtfertigungsdruck in der ohnehin schwierigen Tierschutzdebatte ausgesetzt, im Bundesrat droht ein Vermittlungsverfahren unter aktiver Mitwirkung von unionsgeführten Ländern und Ministerin Aigner hat einmal mehr einen Beweis ihrer politischen Durchsetzungsfähigkeit geliefert, indem sie als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet ist. Wenn das keine „lose-lose-Situation" und ein strategisches Meisterstück ist, das sie für höhere Weihen geradezu prädestiniert!*

*Allerdings liefert das agrarpolitische Geschehen in der Vorweihnachtszeit, wenn auch nur vereinzelt, doch auch einige gute Nachrichten. Beispielsweise hat die am 1. Januar 2013 an den Start gehende neue Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) bereits im Vorfeld eine geradezu segensreiche Wirkung entfaltet. In einigen regionalen Trägern sah man sich veranlasst, verdienten Mitarbeitern den Übergang in den Bundesträger zu versüßen. Böse Zungen sprechen von „Beförderungswellen", die quer durchs Land geschwappt sind, ohne dass damit die Übernahme zusätzlicher Verantwortung oder geschweige denn ein Umzug in das ferne Kassel inmitten der unwirtlichen nordhessischen Mittelgebirgslandschaft verbunden wäre, getreu dem Prinzip „Öffentliches Geld ohne öffentliche Leistung". Auch die Beförderung von bisherigen Geschäftsführern der regionalen Träger zu künftigen „Regionalbeauftragten" ohne jegliche Weisungsbefugnis, aber mit viel Flexibilität in der Gestaltung des eigenen Arbeitstages lässt die dunkle Jahreszeit ein wenig heller erscheinen – wenigstens für die Betroffenen.* ■ *Rainer Münch*

**Ein Bundesträger für landwirtschaftliche Sozialversicherung:**

# Was lange währt …

**Rund 15 Jahre ist es her, dass eine SPD-Bundestagsabgeordnete namens Christel Deichmann die Forderung nach einem bundeseinheitlichen Träger in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) in die politische Diskussion gebracht hat. Seither gab es unzählige Diskussionen in Politik, Berufsstand und Verwaltung, viele, viele Bedenkenträger, große Widerstände, mehrere Gutachten, einige Zwischenschritte, einen weitreichenden Bauernverbandsbeschluss und dann ging alles auf einmal ganz schnell. Am 1. Januar 2013 ist es so weit: Die neue Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) nimmt ihre Arbeit auf. Sie tritt an die Stelle der derzeit acht regionalen Träger, des bundesweiten Trägers für den Gartenbau sowie des LSV-Spitzenverbandes. Der neue Bundesträger soll nicht weniger leisten, als die Aufgaben effizienter zu erledigen, die Verwaltungskosten zu senken, für mehr Beitragsgerechtigkeit innerhalb der Landwirtschaft zu sorgen und die Eigenständigkeit des agrarsozialen Sicherungssystems zu gewährleisten.**

„Der Bundesträger wird am 1. Januar 2013 voll arbeitsfähig sein“, versichert der Vorstandsvorsitzende vom LSV-Spitzenverband, Leo Blum. Blum spricht gleichzeitig von einer gewaltigen Herausforderung für die Verwaltung, den Bundesträger „ins Laufen zu bringen“. Insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den bisherigen regionalen Trägern bedeute die Errichtung der neuen SVLFG eine Zäsur. Die Stimmung unter den rund 6 000 Beschäftigten in der Verwaltung sei trotz ganz erheblicher Arbeitsbelastung insgesamt positiv. Blum ist zuversichtlich, dass dies anhält und der Bundesträger seine Aufgaben und die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen wird. Keinen Zweifel lässt der Vorsitzende am Ziel der Kostensenkung. Der Gesetzgeber habe dafür klare Vorgaben gemacht. Blum ist sich sicher, dass die SVLFG in der Lage sein wird, die Aufgaben mit weniger Aufwand zu erledigen als in der bisherigen Regionalstruktur. Der dafür erforderliche Personalabbau werde mit Augenmaß und sozialverträglich erfolgen. Gleichzeitig dürfe man aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, warnt Blum. Man müsse auch künftig junge und motivierte Mitarbeiter gewinnen.

Personell wurden die Weichen für den Bundesträger mittlerweile gestellt. Für die dreiköpfige Geschäftsführung wurden der derzeitige Geschäftsführer der LSV-Träger Baden-Württemberg, Reinhold Knittel, der stellvertretende Geschäftsführer des LSV-Spitzenverbandes, Gerhard Sehnert, und die stellvertretende Geschäftsführerin der LSV-Träger Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben, Claudia Lex, vorgesehen. Einen entsprechenden Vorschlag hat der Errichtungsausschuss für den Bundesträger den Selbstverwaltungsgremien unterbreitet. Der neue Vorstand der SVLFG wird Knittel, Sehnert und Lex der Vertreterversammlung zur Wahl vorschlagen. Das Versichertenparlament wird die Geschäftsführer voraussichtlich im März nächsten Jahres wählen. Auch die Positionen auf der zweiten und den folgenden Leitungsebenen sind inzwischen besetzt.

Organisiert wird der Bundesträger nach einem sog. Stab-Linien-Modell. Das bedeutet, dass es keine selbstständigen Geschäftsstellen in den Regionen gibt, sondern die Mitarbeiter unabhängig von ihrem Standort einem der Geschäftsleitung in Kassel unterstehenden Arbeitsbereich zugeordnet sind. Dahinter steht das Ziel, von einer räumlichen zu einer funktionalen Arbeitsteilung zu kommen. Sitz der Hauptverwaltung des Bundesträgers ist Kassel. Hier werden die Geschäftsführung sowie die Stabsstellen- und Bereichsleiter tätig sein. Auch für die Leiter auf der dritten Ebene, der Arbeitsbereiche, ist der Dienstort in der Regel Kassel. Alle Standorte, an denen die LSV-Träger bislang ihren Sitz haben, bleiben zunächst erhalten.

Um möglichen Anlaufschwierigkeiten zu begegnen, wird in Kassel eine Task Force eingerichtet. Sollten Probleme auftreten, soll die sich um eine rasche Klärung bemühen. Der Aufbau des Bundesträgers erfolgt laut Blum Schritt für Schritt. Die vom Bundesrechnungshof angemahnte Konzentration von Aufgaben in den Geschäftsstellen werde nach und nach umgesetzt. Auch hier gelte, „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“, betont der Vorsitzende. ■ Rainer Münch

Foto: K. Fröhlich

**Landwirtschaftliche Hofübergabe:**

# Herausforderung an Jung und Alt

Isidor Schelle und Christian Vieth*

**Nicht nur die ländlichen Räume in Deutschland verändern sich, auch die Familienbilder. Wo früher die Großfamilie selbstverständlich war, lebt heute häufig eine Generation unter einem Dach. Mehrgenerationenwohnen ist eine neue Idee, stellt aber noch eine Nische dar. Es stellt sich die Frage, gibt es das eigentlich noch „Jung und Alt" – Zusammenleben im ländlichen Raum? Und wenn ja, wie funktioniert es? Am Beispiel der landwirtschaftlichen Hofübergabe lässt sich das Zusammenleben von Jung und Alt, aber auch das partnerschaftliche Miteinander, gut skizzieren.**

## Die landwirtschaftliche Hofübergabe

Die Hofübergabe ist eine der wichtigsten und größten Herausforderungen im Lebenszyklus eines landwirtschaftlichen Familienbetriebes. Es geht um nicht weniger als um die Frage des Fortbestands und Erhalts einer Existenzgrundlage mit der Möglichkeit zur strategischen Unternehmensentwicklung. Es ist ein Prozess, den man in der gleichen Rolle in aller Regel nur einmal im Leben durchschreitet. Man kann deshalb nicht auf eigene Erfahrungen zurückgreifen. Das verursacht Unsicherheiten und lässt die Betroffenen automatisch vorsichtig sein. Hinzu kommt, dass nicht nur betriebliche Fragen auftauchen, sondern alle beteiligten Menschen davon mehr oder weniger persönlich berührt werden. Das Anwesen, welches Vertragsgegenstand ist, ist für die gesamte Familie Heimat und Elternhaus und es werden nachhaltige Traditionen damit verbunden. Es bestehen also (Ver-)Bindungen zwischen den Menschen innerhalb der Familie und des Betriebes, die nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Es geht also nicht nur um die Ausgestaltung der Gegenleistungen im Übergabevertrag oder die wirtschaftliche Ausrichtung des Betriebes, sondern um die Rollenklärung der „Mitspieler" und die individuellen persönlichen Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten, die zumindest angeschaut und gesehen werden wollen. Unausweichlich bei derartig bedeutenden Entscheidungsprozessen ist, dass Bewegung und Unruhe in das gewohnte Gefüge von Betrieb und Familie kommen. Damit vor allem in der Familie aktiv umzugehen, ist einer der maßgeblichen Erfolgsfaktoren bei einer Hofübergabe.

## Das Zusammenleben der Generationen

Die Beratungspraxis zeigt, dass jede Betriebsübergabe eine gewaltige Aufgabe bedeutet. Wenn es um Daten und Fakten geht, die sich mit Zahlen belegen lassen, gelingt die Übergabe der Verantwortung an die nächste Generation in der Regel gut. Viel schwieriger ist es im zwischenmenschlichen Bereich, vor allem, wenn es um Gefühle und Befindlichkeiten geht. Darüber zu reden fällt häufig schwer. Die wenigsten von uns haben gelernt, offen damit umzugehen. Einige Themen-Beispiele aus diesem komplexen Problemfeld sind:

* Isidor Schelle, Referent & Mediator (DAA), Bayerischer Bauernverband, Fachbereich Agrardienste, München, Tel. (089) 55 873-264, Isidor.Schelle@BayerischerBauernVerband.de

Christian Vieth, Leiter hofgründer.de, c/o Universität Kassel, Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften, Witzenhausen, Tel. (05542) 98-16 03, vieth@hofgruender.de

- der alltägliche Umgang,
- die respektvolle Einbindung eines dazugewonnenen Familienmitgliedes,
- umgekehrt der respektvolle Umgang mit der Lebensart einer neuen Familie,
- das Aushandeln der gewünschten Nähe und notwendigen Distanz,
- die Aufgabenteilung in „gesunden“ und in „kranken“ Tagen.

Auch bei geringeren finanziellen Möglichkeiten sollten zwei getrennte Wohnbereiche geschaffen werden. So kann die junge Familie ihren eigenen Lebensstil formen und die Übergeber können ihre Gewohnheiten beibehalten. Viele Alltagsprobleme lassen sich so vermeiden. Um die Bereiche des Miteinanders auszuloten, müssen sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen und ihre Wünsche und Vorstellungen miteinander diskutieren. Offene und ehrliche Gespräche von Anfang an sind der Grundstein für ein gutes Auskommen der Generationen. Nur – wie macht man das, wenn man voller Sorge ist, Vater, Mutter oder Schwiegertochter/-sohn könnten die eigenen Wünsche missverstehen? Viele Familien suchen sich zur Gesprächsführung einen neutralen Partner, z. B. von der landwirtschaftlichen Familienberatung oder Mediation und machen damit sehr gute Erfahrungen. Die gemeinsam erarbeiteten Lösungen werden besser akzeptiert und sind im Alltag viel tragfähiger. Komplexe Entscheidungen mit langfristigen Folgen erfordern eine besondere Aufmerksamkeit. Gerade wenn es um die gemeinsame Lebensqualität geht, sollten deshalb entsprechende Beratungsangebote genutzt werden. Die Inanspruchnahme der Dienste der Familienberatung oder die Hilfestellung von Mediatoren sollten ebenso selbstverständlich sein, wie z. B. die einer Steuer- und Rechtsberatung. Natürlich gilt auch hier: jeder Streitfall, der sich vermeiden lässt, muss später nicht geschlichtet werden, also je früher, umso besser.

## Die außerfamiliäre Hofübergabe

Der Prozess der außerfamiliären Hofübergabe weist in den meisten Bereichen Parallelen zum Prozess der traditionellen Hofübergabe auf. So sind auch hier z. T. passives Verhalten der Altbauern, Vermeidung von Entscheidungen und Generationskonflikte anzutreffen. Der große Unterschied der Hofübergabe außerhalb der Erbfolge ist, dass das Eigentum an Familienfremde übergehen soll. Allgemeine Hofnachfolgeregelungen wie z. B. Verkauf, Teilverkauf, Verpachtung, Übergabe, Stiftung, Vereinsgründung oder Mischformen können genutzt werden.

Die Wahl der jeweiligen Hofübergabeform wird in besonderem Maße von der notwendigen Altersversorgung für die abgebende Generation vorgegeben. Die abgebenden Bauern müssen festlegen, ob sie zur ausreichenden Alterssicherung einen Verkauf oder Teilverkauf planen müssen. Ist dies nicht der Fall, kann an eine Verpachtung gedacht werden. Auch mittels Pachtvertrag können genaue und klare Regelungen getroffen werden. Wichtig ist hier eine Regelung für den Todesfall des Verpächters, damit die Erben keine weitreichenden Entscheidungen fällen können, die eine weitere Bewirtschaftung durch den Pächter verhindern. Für den Fall, dass es keine Kinder oder andere Erben gibt, muss die Frage der Eigentumsübertragung im Todesfall vorher definitiv geklärt werden. Mögliche Formen sind die Familienstiftung, (Gemischte) Schenkung (Schenkungssteuer berücksichtigen) oder andere Formen (z. B. GbR mit anschließender Schenkung im Todesfall).

## Phasen der Übergabe

Die Hofübergabe außerhalb der Familie ist somit ein sehr komplexer Prozess. Abgebende und Neugründer befinden sich in einer Situation, für die sie selbst keine Erfahrung haben. Vielfältige rechtliche, ökonomische, soziale und persönliche Rahmenbedingungen sind zu berücksichtigen. Um Missverständnisse auf beiden Seiten zu vermeiden, ist es notwendig, klare Entscheidungen vor und während des Übergabeprozesses zu treffen. Insbesondere, wenn die abgebende Familie weiter auf dem Hof bleibt, sind klare Regelungen unabdingbar. Die Erfahrungen erfolgreicher Hofübergaben zeigen, dass von beiden Seiten verschiedene Phasen der Übergabe durchschritten werden müssen, damit es zu einer fruchtbaren Übergabe kommen kann.

### 1. Phase – das Wollen

In dieser ersten Phase setzen sich die Altbauern gedanklich mit dem Thema Hofnachfolge außerhalb der Familie auseinander. Am Ende dieser Phase wird darüber entschieden, ob eine außerfamiliäre Hofübergabe eine Option für den Fortbestand des Betriebes darstellt. Die Motive für den Erhalt des Hofes sind dabei sehr unterschiedlich. In einer Umfrage bei Abgebenden wurden unter anderem genannt: Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft oder eines besonderen Ortes, Tradition, die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Erde oder die Würdigung der eigenen Arbeit und der der Ahnen.

Am konkreten Beispiel eines Abgebenden zeigt sich, dass die Phase des „Wollens“ lange Zeit ohne Abschluss bleiben kann. Der Sohn dieses Landwirtes ist Tierarzt, die Tochter hat eine landwirtschaftsfremde

Ausbildung absolviert. Der Sohn hat mehrfach signalisiert, dass er den elterlichen Hof nicht übernehmen wird. Der abgebende Landwirt hat daraufhin mit der Suche nach Übernehmenden begonnen, auch jemanden auf dem Hof probeweise angestellt. Als der Sohn seine Tierarztpraxis in das Heimatdorf verlegt, beginnt beim Vater wieder die Hoffnung auf eine Übergabe an den Sohn zu keimen und die Suche nach einem geeigneten Nachfolger wird abgebrochen. Solange das Wollen kein wirkliches Wollen ist, wird hier die Übergabe nicht zustande kommen.

In dieser Phase wird die außerfamiliäre Hofübergabe als Alternative erkannt und sich aktiv dafür entschieden. Diese Phase muss bereits lange vor der eigentlichen Hofübergabe „bearbeitet“ werden. Denn hiervon hängt oft ab, ob Erhaltungsinvestitionen im Betrieb noch getätigt werden oder nicht.

### 2. Phase – die Form

Die zweite Phase beinhaltet die Suche nach der Form der Hofnachfolge. Hier müssen Entscheidungen über den Wert des Hofes, über Formen der Alterssicherung und ggf. Pflege, über die Übergabeform des Betriebes (Verpachten, Übergeben, Verkaufen, Einbringen in eine Stiftung etc.), über den künftigen Lebensmittelpunkt der Abgebenden und ggf. über eine Phase des Übergangs (gemeinsames Arbeiten auf dem Hof) gefunden werden. Häufig wird diese Phase nicht abgeschlossen, weil die Abgebenden glauben, dass es sinnvoll sei, gegenüber den Hofnachfolgern „offen“ zu bleiben. Diese falsch verstandene Offenheit ist aber oft eine Unklarheit und dann die Ursache für zahlreiche misslungene Übergaben.

### 3. Phase – die Suche

Nach der Entscheidung über die Form der außerfamiliären Nachfolge folgt die Suche nach geeigneten Nachfolgern. In der Praxis stammen Nachfolger häufig aus der weiteren Familie oder aus dem regionalen oder persönlichen Umfeld, z. B. ehemalige Lehrlinge, Praktikanten oder andere Mitarbeiter. Darüber hinaus bietet die Hofbörse von hofgruender.de die Möglichkeit einer bundesweiten Suche nach Betrieben und Nachfolgern. Geeignet sind aber auch Anzeigen in Verbandszeitschriften und in der landwirtschaftlichen Fachpresse, die Hofbörsen verschiedener Träger, Makler oder Aushänge an landwirtschaftlichen Fach- und Hochschulen. Da die Verantwortung für Geschaffenes, sein Erhalt und andere Werte wesentliche Motive für eine außerfamiliäre Hofübergabe sind, werden an die potenziellen Nachfolger hohe persönliche Ansprüche gestellt. Kommt dann der Wunsch der Abgebenden hinzu, weiter auf dem Hof zu arbeiten oder zu wohnen, erschwert das unter Umständen die Suche.

### 4. Phase – der Übergang

Diese Phase kann bei Verkauf des Hofes und Wegzug der Altbauern relativ kurz sein. Aber insbesondere wenn Abgebende und Einsteigende noch eine Zeitlang gemeinsam auf dem Hof arbeiten, kann hier die Übergabe noch scheitern. Die Gefahr des Scheiterns ist besonders groß, wenn der Altbauer diese Phase noch als „Suchen“ empfindet, Differenzen auftreten und die vertraglichen Regelungen zugunsten des Übernehmenden noch nicht eindeutig sind.

Die Hofübergabe ist erst dann erfolgreich abgeschlossen, wenn alle Phasen nacheinander durchlaufen, mit einem klaren Ergebnis abgeschlossen und alle Entscheidungsbefugnisse an die Nachfolger übergeben worden sind. Erfolgreiche Übergaben ergeben sich, wenn klare Verträge geschlossen und deutliche Trennungen vollzogen werden. Hilfreich dabei ist die Installation eines festen Zeitplanes, der die Übergabe und deren Ablauf festhält. Dieser Zeitplan ist nicht nur hilfreich in der Planung, sondern kann auch beide Seiten davor schützen, Entscheidungen immer wieder hinauszuzögern oder nicht zu treffen.

## Hofbörsen und Prozessbegleitung

Trotz des offensichtlichen Bedarfes, finden Existenzgründer und abgebende Landwirtinnen und Landwirte nur schwer zueinander. Zwar steigt jährlich die Zahl der außerfamiliären Übergaben, dennoch gibt es auch Schwierigkeiten, die den Einstieg bzw. Ausstieg erschweren. Dabei ist die Finanzierung der Existenzgründung und die Abfindung der Altbauern nur ein Problem. Auch weitere Ursachen führen zu einer noch vergleichsweise geringen Zahl an Übergaben. Wie oben beschrieben, handelt es sich bei der Hofübergabe um einen komplexen Prozess, der einer intensiven Beratung bedarf. Diese steht aber den abgabewilligen Landwirten und Existenzgründern bisher kaum zur Verfügung. Zwar bieten einige kirchliche Einrichtungen, wie z. B. die landwirtschaftliche Familienberatung, entsprechende Beratungsgespräche an, aber dies auch nur punktuell und für viele Bauern noch nicht bekannt.

Das „Nichtlassen-Können“ und der Eintritt in einen neuen Lebensabschnitt – auch ohne Landwirtschaft – ist ein Problem vieler Altbauern. Dazu kommen noch neue Ideen der Nachfolger, die eine Entscheidung zur Hofabgabe erschweren. Auf der Seite der Neugründer besteht oftmals noch Bedarf an Selbstklärung und Orientierung: Stimmt die Motivation, welche Wünsche verbinde ich mit der eigenen Existenz? Wird eine mögliche Zusammenarbeit mit den Altbauern funktionieren? Möchte ich

dies überhaupt? Diese und andere Fragen müssen beantwortet werden, damit der Einstieg erfolgreich gelingen kann. Auf der anderen Seite muss auch berücksichtigt werden, dass in der Landwirtschaft eine Hofübernahme oder Existenzgründung wesentlich stärker an eine bereits vorhandene (landwirtschaftliche) Betriebsstelle gebunden ist, als in anderen Branchen. Die Suche nach einem konkreten Standort ist daher für landwirtschaftliche Existenzgründungen elementar. Die Wahl des richtigen Ortes fällt den jungen Menschen oft nicht leicht.

Die vorgenannten Aspekte verdeutlichen, dass es einer kompetenten Beratung bedarf, die einerseits Altbauern und künftige Neueinsteiger zusammenbringt, darüber hinaus aber auch beiden Parteien mit Rat und Tat auf dem Weg der Entscheidungsfindung zur Seite steht. Klar ist auch, dass die Beratung nicht zum Zeitpunkt des Übergabetages zu Ende ist. In vielen Fällen ist auch noch nach diesem Zeitpunkt ein begleitendes Coaching für die Neueinsteigenden, aber auch Gesprächszeit mit den Abgebenden hilfreich. ■

hofgründer.de
Höfe gründen und bewahren

Tagesseminar für Beraterinnen und Berater, die Veränderungsprozesse begleiten:

**„Ermöglichen statt nur zu antworten!“ Prozesskompetenz in der Beratung landwirtschaftlicher Familienunternehmen**

In München (9.1.2013), Hamburg (14.1.2013), Kassel (16.1.2013) und Berlin (17.1.2013), jeweils 10.00 bis 18.00 Uhr

**Weitere Informationen bei**
Christian Vieth (05542) 98 16 03
Imke Lohmann (0521) 65 33
oder unter http://www.hofgruender.de/termine.html

**Althofstellen in Bayern:**

# Die Landwirtschaft geht, der Bauernhof bleibt

PD Dr. Markus Hilpert und Dr. Peter Neumann*

**Die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe hat sich in den alten Bundesländern von rund 1,3 Mio. im Jahr 1949 auf heute unter 300 000 verringert. Folglich werden rund 1 Mio. Ställe und Scheunen nicht mehr als solche gebraucht. Es besteht aber allgemeiner Konsens, dass für die funktionslos gewordenen Gebäude neue Verwendungszwecke gefunden werden sollten, um die Vitalität und Identität der dörflichen Ortskerne zu erhalten. Über die soziale und bauliche Situation auf diesen Althofstellen ist jedoch nur wenig bekannt. Deshalb wurden an der Universität Augsburg empirische Erhebungen durchgeführt.**

## Was wissen wir über Althofstellen?

In einem ersten Schritt wurde eine Stichprobe von 52 Gemeinden aus dem bayerischen ländlichen Raum analysiert. Dort wurden rund 2 500 Hofstellen untersucht, auf denen seit etwa 1980 die Landwirtschaft eingestellt worden war. Dabei zeigte sich beispielsweise, dass sich noch 90 % der Althofstellen im Eigentum derselben Familie befinden, die früher die Landwirtschaft dort betrieben hat (s. Abb. 1). Nur 7 % fanden neue Eigentümer, die zumeist aus der näheren Umgebung stammten. Die Übernahme der Althofstellen durch Großstädter als Dauer- oder als Freizeitwohnsitz hat also bislang keine statistisch relevante Bedeutung.

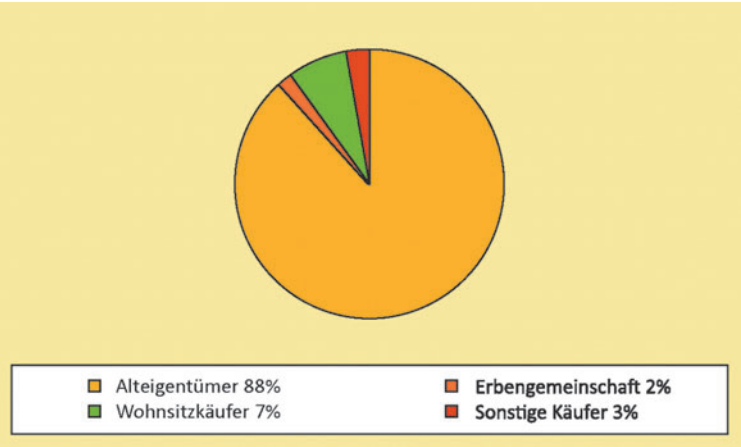
## Wohnt hier noch jemand?

Im Gegensatz zur landläufigen Meinung, wonach Betriebsaufgaben automatisch zum Verlust an Bevölkerung durch Tod oder Abwanderung führen, zeigen die empirischen Befunde, dass rund 92 % der Anwesen ständig bewohnt werden, teilweise kombiniert mit Gewerbe (s. Abb. 2). Das Ende der Landwirtschaft ist also keineswegs mit dem Verlassen der Hofstellen und damit der Abwanderung aus dem ländlichen Raum gleichzusetzen. Die enge Verbundenheit der Eigentümer mit der Hofstelle zeigt sich auch darin, dass etwa jeder Zweite nach dem Ende der Landwirtschaft wieder Baumaßnahmen durchgeführt hat und zwar an 33 % der Wohnhäuser und an 28 % der Wirtschaftsgebäude. Dadurch hat sich auch die Zahl der Wohneinheiten auf den Althofstellen um etwa 10-15 % erhöht.

Nur 5 % der ehemaligen Bauernhöfe stehen vollständig leer (s. Abb. 2). Diese mehr oder weniger deutlich verfallenden Höfe, die zumindest für die breite Öffentlichkeit der wesentli-

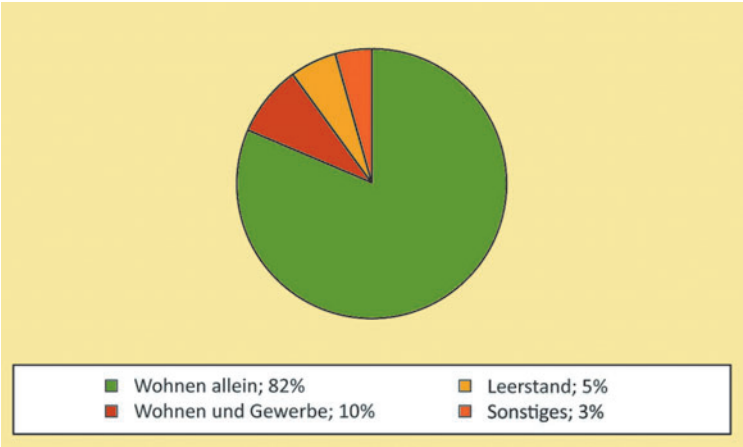
* PD Dr. Markus Hilpert, Institut für Geographie der Universität Augsburg, Augsburg, markus.hilpert@geo.uni-augsburg.de
Dr. Peter Neumann, München, peter-neumann@web.de

**Abbildung 1: Eigentumsverhältnisse**




Quelle: Eigene Erhebungen

**Abbildung 2: Nutzung der Althofstellen**




Quelle: Eigene Erhebungen

che Anlass für die Debatten um sterbende Dörfer sind, konzentrieren sich vor allem im peripheren ländlichen Raum.

## Wer lebt eigentlich auf Althofstellen?

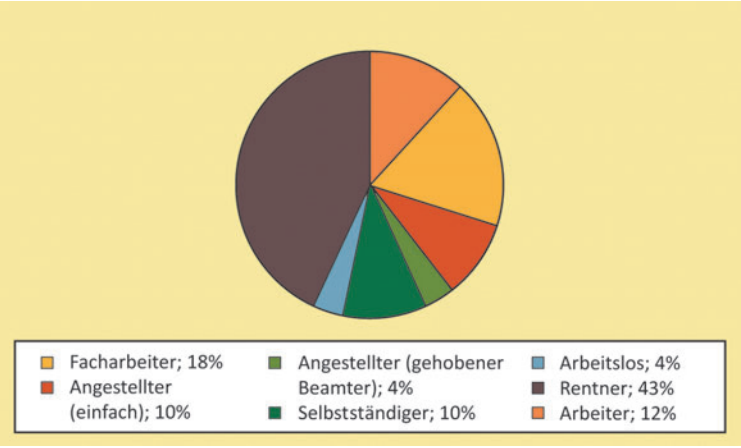
Bereits diese ersten Befunde verdeutlichen vor allem die entscheidende Schlüsselstellung der Eigentümerfamilien. Daher wurden 261 Intensivinterviews mit ehemaligen Landwirtsfamilien in 12 ausgewählten Gemeinden geführt und zusätzlich ihr Gebäudebestand ermittelt. Die Ergebnisse aus diesen Ortsterminen können zwar nicht als repräsentativ im Sinne der Stichprobentheorie gelten, es dürfte jedoch die bislang umfangreichste Befragung der Bewohner von Althofstellen sein.

Wenig überraschend ist zunächst der Befund, dass die Althofstellenbewohner überdurchschnittlich alt sind. Kinder und Jugendliche wohnen hier nur selten. Der Anteil der Rentner bei den Haushaltsvorständen erreicht 43 %, aber auch die Zahl der Selbstständigen liegt deutlich über dem bayerischen Durchschnitt (s. Abb. 3). Die durchschnittliche Zahl der Bewohner je Althofstelle liegt bei 2,8, variiert aber relativ stark.

## Wie werden die Althofstellen momentan genutzt?

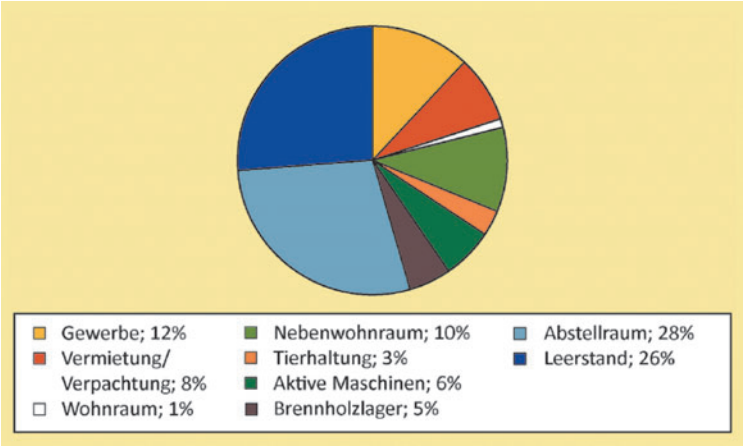
Etwa 80 % der Hofstellen sind größer als 1 000 m² und die Wohnfläche ist mit 83 m²/Bewohner fast doppelt so groß wie im Durchschnitt der BRD. Hinzu kommen die Wirtschaftsgebäude mit einem Medianwert von 367 m² Grundfläche (GF) je Hofstelle. Das Spektrum reicht aber in Abhängigkeit von der Betriebsgröße und der Bewirtschaftungsform von 70 m² bis fast 4 000 m² GF. Dennoch lassen sich drei unterschiedliche Nutzungsbereiche der Wirtschaftsgebäude unterscheiden (s. Abb. 4):

**Abbildung 3: Erwerbstätigkeit der Eigentümer und Stellung im Beruf**




Quelle: Eigene Erhebungen

**Abbildung 4: Aktuelle Nutzung der Wirtschaftsgebäude**



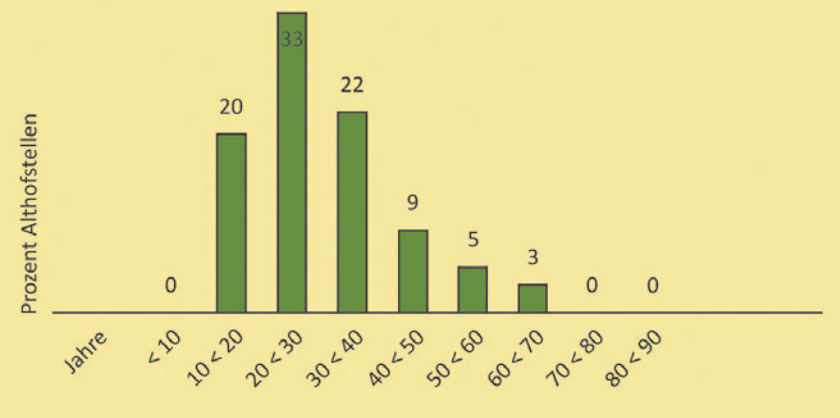

Quelle: Eigene Erhebungen

**Tabelle 1: Ursachen der Betriebsaufgabe**

| Ursachenbereich (Mehrfachnennungen) | Eigentümer % |
|---|---|
| Mangelnde Rentabilität | 38 |
| Fehlender Hofnachfolger | 38 |
| Krankheit/Tod eines Familienmitglieds | 35 |
| Arbeitsbelastung | 27 |
| Alter | 26 |
| Sonstiges | 19 |
| Anstehende Investitionen | 11 |

Quelle: eigene Erhebungen

**Abbildung 5: Dauer zwischen Betriebsaufgabe und Umnutzung oder Vererbung**




Quelle: Eigene Berechnung anhand StBA 2009

Rund 26 % der Wirtschaftsgebäude (gemessen an der GF) sind vollständig ungenutzt und stehen faktisch leer. Dies betrifft vor allem große Gebäude, da sich für diese besonders schwer Nutzungen finden lassen.

Etwa gleich groß (28 %) ist der Anteil extensiv genutzter Gebäude, die als Abstellraum für Hausrat, Gartenmöbel und Altmaschinen dienen.

Annähernd die Hälfte (46 %) der Wirtschaftsgebäude wird indes in den Augen ihrer Eigentümer aktiv genutzt: 20 % werden gewerblich verwendet oder sind als Lager oder Unterstellräume vermietet. Weitere 26 % dienen in kaum zu überblickender Vielfalt der Steigerung der Entfaltungsmöglichkeiten und des Wohnkomforts.

**Tabelle 2: Veränderungsabsichten**

| Veränderungsabsichten (Mehrfachnennungen) | Eigentümer % |
|---|---|
| Umbau Wirtschaftsgebäude | 39 |
| Umbau/Neubau Wohnhaus | 24 |
| Abbruchmaßnahmen | 10 |
| Vermietung ausbauen/beginnen | 27 |
| Verkaufen | 3 |

Quelle: eigene Erhebungen

Dazu gehören beispielsweise Werkstätten, Hobbytierhaltung oder die Unterbringung von noch aktiven Landmaschinen. Auf den meisten Althofstellen finden wir jedenfalls eine Mischung aus intensiver und extensiver Nutzung.

## Was haben die Eigentümer zukünftig vor?

Mangelnde Rentabilität und damit zusammenhängend fehlende Hofnachfolger waren die häufigsten Ursachen für das Ende der Landwirtschaft auf dem Hof. Den letzten Anstoß gaben dann aber überraschend häufig Krankheit und Tod (s. Tab. 1). Die Betriebsaufgabe fiel bei einer Vielzahl der Betriebe also in eine Schwächephase.

Nach der Betriebsaufgabe ist der Umgang mit der Althofstelle meist von einem komplizierten Geflecht aus Wünschen, Werten, Hemmnissen und Beschränkungen bestimmt. Dazu gehören beispielsweise die Familientradition, der Erhalt des Immobilienvermögens oder die Pflege des Hofs aus Rücksicht auf die Nachbarschaft. Der Wunsch nach einer besseren wirtschaftlichen Nutzung scheitert oftmals an mangelnder Nachfrage und der Abneigung gegenüber Fremden auf dem Hof. Großes Gewicht hat aber auch der Wunsch nach einem ruhigen Lebensabend, allerdings hemmen häufig Krankheit und Erschöpfung eine Um- oder Folgenutzung.

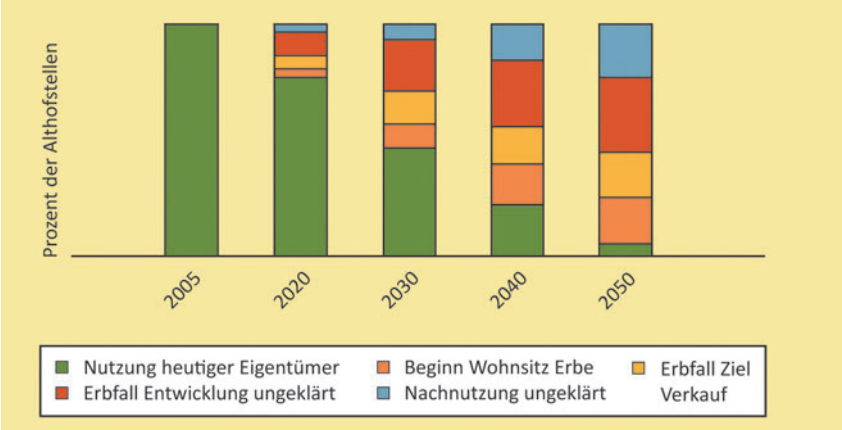
In der Summe verfolgen 63 % der Althofstelleneigentümer mehr oder minder konkrete Veränderungsabsichten (s. Tab. 2). Es handelt sich dabei aber um Maßnahmen, die ganz überwiegend aus kleinen, nur für das unmittelbare Umfeld auffälligen Schritten bestehen. Ein umfassendes Umnutzungskonzept für die ganze Althofstelle, das in einem Zuge realisiert wird, ist die absolute Ausnahme.

## Was passiert langfristig mit den Althofstellen?

Rund 70 % der Althofstellen werden innerhalb von 30 Jahren nach der Betriebsaufgabe umgenutzt oder vererbt (s. Abb. 5), die meisten nach etwa 10 bis 20 Jahren. Umnutzungszeiträume von über 50 Jahren sind meist nur auf Althofstellen zu erwarten, die von Erben übernommen werden, die keine Veränderungsabsichten haben.

Die Langfristigkeit des Umnutzungsprozesses zeigt sich

**Abbildung 6: Entwicklung der Nutzung auf den Althofstellen im Zeitablauf**




Quelle: Eigene Berechnung anhand StBA 2009

auch an dem nur allmählichen Übergang von den heutigen Eigentümern auf die Nachfolgergeneration, der voraussichtlich noch bis etwa 2050 dauern wird. Dabei ist aus heutiger Sicht zu erwarten, dass immer mehr Hofstellen zum Verkauf angeboten werden. Aber auch der Anteil der ungewissen Entwicklung nimmt deutlich zu (s. Abb. 6). Einfach formuliert: Das Thema „Neue Funktionen für alte Gebäude“ wird noch über Jahrzehnte aktuell bleiben!

## Schlussfolgerungen

Die Bemühungen um den Erhalt der Althofstellen sollten vier zentrale Bedingungen beachten:

**1. Schlüsselstellung der Eigentümer:** Die eng mit dem Hof verbundenen Eigentümer müssen Ausgangs- und Mittelpunkt aller Überlegungen und Aktivitäten sein.

**2. Umnutzung als Teilaufgabe:** In aller Regel müssen vorhandene Nutzungen ausgebaut und ergänzt werden. Der Leerstand der gesamten Hofstelle ist die Ausnahme.

**3. Zeitliche und räumliche Streuung:** Die Umnutzungen verteilen sich auf mehrere Jahrzehnte und in Bayern auf rund 40 000 Siedlungseinheiten, darunter 14 300 Dörfer.

**4. Nachfrage:** Die sehr geringe Nachfrage stammt bisher aus der ländlichen Umgebung. Im Zuge des demografischen Wandels wird die Nachfrage nach Wohnraum in vielen ländlichen Räumen jedoch zurückgehen. Die Ballungsgebiete wirken sich bisher nur in ihrem unmittelbaren Einzugsgebiet aus.

Angesichts der Differenziertheit der einzelnen Umnutzungsaufgaben ist eine direkte Beeinflussung von außen in Form von Förderprogrammen oder Bauvorschriften wenig Erfolg versprechend. Auch die immer wieder auftauchenden Bauernhofbörsen können sich nicht dauerhaft durchsetzen, da Angebot und Nachfrage zu verstreut sind. In Bayern hilft derzeit allein die umfassende Dorferneuerung. Sie bietet nicht nur eine gewisse finanzielle Förderung, sondern pflegt vor allem das Bewusstsein für die lokalen Werte und berät in baulichen und gestalterischen Fragen. Denn wie ein Vergleich zwischen Gemeinden im Umfeld der Verdichtungsräume mit jenen aus dem peripheren Raum zeigt, ist eine vitale, wirtschaftlich starke, gut ausgestattete Gemeinde die beste Grundlage für die Sicherung der Althofstellen. Eine entsprechende Gemeindeentwicklung lässt sich auch mit interkommunaler Zusammenarbeit, intensiver Bürgerbeteiligung und Nutzung des übergemeindlichen Beratungsangebots fördern.

Bei 95 % der Althofstellen geht es darum, es den jetzigen oder künftigen Eigentümern zu ermöglichen, weiterhin auf der Althofstelle zu leben. Nur rund 5 % der Althofstellen stehen jetzt oder in Zukunft vollständig leer. Hier empfiehlt sich der Ankauf und die Verwertung durch die Gemeinde. Dies kann dann zur Suche nach neuen Nutzern, zur Schaffung von Bauplätzen, aber auch zum Umbau für öffentliche Zwecke führen.

Die Entwicklung der Althofstellen ist untrennbar mit der Entwicklung des ländlichen Raums verknüpft. Bereits bei den heutigen Althofstellen reicht die Umnutzung in Zukunftsräume hinein, die sich bestenfalls erahnen lassen. Als dauerhafte Perspektive kann gelten, dass es eine der großen Stärken des ländlichen Raums im allgemeinen und der Althofstellen im besonderen ist, dass sie im Prinzip sehr viel Raum zur Entfaltung der unterschiedlichsten Aktivitäten bieten. Die Althofstellen eignen sich damit insbesondere für kreative Menschen, die unabhängig, aber doch in Gemeinschaft leben möchten, die ihr Leben selbst gestalten wollen und die die Nähe zur Natur suchen. ■

***Literatur:***

*Neumann, P.: Althofstellen als Elemente der ländlichen Siedlungsentwicklung, Augsburg 2012*

*Statistisches Bundesamt, zitiert als StBA: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Sterbetafel Deutschland 2006/08, Wiesbaden 2009*

# Netzwerke im ländlichen Raum – für Menschen mit und ohne Behinderung

Hella Hansen und Dr. Robert Hermanowski*

**Die Ergebnisse eines Modellvorhabens des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zeigen, wie neue Konzepte der Vernetzung zwischen Grünen Werkstätten und der umliegenden Landwirtschaft entwickelt und umgesetzt werden können. Durch den Austausch von Waren, Wissen und Ressourcen wird der ländliche Raum gestärkt, die Wertschöpfung erhöht und ein Beitrag zur Inklusion geleistet. Praktische Erfahrungen in drei Modellbetrieben machen deutlich, warum.**

## Die Idee des Modellvorhabens

Netzwerken heißt das Zauberwort erfolgreicher Menschen und erfolgreicher Betriebe. Auch „Grüne Werkstätten“, das sind land- und gartenbauliche Bereiche von Werkstätten für behinderte Menschen, und landwirtschaftliche Betriebe profitieren von Kooperationen. Die Zusammenarbeit mit umliegenden Betrieben und Dienstleistern bringt vielfältige Synergieeffekte und löst neue wirtschaftliche Impulse aus. Zudem führen diese Verbindungen letztlich zu mehr Akzeptanz in der Bevölkerung. Eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Denn

- in der Landwirschaft werden Arbeitskräfte dringend gesucht,
- die UN-Behindertenrechtskonvention fordert eine gleichberechtigte Teilhabe bzw. Teilnahme von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben,
- für Grüne Werkstätten ist nicht nur die pädagogische Arbeits- und Berufsförderung im Fokus, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Betriebe,
- Menschen mit Behinderung haben häufig Spaß an der Arbeit mit Tieren und in der Natur, sind sehr gewissenhaft und deshalb häufig hervorragende Mitarbeiter.

Um all diese unterschiedlichen Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen, entstand die Idee, eine Methode zu entwickeln, wie alle Beteiligten zueinander finden und voneinander profitieren können.

## Das Modellvorhaben

Zu Beginn des Modellvorhabens wurde im Rahmen einer Masterarbeit bundesweit eine schriftliche Befragung von rund 150 Grünen Werkstätten durchgeführt. Etwa 30 % der Einrichtungen gaben eine Rückmeldung. Das Ergebnis: Viele Werkstätten kooperieren schon, z. B. durch den Zukauf von Rohwaren oder die Belieferung des regionalen Einzelhandels. Das Potenzial dafür ist allerdings noch lange nicht ausgeschöpft. Aus dem Pool der interessierten Werkstätten wurden geeignete Modellstandorte ausgewählt, um Vernetzungsideen zu entwickeln und von Fachleuten betreut umzusetzen. Das Vorgehen wurde so dokumentiert, dass es auf andere Regionen übertragbar ist. Dazu gab es 30 Monate Zeit.

Die Vielfalt der Struktur und die Rahmenbedingungen der Grünen Werkstätten sind enorm. Für das Modellvorhaben wurden mehrere Einrichtungen ausgewählt, die mit ihren Voraussetzungen unterschiedliche Typen und Regionen verkörpern. Die Modellbetriebe liegen in Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz. Zwei von ihnen haben schon viel Erfahrung mit Kooperationen und mit der Auslagerung von Arbeitsplätzen. Hier liegt der Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit darin, erfolgreich Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu vermitteln. Ein Betrieb wird ganz neu aufgebaut. Hier müssen alle Strukturen neu geschaffen, ja sogar Vorurteile der Anwohner am Standort ausgeräumt werden.

Nach der Auswahl der Modellbetriebe wurden in einer zweiten Befragung 46 Betriebsleiter landwirtschaftlicher Betriebe – vereinzelt auch Gärtnereien, Metzgereien und eine Landmaschinenwerkstatt – interviewt, um zu klären, was sie sich als Arbeitgeber und Kooperationspartner von der Zusammenarbeit mit Grünen Werkstätten wünschen und erhoffen. Die Betriebe befinden sich an den Modellstandorten, aber auch in anderen Regionen Deutschlands.

* Hella Hansen und Dr. Robert Hermanowski, FiBL Projekte GmbH, Frankfurt a. M., Tel. (069) 71 37 699-45, hella.hansen@fibl. org

## Praxisbeispiele und Ergebnisse

### Hof Blasweiler – klein und vielseitig

Der Hof Blasweiler ist mit seinen 3 ha Fläche winzig, aber enorm vielseitig. Die Kreisvereinigung Ahrweiler der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. hat den Hof gekauft und im Rahmen des Modellvorhabens modernisiert und aufgebaut. Er liegt in dem Dorf Blasweiler in der Eifel, das nur 80 Einwohner hat. Das Projekt wurde sowohl auf kommunalpolitischer Ebene und Kreisebene, über eine regionale Pressearbeit und Gemeindeblätter, wie auch über eine Bürgerveranstaltung vor Ort vorgestellt. Die Vorurteile der Anwohner gegen das Vorhaben waren zu Beginn enorm, konnten aber durch die offene Kommunikation aufgefangen werden. Inzwischen sind der Hof und seine Mitarbeiter in der Region voll akzeptiert und als Lieferant von regionalen Lebensmitteln wie Apfelsaft und Eiern gerne gesehen.

Die Geschäftsidee des Hofs Blasweiler ist die Kombination der Unternehmenszweige „ökologische Landwirtschaft“ mit „Garten- und Landschaftspflege“. Nach Analyse der Marktbedingungen und -chancen wurden die Betriebszweige Mosterei (25 % Umsatzanteil) und Legehennenhaltung (15 % Umsatzanteil) aufgebaut. Auch für den zweiten Geschäftsbereich – Garten- und Landschaftspflege – gibt es genügend Bedarf in der näheren Umgebung und sehr gute Bedingungen für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Die Arbeitsabläufe sind häufig klar und einfach, wie beispielsweise Rasenmähen oder Laubkehren. Neben der benötigten Infrastruktur zur Erzeugung und Vermarktung der Waren wurden zudem die Kontakte zu umliegenden Betrieben aufgebaut. Darüber hinaus fand eine Dokumentation statt, ob und wie das Projekt die Region insgesamt  belebt hat, also welcher Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raumes geleistet wird. Das Ergebnis: Pflege- und Erntemaßnahmen im Obstbau sowie Lohnmosterei und gartenbauliche Dienstleistungen führen zu einer breiten Verankerung und Vernetzung auch über die Landwirtschaft hinaus.

Foto: D. T. Funda, FiBL

Der Hof Blasweiler wurde von Anfang an betreut: Von der Geschäftsidee bis zur Vermarktung. Die Betriebszweige sind Legehennenhaltung, Mosterei, Garten- und Landschaftspflege.

Weitere Informationen unter www.hof-blasweiler.de

### Mühlhäuser Werkstätten/Zweigwerkstatt Ebeleben – gut gecoacht ist halb gewonnen

Auch die Zweigwerkstatt Ebeleben ist schon gut etabliert und in der Region vernetzt. Die Besonderheit dieser Einrichtung: Der landwirtschaftliche Bereich der Werkstatt deckt eine komplette Wertschöpfungskette von der Produktion über die Verarbeitung bis zur Vermarktung ab. Die betrieblichen Kooperationen bieten Startmöglichkeiten für Arbeitserprobungen und Praktika.

Haupterwerbszweig des ca. 25 ha großen Betriebes ist die Schweinemast. Die Schweine werden in der hauseigenen Schlachterei selbst geschlachtet und weiterverarbeitet. Da die eigenen Kapazitäten erschöpft waren, die Nachfrage nach hauseigenen Thüringer Wurstspezialitäten aber groß, sollten umliegende landwirtschaftliche Schweineerzeuger für die Vertragsmast gewonnen werden.

In dem fast dreijährigen Modellvorhaben wurden die Kontakte sowohl des landwirtschaftlichen Betriebs als auch der Gärtnerei mit Akteuren aus der Umgebung intensiviert. Der Hof bewirtschaftet mit umliegenden Betrieben die Felder und bezieht von ihnen die Ferkel für die eigene Mast sowie zusätzliche Mastschweine. Die Zusammenarbeit mit den Betrieben kommt nicht nur den Interessen der Mitarbeiter mit Behinderung entgegen, sie nimmt auch die Wünsche des Partnerbetriebes auf und ist damit für beide Seiten auch finanziell interessant.

Das zweite Teilprojekt innerhalb des Modellvorhabens: Mitarbeiter mit Behinderung auf Arbeitsplätze in umliegende Betriebe zu vermitteln. Dazu gab es bereits viele Ansätze. Um die Bemühungen noch zu verstärken und zu systematisieren, wurde die Stelle eines Arbeitsassistenten für Praktika und weitergehende Arbeitsverhältnisse eingerichtet. Der Arbeitsassistent ist sowohl Ansprechpartner für soziale Belange der Menschen mit Behinderung als auch für Fragen der Betriebe. Die Vorbereitung und anschließende Begleitung der Mitarbeiter verbessert die Vermittlungschancen.

Foto: Mühlhäuser Werkstätten

In der Zweigwerkstatt Ebeleben der Mühlhäuser Werkstätten hat Frank Scherer (rechts) die Funktion eines Arbeitsassistenten und ist unter anderem für Hartmut Hani (links) Ansprechpartner.

Bevor der Mitarbeiter mit Behinderung auf einen Außenbetrieb vermittelt wird, durchläuft er allerdings ein zwei bis vier Wochen dauerndes Assement Center. Hier werden zunächst die Motivation und die Kompetenzen der Mitarbeiter mit Behinderung ermittelt. Das macht es einfacher, Erwartungen und Erfahrungen aller Beteiligten bestmöglich zusammenzubringen. Gemeinsam mit dem Jobcoach fällt der Sprung in ein Beschäftigungsverhältnis außerhalb der Werkstatt dann gar nicht mehr so schwer.

Das Modell für eine erfolgreiche Arbeitsassistenz gibt es jedoch bislang nicht. Das Konzept muss individuell für den Betrieb und die Menschen mit Behinderung zugeschnitten werden. In Mühlhausen/Ebeleben wurden effiziente und bewährte Methoden angewandt, die aber problemlos an die jeweils besonderen Bedürfnisse anderer Betriebe angepasst werden können.

Weitere Informationen unter www.muehlhaeuser-werkstaetten.de

Der Antonius-Hof beschäftigt 60 Mitarbeiter mit Behinderung, davon sechs auf ausgelagerten Arbeitsplätzen in Partnerbetrieben.

Auf dem Antonius-Hof werden jährlich 700 Schweine gezüchtet und gemästet. Im Modellvorhaben stand die Entwicklung eines mehrstufigen Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepts im Tätigkeitsfeld Schweinehaltung sowie deren Anerkennung im Fokus.

## Antonius-Hof mit Schwerpunkt Qualifizierung

Der Antonius-Hof in Fulda ist im Unterschied zum Hof Blasweiler schon zu Beginn des Modellvorhabens fest in der Region verwurzelt, gut etabliert und recht groß. Zum Betrieb gehört eine bewirtschaftete Fläche von 375 ha. 60 Mitarbeiter mit Behinderung arbeiten beispielsweise in den Bereichen Milchvieh- und Schweinehaltung sowie Kartoffelverarbeitung. Der Hof führt mit mehreren umliegenden landwirtschaftlichen Betrieben weitreichende Kooperationen. Ein Beispiel: Da der Hof mitten in einem Wohngebiet liegt, waren die Möglichkeiten für neue Stallungen schnell erschöpft, was eine Expansion des Milchviehbestandes unmöglich machte. Die Lösung des Problems: Das Jungvieh wurde ausgelagert, die frei gewordenen Plätze mit weiterem Milchvieh aufgefüllt.

Im Modellvorhaben stand jedoch nicht das Thema Kooperation, sondern ein mehrstufiges Ausbildungs- und Qualifizierungskonzept im Fokus. Es wurde am Beispiel der Schweinehaltung entwickelt und erprobt. Nach der systematischen Erfassung aller Tätigkeiten und erforderlichen Fähigkeiten sind sog. Qualifizierungsbausteine entworfen worden, z. B. für die Schweinefütterung oder das Reinigen der Ställe.

Menschen mit Behinderung können häufig nicht alle Anforderungen eines Ausbildungsberufs oder einer Werkerausbildung erfüllen. Dennoch sind sie in ihrem persönlichen Rahmen durchaus fähig, selbstständig und eigenverantwortlich ganz bestimmte Tätigkeiten zu übernehmen. Der Rahmen dafür wurde am Beispiel Schweinehaltung abgesteckt. Im zweiten Schritt ging es darum, die behördliche Anerkennung für solche „Teilausbildungen“ zu bekommen – ein langwieriges Unterfangen, nicht nur, weil Standards geschaffen werden müssen, sondern auch, weil die Bundesländer teilweise recht unterschiedliche Anlaufstellen und Verfahrensweisen haben. Die auf sie zugeschnittenen Ausbildungsbausteine geben den Menschen mit Behinderung eine berufliche Identität und fördern somit die Inklusion. Ein Mindestmaß an Standardisierung ermöglicht Transparenz und Austausch innerhalb der Werkstattlandschaft, sodass die Bildungsangebote für Menschen mit Behinderung gemeinsam weiterentwickelt werden können. Potenzielle Arbeitgeber wissen aufgrund des erworbenen Zertifikats, dass ihre zukünftigen Mitarbeiter auf die Arbeit gut vorbereitet sind.

Weitere Informationen unter www.antoniusheim-fulda.de

Alle drei Modellbetriebe haben viel für die Gesellschaft und für sich erreicht. Sie stärken ihre Wirtschaftskraft sowie die im gesamten ländlichen Raum. Sie verankern Arbeitsplätze vor Ort und in der Region und fördern die Inklusion von Menschen mit Behinderung, die eine berufliche Identität bekommen. Und sie erzeugen gesunde Lebensmittel in der Region für Menschen aus der Region.

## Mehr Informationen:

Leitfaden „Gut vernetzt – davon profitieren alle!“ mit den Ergebnissen des Modellvorhabens „Entwicklung einer Methode zum Aufbau eines regionalen Netzwerks von ländlichen Dienstleistern und landwirtschaftlichen Betrieben mit Werkstätten für behinderte Menschen als Beitrag zur Förderung der Entwicklung ländlicher Räume“. Bezugsadresse: www.fibl-shop.org, Bestellnummer 1591. Download: kostenlos, gedruckte Exemplare gegen 6 € Gebühr plus 2 € Versandkosten.

**Linktipps**

alma – Arbeitsfeld Landwirtschaft mit allen – für Menschen mit und ohne Behinderung: www.netzwerk-alma.de

Gruene-Werkstatt.de informiert über Möglichkeiten der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung in der Landwirtschaft: www.gruene-werkstatt.de

Das 18. Interdisziplinäre Dorfsymposium in Bleiwäsche vom 13. - 15. Mai 2012 stand unter dem Titel **„Bildung im Dorf – Was leistet Bildung für ländliche Räume?“** und ging insbesondere der Frage nach, welche Bedeutung dem informellen und non-formalen Lernen im Lernort Dorf zugeschrieben werden kann.

# Resolution von Bleiwäsche 2012*

**Das Dorf ist seit jeher ein Ort des Lernens.** Wissen und Kompetenzen werden hier von Generation zu Generation weitergegeben. Innerhalb der überschaubaren Lebenswelt stellen sich Erfahrung und Erkenntnisse im Umgang mit dem Gelernten unmittelbar ein. Der kleine Maßstab ermöglicht das Vermitteln sozialer Kompetenzen und das Entstehen unmittelbarer Mensch-Umweltbeziehungen in hoher Qualität und Intensität.

**Der Lernort Dorf ist in Gefahr.** Zwar werden Dorfschulen als ideal und kindgerecht gelobt, aber Bildung auf dem Land wird auch mit Rückständigkeit und Minimalausstattung an Bildungseinrichtungen assoziiert. In Zeiten, in denen ländliche Bildung einem ausschließlich ökonomischen Diktat folgt und Dorfschulen erneut in großer Zahl und oftmals unwiederbringlich geschlossen werden, fehlt ein klares gesellschaftliches Bekenntnis zum Wert und Erhalt der Dorfschule.

**Das Dorf muss als eigenständiger und wertvoller Bildungsraum verstanden werden.** Mit seinen unterschiedlichen Akteuren, Orten und Institutionen steht er nicht in Konkurrenz zum urbanen Raum. Vielmehr kann er mit spezifischen Bildungsinhalten, die insbesondere auch den lokalen/regionalen Gegebenheiten angepasst sind, aufwarten.

**Die Bevölkerung des ländlichen Raumes** verfügt nicht zuletzt auf Grundlage ihrer regionalen Identität **über eine hohe Gestaltungskompetenz** bei der Entwicklung von Konzepten regionalen Lernens. Zahlreiche bereits heute existierende Netzwerke zeigen nicht zuletzt im Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung die guten, aber längst nicht ausgeschöpften Möglichkeiten zur aktiven Teilhabe auf.

**Bildungsinstitutionen haben den ländlichen Raum als lohnendes Tätigkeitsfeld für sich entdeckt.** Insbesondere überregional kommt es hier manchmal zu einer Konkurrenzsituation zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Trägern bzw. zwischen Trägern ähnlicher inhaltlicher Orientierung. Die Abstimmung von Inhalten sowie gemeinsame Vermittlung bzw. Vermarktung bieten gute Chancen für Synergien. Dörfer brauchen Bildungsmanager!

**Bildungsarbeit im Dorf ist weniger stark an bildungsnahe Milieus gebunden als in städtischen Räumen.** Dieses ist eine wichtige Qualität und ein wesentliches Charakteristikum ländlicher Bildung. Für wenig qualifizierte Menschen, denen klassische Bildungswege verschlossen bleiben, liefert das Dorf „anfassbare Inhalte“ mit intellektuellen und/oder auch handwerklichen Ansprüchen. Lernziele definiert das Dorf, Lernerfolge finden hier unmittelbar Wertschätzung.

**Die Entwicklung des ländlichen Raumes kann durch Bildung gefördert werden.** Doch noch viel zu oft sind institutionalisierte Bildungsangebote oder Bildungsinitiativen abhängig von zeitlich und inhaltlich begrenzten Förderprogrammen. Erste auf Ebene von Bundesländern entstandene Schulen der Dorf- und Landentwicklung bieten wichtige und kontinuierliche „Hilfe zur Selbsthilfe“. Grundsätzlich aber müssen neue Schwerpunkte einer „Menschen bewegenden“ Politik für den ländlichen Raum entwickelt werden.

**Die (geographische) Bildungsferne peripherer ländlicher Räume ist überwindbar!** Neue Technologien zur Datenübertragung offerieren auf Basis schneller Internetverbindungen Möglichkeiten des direkten Bildungstransfers auch in die entlegensten Winkel des ländlichen Raumes. Spezifische, bis zum heutigen Tag an Städte gebundene Bildungsinhalte stehen somit grundsätzlich auch dem ländlichen Raum zur Verfügung. Die Methodik und Didaktik der Inhaltsvermittlung bedürfen jedoch einer spezifischen Anpassung an den Bedarf bzw. die Spezifik der Lernsituation.

**Breitbandversorgung, Medienaffinität und -beherrschung** sind Grundvoraussetzungen zur Teilnahme an *Distance Learning*-Angeboten. Diese neue, auf partizipativem Austausch beruhende, Lehr- und Lernform sollte in ländliche Entwicklungsangebote eingebunden werden.

**Die traditionellen Kulturen des ländlichen Raumes dienen als Bildungsträger** und Bildungsinhalt zugleich. Für die Bevölkerung sind sie Grundlage regionaler Identität, die im Gegensatz zu einer romantisierenden „Volkstümlichkeit“ auch modernen Zeitströmungen aufgeschlossen ist. Die Auseinandersetzung mit modernen Kunstformen ist gut geeignet, die eigene kulturelle Identität zu hinterfragen und fortzuschreiben.

**Moderne Formen von Kunst und Kultur stimulieren Interpretation und Selbstreflexion des Betrachters.** Mit ihnen bieten sich auch für die Bewohner des ländlichen Raumes neue Möglichkeiten des Ausdrucks individuellen Wahrnehmens und Empfindens ein. Der Dialog zwischen Kunst- und Kulturschaffenden und Konsumenten offeriert eine neue, gemeinsame Lernplattform und befördert Kreativität, Kommunikation und Gemeinschaft.

* PD Dr. Karl Martin Born (Vechta), Prof. Dr. Henning Bombeck (Rostock) und Prof. Dr. Doris Schmied (Bayreuth)

# Bildungsprojekt WeltGarten Witzenhausen

Christina Meibohm*

**Zehn Jahre nach der Weltumweltkonferenz von Rio hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 2002 die Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) für den Zeitraum von 2005 bis 2014 ausgerufen. Der WeltGarten Witzenhausen (WeGa) gehört zu den offiziellen Dekade-Projekten.**

Im Vorfeld der UN-Dekade BNE hat der Deutsche Bundestag 2004 die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplanes „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beschlossen. Oberstes Ziel des Planes ist es, nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen in Deutschland zu verankern. Bildung für nachhaltige Entwicklung verlangt nach einer interdisziplinären Vernetzung, da die Probleme der Globalisierung nur in weltweiten Zusammenhängen dargestellt werden können. Diese Vernetzung von Projektträgern und Kooperationspartnern mit unterschiedlicher, sich ergänzender Kompetenz sowie vier außerschulische Lernorte am Standort Witzenhausen bietet das Bildungsprojekt WeltGarten.

## Außergewöhnliche Lernorte

Der WeltGarten ist ein Kooperationsprojekt von sechs Institutionen (s. Kasten), die alle seit vielen Jahren in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit aktiv sind und ihre Erfahrungen, Kompetenzen und Angebote in das gemeinsame Bildungsprojekt einbringen. Im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung beleuchtet WeGa in seinen Bildungsveranstaltungen die zentralen Aspekte der Nachhaltigkeit: ökologische Tragfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Leistungsfähigkeit. Die Umsetzung der Bildungsarbeit erfolgt an den Lernorten:

- Tropengewächshaus mit mehr als 480 Nutzpflanzenarten unter Glas (Ökologie)
- Völkerkundemuseum mit Exponaten verschiedener Lebensbereiche aus aller Welt (Soziales)
- Weltladen mit vielfältigen Produkten des Fairen Handels (Ökonomie)
- Fachbibliothek mit umfangreichem Literatur- und Archivbestand, z. T. aus der Kolonialzeit

**Der WeltGarten ist ein Kooperationsprojekt von:**

- Arbeitskreis Eine-Welt e.V., Witzenhausen
- Bildung trifft Entwicklung (BtE)/Regionale Bildungsstelle Nord
- Deutsches Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft (DITSL)
- Internationales Bildungszentrum Witzenhausen (IBZW)
- Ökumenische Werkstatt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck
- Tropengewächshaus Witzenhausen der Universität Kassel

Diese vier außergewöhnlichen Lernorte in unmittelbarer Nähe zueinander sind das Besondere an WeGa. Hier erschließen sich komplexe Themen auf anschauliche und leicht verständliche Weise. Zielgruppennah werden Verbindungen zwischen unserem Alltag hier und dem Leben in den Ländern des Südens hergestellt und ein Bewusstsein für komplexe globale Zusammenhänge geschaffen. Außerdem will WeGa gemeinsam individuelle Einflussmöglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung erarbeiten.

Kaffee, Jeans und Schokolade sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Wo und wie aber wachsen die Sträucher der Kaffeebohne und was hat mein Frühstückskaffee mit einer afrikanischen Familie zu tun? Was passiert alles, bis aus den bitteren Kakaosamen verführerisch süße Schokolade entsteht? Welche Wege nimmt Baumwolle, bis sie zur Hose wird? Antworten gibt das Projekt WeltGarten. Angepasst an die Rahmenlehrpläne der verschiedenen Schularten setzt es dort Themen wie Globalisierung, Fairer Handel, Konsum und Lebensstil, Biodiversität sowie Leben und Wirtschaften in den Ländern des Südens um.

Schülerinnen und Schüler besuchen das tropische Gewächshaus und lernen dort die Pflanzen und Produkte des Regenwaldes sowie die Bedeutung der Artenvielfalt für das Ökosystem kennen. Sie arbeiten direkt unter dem Kakaobaum, erleben tropisches Klima, erfahren Wissenswertes über den Anbau von Exportfrüchten sowie die Arbeitsbedingungen von Kleinbauern und beschäftigen sich mit der Herkunft ihrer eigenen alltäglichen Nahrungsmittel.

Im Völkerkundemuseum lernen die Kinder und Jugendlichen den amazonischen

* Christina Meibohm, WeltGarten Witzenhausen, Tel. (05542) 60 792 oder (05542) 98 12 44, info@weltgarten-witzenhausen.de, www.weltgarten-witzenhausen.de

Fotos: Archiv WeltGarten

Regenwald als Lebensraum indigener Völker kennen oder schlüpfen auch mal in die Rolle von Jägern und Sammlern, Nomaden oder Ackerbauern. Interesse und Neugier an anderen Kulturen und Lebensweisen wird auch über das Spiel mit Alltagsgegenständen geweckt.

Wer verdient wie viel an Schokolade, wie kann Handel fairer gestaltet werden und was steckt hinter dem Transfair-Siegel? Um den Zusammenhang zwischen eigenem lokalen Handeln und globalen Prozessen geht es dann bei der Erkundung des Weltladens und seiner Produkte.

## Außergewöhnliche Themen

Zielgruppen des Bildungsprojektes sind vor allem Schülerinnen und Schüler aller Schularten, aber auch Konfirmandinnen und Konfirmanden sowie Pfadfinder und andere außerschulische Interessierte. Auch für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, z. B. Lehrer, Referendare oder Mitarbeitende von Weltläden gibt es entsprechende Angebote. Das Bildungsprogramm reicht von zwei- bis mehrstündigen Veranstaltungen bis zu Projekttagen und mehrtägigen Klassenfahrten und Freizeiten. Folgende Themen können im Rahmen von Projekttagen behandelt werden:

- Schoko, Banane & Co: Von der Pflanze zum Produkt, Fairer Handel
- Viele Menschen decken unseren Tisch
- Tank, Trog oder Teller: Nachwachsende Rohstoffe
- Den Fasern auf der Spur: die Reise einer Jeans und mehr
- So nah und doch so fern – als Entdecker/-in auf kolonialen Spuren: Kolonialismus früher – und heute
- Heilpflanzen – zwischen Tradition und Wellness
- Die Klassenfahrt/Freizeit (3-5 Tage): Fair-Führung im Regenwald

Eingesetzt werden Methoden wie Stationenlernen, Rollenspiele, Rallyes, Gruppen- und Einzelarbeit sowie Erkundungen. So werden Teamfähigkeit, Bewusstsein und Verantwortung für das eigene Handeln gefördert und tragen maßgeblich zur Gestaltungskompetenz der Kinder und Jugendlichen sowie der Multiplikatoren bei. In unserer Bildungsarbeit teilen wir ein Verständnis, wonach Lernende grundsätzlich eigenverantwortlich für ihre Lernprozesse sind. Die Angebote sind fachübergreifend ausgerichtet und bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte an die Lehrpläne, z. B. in den Unterrichtsfächern Geografie, Wirtschaft, Politik, Religion und Ethik (Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung, Juni 2007)

Für seine erfolgreiche Bildungsarbeit wurde WeGa bereits viermal als offizielles Dekade-Projekt der UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet und gehört damit zur „Allianz Nachhaltigkeit lernen“.

# Entdifferenzierung der regionalen Schulstruktur?

Dr. Walter Bartl*

**Die Relevanz des demografischen Wandels für regionale Schulstrukturen wird im Projekt „Gestalteter Wandel des Bildungssystems in schrumpfenden Regionen“ unter der Leitung von Prof. Dr. Reinhold Sackmann an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg untersucht. Das Projekt wird vom Land Sachsen-Anhalt gefördert. Im Folgenden werden Ergebnisse zum Sekundarschulwesen vorgestellt.**

Spätestens seit 2001, als die Ergebnisse der ersten PISA-Studie publiziert wurden, steht die gegliederte Struktur des deutschen Sekundarschulwesens deutlich in der Kritik: Gerade in Regionen mit hoch differenzierten Schulstrukturen schnitten die Schüler auffallend schlecht ab und es traten sozial besonders ungleiche Bildungschancen zutage. Befürworter integrierter Beschulung leiteten daraus Forderungen nach Reformen ab. Allerdings lehren frühere Reformerfahrungen im deutschen Bildungswesen, dass jeder Versuch zur Einführung einer integrierten Beschulung mit erheblichem Widerstand rechnen muss. Während nach dem 2. Weltkrieg eine Vielzahl europäischer Länder auf Initiative sozialdemokratischer Regierungen ganz oder zumindest teilweise auf integrierte allgemeine Schulbildung umstellte, blieb nur eine Minderheit dem traditionellen europäischen Modell differenzierter Beschulung verhaftet, darunter auch Deutschland. Im Falle Deutschlands wird diese Reformresistenz einerseits auf den Bildungsföderalismus sowie andererseits auf den Widerstand gymnasialer Interessengruppen (vornehmlich Lehrer und Eltern) zurückgeführt.

Eine Folge der gescheiterten Ablösung des dreigliedrigen Schulsystems durch die Gesamtschule war, dass die Schulstrukturdebatte fortan stark ideologisiert geführt wurde. Dabei können zwei Grundpositionen unterschieden werden: Die differenzierte Beschulung von Kindern und Jugendlichen in getrennten Bildungsgängen beruht auf der normativen Ansicht, dass (angeborene) Begabungen sich nur in einem angemessenen Kontext richtig entfalten könnten. Kritiker monieren, dass die Diagnose der vermeintlich natürlichen Begabung enorm fehleranfällig und die Selektion somit ungerecht sei. Vielmehr würden sich Begabungen häufig erst in Interaktion mit einer vielfältigen Umwelt entwickeln, deshalb seien Selektionsprozesse in der Schulkarriere möglichst spät anzusiedeln.

Unabhängig davon wird in den letzten Jahren die These vertreten, der demografische Wandel könnte zu einer stärkeren Integration des Sekundarschulwesens in Deutschland beitragen (Rösner 2008). Dauerhaft kleinere Geburtsjahrgänge könnten gewissermaßen „von unten“ allmählich bewirken, was politische Reformen „von oben“ lange nicht vermochten. Diese These soll im vorliegenden Beitrag begründet und überprüft werden. Dafür werden amtliche Daten auf Kreisebene (1995-2010) aus der Regionaldatenbank Deutschland verwendet, die die statistischen Ämter der Länder betreiben. Darin werden Schüleranteile in der 7. Jahrgangsstufe unterteilt nach fünf regulären allgemeinbildenden Schulformen plus Waldorfschulen ausgewiesen. In die Regressionsanalysen gehen 407 Kreise und kreisfreie Städte ein, für die jeweils 16 Messzeitpunkte vorliegen.

## Veränderung der Schulstruktur durch demografischen Wandel

Die Fachliteratur geht davon aus, dass parteipolitische Positionen oder spezifische Bildungsreformen zu den wichtigsten Determinanten der Schulstruktur gehören. Eine Veränderung der Schulstruktur kann hauptsächlich per Gesetz durch eine Landesregierung eingeführt werden. Wie aber steht es um Veränderungen der Schulstruktur durch demografischen Wandel?

Kleinere Geburtsjahrgänge lassen differenzierte Schulstrukturen wirtschaftlich dann obsolet werden, wenn deren Kapazitäten dauerhaft nicht ausgelastet sind. Bei Unterschreitung der administrativ vorgeschriebenen Mindestschülerzahlen droht Schulen theoretisch die Schließung. Aufgrund allgemein steigender Bildungsaspirationen müsste dieses Problem Haupt- und Realschulen stärker betreffen als Gymnasien und Gesamtschulen. Für Schulträger könnten drohende Schließungen im dreigliedrigen Schulsystem ein Anlass sein, integrierte Schulformen anzustreben – sofern sie von der Landespolitik zugelassen werden. Demnach

* Dr. Walter Bartl, Institut für Soziologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale), Tel. (0345) 55 24 258, walter.bartl@soziologie.uni-halle.de

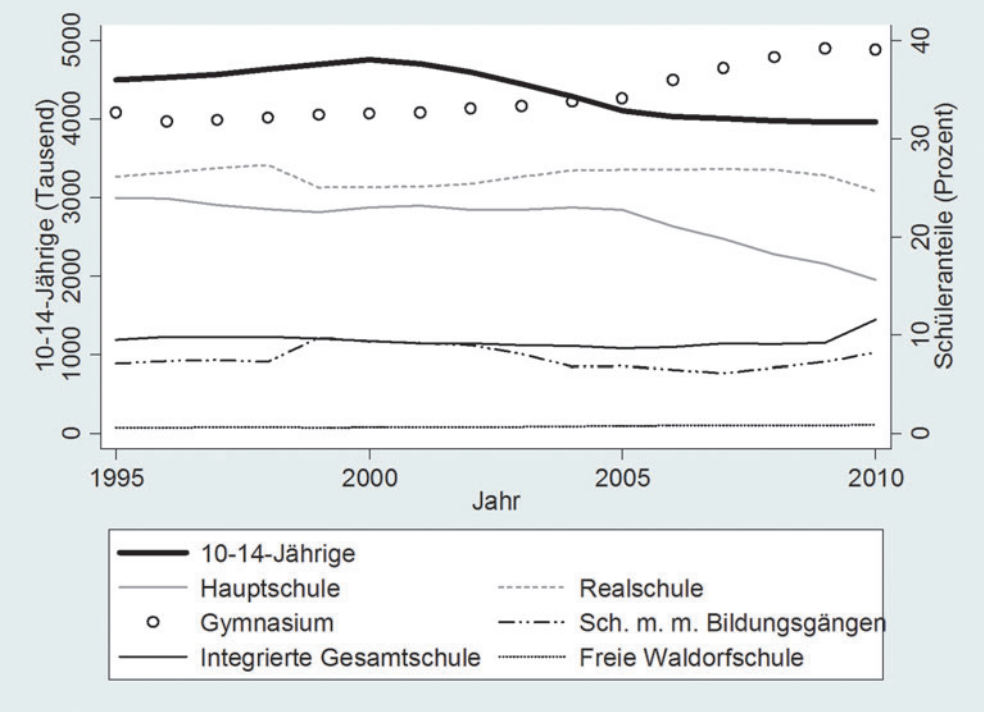
würden traditionelle bildungspolitische Argumente für integrierte Schulstrukturen bei sinkenden Jahrgangsstärken durch ökonomische Aspekte gestützt. Insgesamt spielen lokale Interessen von Schulträgern in diesem Zusammenhang eine wichtigere Rolle als parteipolitische Positionen.

## Schulformen und Verteilung der Schülerschaft über gemeinsamen Index untersucht

Die bisherigen Überlegungen verdeutlichen, dass die Schulstruktur einer Gebietskörperschaft einerseits durch die Anzahl der rechtlich vorgesehenen Schulformen und andererseits durch die tatsächliche Nachfrage nach bestimmten Schulformen bestimmt wird. Letzteres ist deswegen wichtig, weil einzelne Schulformen formal möglicherweise zwar existieren, in der (lokalen) Realität aber praktisch bedeutungslos sind. Umgekehrt ist es denkbar, dass pädagogische Sonderformen wie etwa die Freie Waldorfschule, die formal nicht den Status einer Regelschule hat (statistisch aber dennoch gesondert ausgewiesen wird), lokal von erheblicher Bedeutung ist.

Um sowohl die Anzahl existierender Schulformen als auch die Verteilung der Schülerschaft zu erfassen, wurde ein Index der effektiven Schulformzahl gebildet, der beide Informationen vereint. Sein Wertebereich kann im vorliegenden Fall von 1 bis 6 schwanken. Das Minimum wird erreicht, wenn nur eine Schulform existiert. Das Maximum wird bei einer absoluten Gleichverteilung der Schülerschaft über alle sechs berücksichtigten Schulformen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Integrierte Gesamtschule, Schule mit mehreren Bildungsgängen, Waldorfschule) erreicht. Kleine Schüleranteile fallen dabei weniger ins Gewicht, da die Anteilswerte quadriert in den Index eingehen.

**Abbildung 1: Entwicklung der 10-14-Jährigen und Schüleranteile der Schulformen in der 7. Jahrgangsstufe in Deutschland**



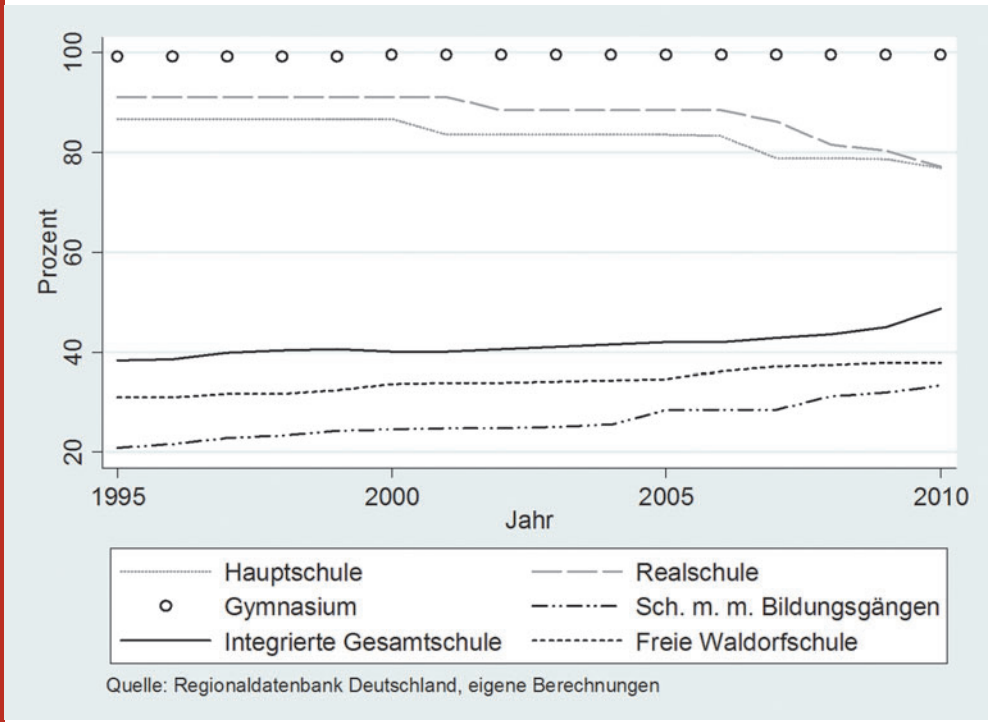

Um Veränderungen der Schulstruktur über die Zeit zu analysieren, wurden Panelregressionen durchgeführt. Dabei werden die Beobachtungen eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt nicht als unabhängig voneinander betrachtet, sondern zusammen gruppiert. Dadurch fallen nur Abweichungen vom Gruppenmittelwert und keine Unterschiede zwischen Gebietskörperschaften ins Gewicht.

## Integrative Schulformen nehmen zu

Die für die 7. Klasse relevante Altersgruppe fällt in die Bevölkerungsstatistik der 10-14-Jährigen. Abbildung 1 zeigt, das die Anzahl dieser Altersgruppe im Betrachtungszeitraum zunächst von 4,5 Mio. auf 4,76 Mio. im Jahr 2000 steigt und danach kontinuierlich bis auf 3,96 Mio. im Jahr 2010 sinkt.

Die Entwicklung der Schüleranteile der betrachteten Schulformen verläuft etwa bis zum Jahr 2005 relativ kontinuierlich, weist danach allerdings größere Veränderungen auf, die sich als Polarisierung zwischen Schulen mit niedrigeren und höheren Bildungsabschlüssen beschreiben lassen: Der Schüleranteil des Gymnasiums steigt deutlich an, von ca. 32 % zu Beginn des Betrachtungszeitraumes auf 39 % im Jahr 2010. Auch die integrierte Gesamtschule vergrößert ihren Schüleranteil insbesondere seit 2005 von 8,6 % auf immerhin 11,5 % im Jahr 2010. Somit konzentrieren sich im Schuljahr 2010/11 über 50 % der Schüler in der 7. Klasse in Schulformen, die zum Abitur führen. Die Hauptschule verliert hingegen massiv Schüleranteile von 24 % im Jahr 1995 auf 15,6 % im Jahr 2010. Unsteter ist die Entwicklung bei der Realschule und den Schulen für mehrere Bildungsgänge, wobei Erstere seit 2008 Schüleranteile verliert und Letztere Schüler-

**Abbildung 2: Anteile der Kreise und kreisfreien Städte, in denen die jeweiligen Schulformen vorhanden sind**




Quelle: Regionaldatenbank Deutschland, eigene Berechnungen

anteile gewinnen. Darin kommt offenbar eine verstärkte Integration von Haupt- und Realschulen zum Ausdruck. Der Schüleranteil der integrativ konzipierten Freien Waldorfschule ist im Betrachtungszeitraum ebenfalls von 0,6 auf 0,9 % gestiegen.

In Abbildung 2 wird deutlich, dass Gymnasium, Realschule und Hauptschule nach wie vor die Schulformen sind, die in den meisten Kreisen und kreisfreien Städten vorhanden sind. Die geringste Veränderung gab es beim Gymnasium: Diese Schulform ist im gesamten Betrachtungszeitraum in 99 % aller Untersuchungseinheiten vorhanden. Anfangs in drei, später nur in zwei Landkreisen in Nordbayern (Bamberg, Schweinfurt; Würzburg teilweise) fehlt diese Schulform.[1] Allerdings ist der Anteil der Kreise mit vorhandenen Hauptschulen und Realschulen zwischen 1995 und 2010 von 87 % bzw. 91 % auf rund 77 % gesunken. Gleichzeitig ist der Anteil der Kreise, die über ein integriertes Gesamtschulangebot verfügen, von 38 % auf knapp 49 % gestiegen. Schulen mit mehreren Bildungsgängen waren 1995 nur in 21 % der Kreise vertreten, im Jahr 2010 trifft das auf 33 % zu. Der Anteil der Kreise mit mindestens einer Freien Waldorfschule ist im Betrachtungszeitraum von 30 % auf 38 % gestiegen. Insgesamt nehmen integrierte Angebotsstrukturen zu.

## Veränderung der Schulstrukturen durch Wiedervereinigung und bildungspolitische Reformen

Demnach lässt sich also von 1995 bis 2010 in beiden Dimensionen des Index der effektiven Schulformzahl eine etwas stärkere Integration des Sekundarschulwesens nachweisen. In einem weiteren Schritt wurden diese makrostrukturellen Veränderungen mit Hilfe von Regressionstechniken auf der Ebene einzelner Kreise analysiert (Bartl 2012). Die Ergebnisse dieser Analysen werden nachfolgend zusammengefasst:

Die nach wie vor markanteste Veränderung der Schulstruktur in Deutschland trat mit der Wiedervereinigung auf den Plan. Die (meisten) ostdeutschen Bundesländer fassten Haupt- und Regionalschulbildungsgänge in sog. Schulen mit mehreren Bildungsgängen zusammen; Gesamtschulen wurden nicht auf einem nennenswerten Niveau eingeführt. Deshalb ist die effektive Zahl der Schulformen in Ostdeutschland durchschnittlich geringer als in Westdeutschland. Faktisch ist in den meisten ostdeutschen Kreisen und Städten ein zweigliedriges Schulsystem gegeben.

Eine weitere bedeutsame Determinante der effektiven Schulstruktur in Kreisen sind bildungspolitische Reformen. Von 1995-2010 wurden in einigen Bundesländern Reformen durchgeführt, die zwei Bildungsgänge integrieren:

- Saarland (1996) Erweiterte Realschule,
- Rheinland-Pfalz (1997) Regionalschule,
- Mecklenburg-Vorpommern (2002) Regionale Schule,
- Bremen (2004) Sekundarschule,
- Brandenburg (2005) Oberschule,
- Hamburg (2008) Integrierte Haupt- und Realschule,
- Rheinland-Pfalz (2009) Realschule plus,
- Schleswig-Holstein (2010) Regionalschule.

[1] Möglicherweise ist in diesen Landkreisen dennoch die Möglichkeit gegeben, eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben, da Fachoberschulen bzw. berufliche Gymnasien nicht in den verwendeten Daten vorhanden sind.

2010 schließlich führten Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein integrierte Schulformen mit drei Bildungsgängen ein. In Schleswig-Holstein wurden die eingeleiteten Reformen ausdrücklich auch mit Verweis auf die demografische Entwicklung begründet (Rösner 2008). Andere Untersuchungen zeigen, dass integrierte Schulformen gerade in dünn besiedelten Regionen attraktiv sind (Wiechmann 2011).

Erwartungsgemäß ist die politische Ausrichtung der größten Regierungspartei bedeutsam für die Differenzierung der Schulstruktur. In SPD-geführten Bundesländern ist die Differenzierung der Schulstruktur deutlich höher als in anderen. Das ist auf den ersten Blick überraschend, zumal die SPD bekanntlich für stärker integrierte Beschulung eintritt. So wurde die Gesamtschule in den 1970er Jahren besonders von westdeutschen Landesregierungen mit SPD-Beteiligung als Regelschule eingeführt. Da die Gesamtschule das dreigliedrige Schulsystem auch in diesen Bundesländern jedoch nicht ablöste, sondern lediglich ergänzte, führte dies vielerorts zu einem effektiv viergliedrigen Schulsystem. Eine andere Studie zeigt, dass in diesen Ländern der Anteil integrativ beschulter Schüler dauerhaft höher ist, weil CDU-Regierungen diese Reformen in ihrer Amtszeit meist nicht rückgängig machten (Kempkes 2009, S. 83).

## Ausländeranteil und Jahrgangsstärke haben Einfluss auf Schulformen

Die Regressionsanalysen fördern zudem einen Effekt des demografischen Wandels zutage, der häufig übersehen wird: In Gebietskörperschaften mit einem hohen Ausländeranteil unter der Schülerschaft ist die effektive Zahl der Schulformen höher. Wie ist das zu erklären? In der ehemaligen Bundesrepublik wurden bereits seit Mitte der 1960er Jahre sinkende Geburtenziffern verzeichnet. Lange Zeit wurden diese jedoch durch Zuwanderung kompensiert. Die in den 1970er Jahren eingeführte Gesamtschule musste mit dem dreigliedrigen Schulsystem hart um (gute) Schüler konkurrieren. Einen Teil ihrer Schülerschaft fand sie unter den Kindern und Kindeskindern der aufstiegsmotivierten Gastarbeiter. Autochthone und Migranten gerieten dadurch weniger in direkte Konkurrenz um Plätze an Realschulen bzw. Gymnasien, so dass soziale Konflikte weitgehend vermieden wurden. Derartig differenzierte Schulstrukturen ermöglichen soziale Entmischung, eröffnen aber auch Nischen für soziale Mobilität. Unter diesen Bedingungen trägt Zuwanderung zu einer Stabilisierung differenzierter (viergliedriger) Schulstrukturen bei.

Schließlich zeigt sich, wie erwartet, dass die effektive Zahl der Schulformen von der Zahl der Einwohner im relevanten Alter für die betrachtete Schulstufe abhängt. Dieser Effekt ist in Westdeutschland stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. Das liegt daran, dass die Schulstrukturen in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung insgesamt bereits stärker integriert waren als in Westdeutschland. Fehlende Schülerzahlen führen zur Schließung einzelner Schulen. Davon sind Haupt- und Realschulen stärker betroffen als Schulformen mit Abituroption. Somit tritt allmählich eine stärkere Konzentration der Schülerschaft in weiterführenden Schulformen ein und einige Gebietskörperschaften entbehren der Haupt- und Realschule als eigenständiger Schulformen bereits ganz.

## Schlussfolgerung

Insgesamt zeigen die Analysen, dass demografische Veränderungen für die Differenzierung der effektiven Schulformzahl im Betrachtungszeitraum eine statistisch signifikante Rolle spielen. Allerdings ist ihr Einfluss gegenüber anderen – vornehmlich politischen – Faktoren als begrenzt einzuschätzen. Insbesondere die Effekte integrativer Reformen dürften in den kommenden Jahren statistisch noch deutlicher sichtbar werden. Es lohnt sich dennoch, demografische Einflussfaktoren auch zukünftig im Auge zu behalten, da traditionelle politische Argumente für mehr Bildungsgerechtigkeit dadurch relativ pragmatisch „von unten“ unterstützt werden. Die vermutlich bedeutsame Rolle der Schulträger in diesem Prozess spricht für eine leichte Stärkung der Kommunen gegenüber den Ländern, muss allerdings erst noch genauer erforscht werden. ■

***Literaturverzeichnis***

*Bartl, Walter (2012): Entdifferenzierung der regionalen Schulstruktur in Deutschland durch demografischen Wandel? Martin-Luther-Universität, Institut für Soziologie. Halle (Saale) (Der Hallesche Graureiher, 2012-3). Online verfügbar unter www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/1203.pdf.*

*Kempkes, Gerhard (2009): Public Education Spending in the German Länder. Adjustment to Demographic Shocks, Politics, and Cost Efficiency. Dissertation. Technische Universität Dresden, Fakultät Wirtschaftswissenschaften. Online verfügbar unter www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/2656/Diss-KEMPKES-Jan2010.pdf.*

*Rösner, Ernst (2008): Die Einführung von Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Hol-+65stein. Veränderungen der Schulstruktur als Konsequenz demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Münster: Waxmann.*

*Wiechmann, Jürgen (2011): Vollständiger Systemwandel in Schleswig-Holstein. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 14 (1), S. 119-139.*

# Expansion des Privatschulsektors im letzten Jahrzehnt

Stefan Kühne*

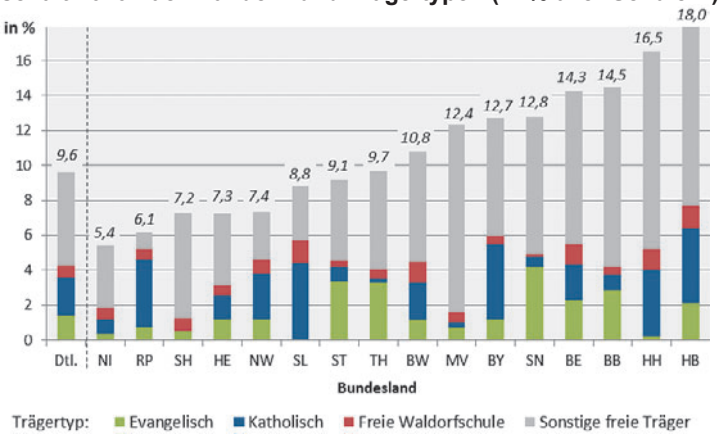
**Im Lichte der Privatisierungstendenzen in vielen Aufgabenbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge wurde in den letzten Jahren auch der Privatschulsektor verstärkt zum Gegenstand öffentlicher Debatten. Der vorliegende Beitrag[1] zeichnet datengestützt ein aktuelles Bild der deutschen Privatschullandschaft. Im Mittelpunkt steht die regional unterschiedlich verlaufende Entwicklung des Verhältnisses von öffentlichen und privaten Schulstandorten im vergangenen Jahrzehnt.**

Schlagzeilen wie „Privatschulen: Flucht in die Nische“ zeugen davon, dass eine Kommerzialisierung und eine damit einhergehende, zunehmende Segregation nach sozialem Hintergrund der Schülerinnen und Schüler befürchtet wird. In der Tat legt die Entwicklung seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie nahe, das wachsende Interesse an privaten Schulen mit den sozialen und ethnischen Unterschieden der Schülerschaft und spezifischen Ansprüchen der Elternschaft an die Leistungen des Schulsystems in Verbindung zu bringen.

## Fast jede zehnte allgemeinbildende Schule in freier Trägerschaft

Inzwischen befindet sich knapp jede zehnte allgemeinbildende Schule in freier Trägerschaft[2]. Im Ländervergleich reichte die Spannweite des Privatschulanteils 2010 von 5 % in Niedersachsen bis zu 18 % in Bremen (s. Abb. 1).

**Abbildung 1: Anteil allgemeinbildender Schulen in freier Trägerschaft 2010 nach Ländern und Trägertypen (in % aller Schulen*)**




* Standorte, an denen mehrere Schularten als schulische Organisationseinheit zusammengefasst sind (z. B. Grund- und Hauptschule), werden als sog. schulartspezifische Einrichtungen mehrfach gezählt.

Datenquelle: Schulverzeichnisse 2010, eigene Berechnungen

Als freie Schulträger sind in erster Linie die kirchlichen Organisationen zu nennen. Sie erheben allenfalls geringes Schulgeld und bezuschussen ihre Schulen aus eigenen Mitteln, wenn auch der Staat – wie bei allen Ersatzschulen – den größten Anteil der Finanzierung übernimmt. Bundesweit befinden sich 23 % der Privatschulen in katholischer und 14,5 % in evangelischer Trägerschaft. Mit 8 % stellt auch der Bund der Freien Waldorfschulen ein quantitativ bedeutsames Schulangebot. Die übrigen freien Träger bilden ein sehr heterogenes Spektrum an Personenvereinigungen, Verbänden, Stiftungen oder Einzelpersonen. Auch hier überwiegen deutlich die gemeinnützigen Träger, kommerziell orientierte Kapitalgesellschaften finden sich nach wie vor nur vereinzelt.

## Starke Expansion bei privaten Grundschulen

Im letzten Jahrzehnt ist eine besondere Dynamik im Privatschulsektor festzustellen: Während von den insgesamt 40 121 öffentlichen Schulen 1998 im Jahr 2010 nur noch 31 113 Einrichtungen bestanden, hat sich die Zahl der Privatschulen von 2 206 auf 3 373 Einrichtungen erhöht. Trotz des verfassungsmäßigen Vorrangs der öffentlichen Grundschule (Art. 7 Abs. 5 GG) lag gerade im Primarbereich ein Schwerpunkt dieser Expansion. Dies gilt es vor dem Hintergrund des demografisch bedingten Schülerzahlenrückgangs zu betrachten. Vergleicht man die Kreise in Deutschland nach der Entwicklung ihrer unter 18-jährigen Bevölkerung seit 1998, zeichnen sich unterschiedliche Entwicklungstendenzen ab: In den Regionen, welche die größten Bevölkerungsverluste verkraften mussten, fanden besonders viele Neugründungen privater Grundschulen statt. In jedem zweiten Kreis wurde hier das erste Grundschulangebot in freier Trägerschaft errichtet. Der Großteil fällt unter den Regionstyp ländlicher Raum oder ländliches Umland. Bei den Kreisen mit moderaterem Bevölkerungsrückgang (10 - 20 % Verluste), die überwiegend dem verdichteten Umland zuzuordnen sind, gab es nur halb so viele Erstgründungen privater Grundschulen. Mit

* Stefan Kühne, Erziehungswissenschaftler M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Nationale Bildungsberichterstattung“ am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Berlin, kuehne@dipf.de

[1] Der Beitrag basiert auf einer umfangreicheren Untersuchung, die in der „Zeitschrift DDS – Die Deutsche Schule“ publiziert wurde: S. Kühne/Kann C. (2012): „Private (Grund-)Schulen als blinder Fleck der öffentlichen Daseinsvorsorge?“ In: DDS – Die Deutsche Schule, 104. Jahrgang, Heft 3, S. 256-278.

[2] In Abgrenzung zu Schulen in öffentlicher Trägerschaft werden die Begriffe „Privatschule“ und „Schule in freier Trägerschaft“ synonym verwendet.

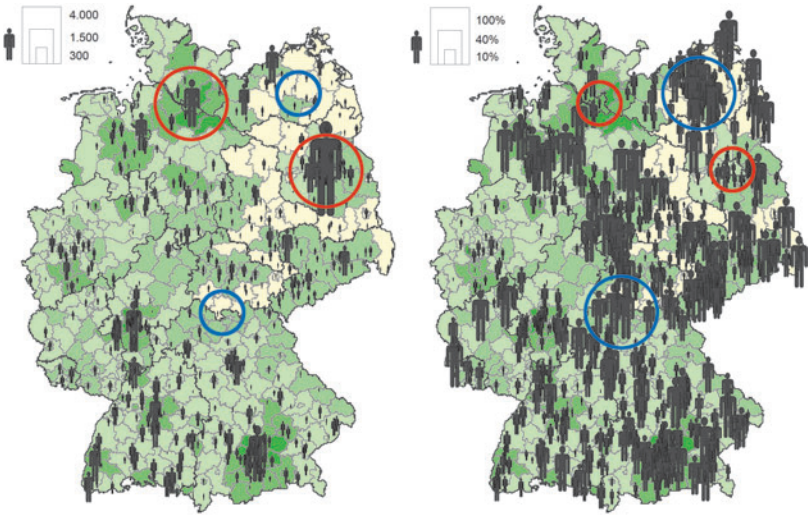
37 % gibt es hier auch noch die meisten Regionen ohne private Grundschule. Im Vergleich dazu trifft dies auf lediglich 17 % jener Kreise mit dem geringsten Bevölkerungsrückgang (bis zu 10 % Verluste, größtenteils Kernstädte) zu.

Während allerdings in Ballungszentren nicht nur die Standortdichte der freien, sondern auch der öffentlichen Schulen überdurchschnittlich hoch ist, wurden in den dünn besiedelten Regionen so viele öffentliche Schulen geschlossen, dass die Privatschulexpansion größere Auswirkungen hat: Stellt man die absolute Schülerzahl in privaten Grundschulen dem relativen Anteil an allen Schülerinnen und Schülern gegenüber, so ergeben sich deutliche Verschiebungen in der Privatschullandschaft (s. Abb. 2). So fallen zwar die absoluten Zahlen vor allem in Gebieten mit hohen Bevölkerungsverlusten am niedrigsten aus, doch gilt dies nicht für den Schüleranteil. Bei diesem Parameter weisen jene Gemeinden, in denen die Zahl der unter 18-Jährigen seit 1998 stark gesunken ist, in der Regel höhere Werte auf als benachbarte Gebiete mit moderater demografischer Entwicklung. Inzwischen gibt es Regionen, in denen private Einrichtungen sogar das einzige Primarschulangebot vor Ort bieten. Diese insgesamt 53 Gemeinden liegen in ost- wie westdeutschen Bundesländern. Betroffen ist zudem nicht nur der ländliche Raum (21), sondern auch das ländliche (23) oder verdichtete Umland (9) außerhalb der Kernstädte. Vertiefende Analysen zeigen allerdings, dass nicht alle Kinder diese wohnortnahen privaten Schulangebote nutzen. Viele Eltern und Kinder nehmen längere Schulwege in Kauf, indem sie zu einer öffentlichen Grundschule in benachbarten Gemeinden pendeln.

## Privatschulen im ländlichen Raum als Ersatz öffentlicher Schulen?

Die aufgezeigten Entwicklungen verweisen darauf, dass sich insbesondere im ländlichen Raum das Verhältnis öffentlicher und privater Schulstandorte im letzten Jahrzehnt deutlich gewandelt hat. Hinsichtlich des im Grundgesetz eingeräumten Vorrangs öffentlicher gegenüber privaten Grundschulen hatten die Verfassungsgeber eine ausreichende Zahl öffentlicher Schulen als Selbstverständlichkeit betrachtet. In Ostdeutschland ist aber das öffentliche Angebot seit 1998 aufgrund von Schulschließungen und -zusammenlegungen auf 57 % des Schulbestands im Jahr 1998 geschrumpft. Zur gleichen Zeit verzeichnete der Privatschulsektor einen Zuwachs von fast 200 %; bei den privaten Grundschulen waren es 360 %.

**Abbildung 2: Schülerzahl und -anteil in privaten Grundschulen 2010 je Gemeinde nach demografischer Entwicklung**




Demografische Entwicklung 1998-2010 (Bevölkerung unter 18 Jahren)

Anstieg | Rückgang bis 10% | Rückgang um 10 bis 20% | Rückgang um 20 bis 40% | Rückgang um mehr als 40%

Datenquelle: Schulverzeichnisse 2010, eigene Berechnungen

Vertiefende Analysen deuten darauf hin, dass Privatschulgründungen in ländlichen Gebieten vornehmlich eine Ersatzfunktion für ehemalige öffentliche Schulstandorte erfüllen. Wo öffentliche Einrichtungen nicht aufrechterhalten werden konnten, scheint vor allem bürgerschaftliches Engagement für die Privatschulgründung den Ausschlag gegeben zu haben. Doch die kommunalen Interessenlagen am Angebot einer wohnortnahen Schule stehen in einem Zielkonflikt mit einer systematischen, (über-)regionalen Schulentwicklungsplanung und Qualitätssicherung. Eine von der Landesregierung Brandenburg beauftragte Kommission kam etwa zu dem Schluss, dass die erforderliche Qualität schulischer Bildung an einzügigen Schulen in der Sekundarstufe I kaum erfüllt werden könne. Insofern scheint es problematisch, wenn die für einen öffentlichen Schulstandort geltenden Anforderungen an die Mindestschülerzahl von einer Privatschule nicht erfüllt werden müssen. Hinzu kommt, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler ein wohnortnahes Privatschulangebot wahrnehmen wollen oder können; viele pendeln stattdessen in Nachbargemeinden. Ob dies noch einem bedarfsgerechten Angebot entspricht, sei dahingestellt. Hier stellt sich nachdrücklich die Frage nach geeigneten schulplanerischen Maßnahmen, die es dem Staat – auch bei drastischem Schülerzahlenrückgang – ermöglichen, im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge seiner Verantwortung für die Sicherstellung einer infrastrukturellen Mindestversorgung öffentlicher Bildungseinrichtungen nachzukommen. ■

### Vorsorgen für die nächste Generation?

# Schulen in alternden Gemeinden

Dr. Annett Steinführer*

**In ländlichen Räumen dient der demografische Wandel gern als Rechtfertigung für die Verkleinerung, Verlagerung oder Schließung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen. Doch geht dabei oft unter, dass es weitere gesellschaftliche Veränderungen gibt, die trotz sinkender Nachfrage zu neuen Anforderungen an das Vorhandensein und die Qualität von Einrichtungen führen. Ein Beispiel dafür ist der Schulbereich.**

Grund- und weiterführende Schulen gehören aus Sicht der Bevölkerung, insbesondere von Familien, zu den wesentlichen Attraktivitätsfaktoren eines Raumes. Zugleich steigt (in Westdeutschland) seit Jahren die Erwerbsbeteiligung von Frauen und damit die Nachfrage nach Ganztagsangeboten für Kinder unterschiedlicher Altersgruppen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 25, 79). Doch wenn sich demografischer Wandel vor Ort als Alterung und Bevölkerungsrückgang niederschlägt und noch dazu die kommunale Haushaltslage angespannt ist, liegt es nahe, dass dort gespart wird, wo die Nachfrage besonders stark zurückgeht – also auch und gerade bei den Schulen. Können betroffene Gemeinden und Landkreise also nur defensiv reagieren? Wie ist der Spagat zwischen der Anpassung heutiger Strukturen und der Schaffung von Zukunftsfähigkeit zu bewältigen?

## Untersuchung im Ost- und Westharz: langfristige Ausdünnung der Schullandschaft

Im Rahmen einer Untersuchung zur Gestaltung der Daseinsvorsorge im Harz (Steinführer u. a. 2012) wurde auch der Bereich allgemeinbildende Schulen untersucht. Die Entscheidung für den Harz fiel aufgrund seiner ausgeprägten Alterung: 2008 war der Westharz die ländliche Region in Deutschland mit dem höchsten Anteil an Hochbetagten (75 Jahre und älter). Zwei Grundzentren (Bad Sachsa in Niedersachsen und Harzgerode in Sachsen-Anhalt) standen im Mittelpunkt der Untersuchung. Beide haben jeweils ca. 8 000 Einwohner und gliedern sich in eine Kernstadt mit mehreren dörflichen Ortsteilen. 2011 und 2012 wurden in den Gemeinden und Landkreisen 38 leitfadengestützte Interviews mit 48 Schlüsselpersonen aus Verwaltung, Politik und Vereinen durchgeführt und im Hinblick auf die Bewertung der infrastrukturellen Versorgung und die angewendeten Anpassungsstrategien ausgewertet. Außerdem wurden auf lokaler und regionaler Ebene die Daseinsvorsorgeausstattung und Bevölkerungsentwicklung untersucht.

Foto: A. Kerstingaufderheide

Bad Sachsa: Modernisierungsmaßnahmen sollen das Lernumfeld verbessern und Schulstandorte sichern.

In beiden Gemeinden und Landkreisen gelten Schulen als zentrale Einrichtungen, denen aus politischer Perspektive große Bedeutung beigemessen wird. Im West- und im Ostharz wurden in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Schulen im Nahbereich geschlossen – in Bad Sachsa im Zuge der letzten Gemeindegebietsreform 1972, in Harzgerode radikaler und schneller seit den 1990er Jahren. Die Ausstattung ist im Ergebnis sehr unterschiedlich: In Bad Sachsa existiert ein komplettes Schulangebot mit einer Grund- und einer Oberschule sowie einem Privatgymnasium, wohingegen in Harzgerode (auf einer allerdings fünffach größeren Gemeindefläche) nur eine Grund- und eine Sekundarschule vorgehalten werden. Von dem Konzentrationsprozess im Bereich der allgemeinbildenden Schulen profitierten jeweils die Kernstädte, wohingegen die dörflichen Ortsteile alle eigenen Schulstandorte schrittweise verloren.

* Dr. Annett Steinführer, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig, Tel. (0531) 596 52 25, annett.steinfuehrer@vti.bund.de

### Behördliche und private Bemühungen gegen weitere Schulschließungen

Dieser Zentralisierungs- und Ausdünnungsstrategie entgegen steht eine andere, die „Halten“ genannt werden kann. In beiden Landkreisen gibt es auf Verwaltungsebene Bemühungen zur Sicherung der noch bestehenden Schulstandorte etwa durch mögliche (aber nicht immer erteilte) Ausnahmegenehmigungen des Landes bei Unterschreiten der Mindestschülerzahlen (Ostharz) oder aber durch „Laufenlassen“ ohne Intervention des Landes (Westharz). Doch nicht nur Verwaltungen und politische Gremien handeln: Schulen suchen sich externe Kooperationspartner, um den Übergang zwischen Schule und Lehre besser zu gestalten oder um Schulstandorte durch Zusammenarbeit mit externen Partnern vor Ort unverzichtbar erscheinen zu lassen. Bauliche Erneuerungen verbessern das schulische Lernumfeld. Eltern, Schüler und Lehrer engagieren sich durch die Gründung von Fördervereinen, um weitere Schließungen, Verlagerungen oder Verkleinerungen von Einrichtungen zu verhindern.

In ihren grundsätzlichen Anpassungsstrategien unterscheiden sich Ost- und Westharz nicht. Doch verändert sich die lokale Erfahrung von Schule auf verschiedene Weise: Im niedersächsischen Fallbeispiel erleben die politisch Verantwortlichen gegenwärtig einen starken Bedeutungszuwachs von Schule, den eine Interviewpartnerin wie folgt zusammenfasste: *„Früher war’s ’ne Schule, und man ist hingegangen, und heutzutage muss man Angebote machen, es ist irre. [...] Schule war’n Selbstläufer und Schule ist kein Selbstläufer mehr.“* War Schule auf sachsen-anhaltischer Seite schon zu DDR-Zeiten nicht nur Ort von Wissens- und Kompetenzvermittlung, sondern zugleich Sozialisationsinstanz und Freizeitort, so ist dies im Westharz eine neue Entwicklung. Die stark gestiegene Nachfrage nach Ganztagsschulplätzen ist dabei auch ein Ergebnis des Ausbaus der vorschulischen Kinderbetreuung: Wie in einem Dominoeffekt erwarten Eltern Mittagsversorgung und nachmittägliche Betreuung, wenn sie dies über Jahre im Kindergarten bereits erlebten. Im konkreten Fall spielt darüber hinaus die Nähe zu Thüringen und dortigen Betreuungsangeboten eine Rolle, entscheiden sich manche Eltern doch für die besseren Alternativen dort.

Im Ostharz ist die Radikalität der Ausdünnung der Schullandschaft in weniger als zwei Jahrzehnten nicht verwunden. *„Wenn die Schule vor Ort ist“*, so ein Interviewpartner, *„ist auch das ganze gesellschaftliche Leben ja ein bisschen ein anderes.“*

Königerode, Ortsteil von Harzgerode: Bauliche Hinterlassenschaften aufgegebener Schulen stellen für dörfliche Ortsteile eine große Belastung dar.

Vor allem besteht die Befürchtung, dass der Konzentrationsprozess weitergeht. Denn nach der Schließung des örtlichen Gymnasiums 2005 ist auch die einzige weiterführende Schule Harzgerodes nicht dauerhaft gesichert, sondern besteht aufgrund einer Ausnahmegenehmigung vorläufig bis 2014. Noch eine Schließung erscheint vor Ort unvorstellbar. Mit zahlreichen Initiativen versuchen Lokalpolitik, Elternschaft und Schule deshalb, den Sekundarschulstandort zu erhalten.

Schülerrückgang ist im Zusammenspiel mit Haushaltslöchern ein wesentlicher Faktor für die langjährige Ausdünnung der Schullandschaft. Doch steigende Betreuungsnachfrage, mangelnder Rückhalt für weitere Schulschließungen vor Ort und Grenzen der Zumutbarkeit von Schulwegen machen defensive Konzentrationsstrategien in ländlichen Räumen nur bis zu einem gewissen Punkt möglich. Jenseits dessen muss die Qualität von Schule, auch über den unmittelbaren Bildungsauftrag hinaus, verbessert werden, um für die nächste Generation vor Ort zukunftsfähige Strukturen immer wieder neu zu schaffen – gerade in alternden Gemeinden. ■

***Literatur***

*Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Bielefeld: Bertelsmann.*

*Steinführer, Annett; Küpper, Patrick; Tautz, Alexandra (2012; im Druck): Strategien der Daseinsvorsorge unter den Bedingungen von Alterung und Bevölkerungsrückgang: Fallstudien im Harz. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Landbauforschung; Sonderheft 367).*

# Schule ist ein wichtiger Standortfaktor

**Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, über die Vorzüge der Sekundarschule, das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ und die Bedeutung von Bildungseinrichtungen für die Entwicklung ländlicher Räume.**

*Zum aktuellen Schuljahr 2012/2013 sind in NRW erstmals die neu gegründeten Sekundarschulen an den Start gegangen. Welche Erwartungen haben Sie an die Sekundarschulen?*

**Löhrmann:** Die Sekundarschule ist eine Schule der Zukunft. Ihr Grundstein wurde gelegt mit dem Schulkonsens, auf den sich letzten Sommer die Parteien CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN geeinigt haben. Damit haben wir einen jahrzehntelangen Streit beendet.

Die Sekundarschule ist eine Schule des längeren gemeinsamen Lernens. Sie hält die Bildungswege länger offen, was dem Wunsch vieler Eltern entspricht und Druck von den Schülerinnen und Schülern nimmt. Sekundarschulen geben allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen und werden allen Talenten gerecht. Sie sind eine Antwort auf die bildungspolitischen Herausforderungen, vor denen Schulen und Kommunen heute stehen.

*Wie sind die bisherigen Erfahrungen?*

**Löhrmann:** Bei meinen Schulbesuchen habe ich vor Ort eine große Aufbruchstimmung aller Beteiligten erlebt.

*Bietet die Sekundarschule Vorteile für ländliche Standorte?*

**Löhrmann:** Die demografische Entwicklung und damit die sinkenden Schülerzahlen machen sich besonders auf dem Land bemerkbar. Die Sekundarschule bietet den Kommunen die Möglichkeit, ein umfassendes und wohnortnahes Schulangebot zu sichern. Das ist wichtig für die örtliche Wirtschaft und für die Familien. Die Kommunen ergreifen diese Chance gerne und haben sich rege auf den Weg gemacht, das Schulangebot zukunftsgerecht zu gestalten. Die Sekundarschule umfasst die Jahrgänge fünf bis zehn. Schülerinnen und Schüler werden dort sowohl auf eine berufliche Ausbildung als auch auf die Hochschulreife vorbereitet.

*Die Sekundarschule stellt besondere Anforderungen an die Lehrkräfte. Wie werden die Lehrer darauf vorbereitet?*

**Löhrmann:** Wir haben in allen Regierungsbezirken regionale Kompetenzteams, die für die Fortbildung zuständig sind und den Schulen als Ansprechpartner dienen. Zugeschnitten auf die neuen Sekundarschulen gab es bereits Fortbildungsangebote zu Themen wie Gemeinsamer Unterricht, kooperative Lernformen und Leistungsbewertung in heterogenen Lerngruppen. Die Fortbildungen werden dem jeweiligen Bedarf entsprechend auch im aktuellen Schuljahr fortgesetzt. Zusätzlich gibt es für Schulleiterinnen und Schulleiter supervisorische Unterstützungen. Für eine nachhaltige Begleitung der Lehrkräfte an Sekundarschulen stehen in den Kompetenzteams zudem Schulentwicklungsberaterinnen und -berater zur Verfügung.

*Die Bevölkerungsentwicklung stellt die schulische Ausbildung in den besonders betroffenen strukturschwachen Gebieten vor große Herausforderungen. Wie reagiert die Landesregierung auf den demografischen Wandel und den Rückgang der Schülerzahlen vor allem in ländlichen Räumen?*

**Löhrmann:** Die Frage des demografischen Wandels war nicht nur einer der leitenden Gedanken bei der Errichtung der Sekundarschulen, sondern auch bei der jüngsten Schulrechtsänderung zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen und wohnungsnahen Grundschulangebots. Die neuen Regelungen für Grundschulen tragen dem Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“ Rechnung. So wird künftig die einzige Grundschule einer Gemeinde besonderen Schutz erhalten, was gerade für den ländlichen Raum von Bedeutung ist. Schulen, die unter die neue Mindestgröße von 92 Schülerinnen und Schülern fallen, können als Teilstandort mit einer Mindestgröße von 46 Schülerinnen und Schülern weiter geführt werden. Zudem werden die Klassengrößen schrittweise abgesenkt. Allein in dieses Konzept investieren wir 1 700 Lehrerstellen.

*Wie beurteilen Sie die Chancen für eine Renaissance der alten Dorfschule?*

**Löhrmann:** Aus der Perspektive heutiger Schulentwicklungsplanung und pädagogischer Konzepte ist eine Rückkehr zu einer Dorfschule, wie es sie früher gab, nicht denkbar. Mit unserem neuen Grundschulgesetz können aber viele kleine Grundschulstandorte erhalten bleiben. Oberste Priorität

Foto: Schulministerium NRW

Sylvia Löhrmann ist seit dem 15. Juli 2010 Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes NRW sowie stellvertretende Ministerpräsidentin. Von 1998 bis 2000 war die 55-jährige Lehrerin Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im NRW-Parlament, seit November 1999 auch Fraktionssprecherin. Von 2000 bis 2010 hatte sie den Vorsitz der Landtagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN inne.

hat dabei allerdings immer, dass die Qualität des Bildungsangebots nicht auf der Strecke bleibt. Dorfschulen waren häufig Kristallisationspunkte des Ortslebens, das war ein positiver Aspekt. Das kann in manchen Regionen auch für die heutigen Grundschulen gelten. In ihnen spiegelt sich ein funktionierendes Dorfleben.

*Wird die Landesregierung die gegenwärtigen Schulstandorte trotz rückläufiger Schülerzahlen in vielen Regionen erhalten?*

**Löhrmann:** Auf Landesebene wird durch Schulgesetzgebung der Rahmen abgesteckt, insofern schließt die Landesregierung keine Schulen. Schulentwicklungsplanung ist seit Jahren die Aufgabe der Kommunen als Schulträger. Sie entscheiden darüber, wie das kommunale Schulangebot vor Ort aussieht. Um den Bedarf zu ermitteln, werden Elternbefragungen durchgeführt. Das Land gibt den gesetzlichen Rahmen vor, in dem sich die Kommunen bewegen können, und natürlich führt der demografische Wandel zu Anpassungen. Die konkrete Entscheidung, ob und welcher Schulstandort ggf. geschlossen wird oder erhalten bleibt, oder welche Schulen zusammengeführt werden, wird vor Ort getroffen.

*Welche Alternativen zu Schulschließungen gibt es?*

**Löhrmann:** Wenn Schulen auslaufen, ist das Ausdruck zurückgehender Schülerzahlen und auch des Elternwillens. Ich betone noch einmal: Von Landesseite schließen wir keine Schulen und schaffen auch keine Schulformen ab. Die Gründung von Sekundarschulen ist Ergebnis der kommunalen Schulentwicklungsplanung auf Grundlage von Elternbefragungen. Dort, wo Sekundarschulen gewünscht und dann errichtet wurden, laufen in der Regel Real- und Hauptschulen aus. An anderen Standorten wurden neue Gesamtschulen, ebenfalls eine Schulform des längeren gemeinsamen Lernens, gegründet. Zum aktuellen Schuljahr haben 20 neue Gesamtschulen ihre Türen geöffnet.

*Welche Bedeutung messen Sie schulischen Einrichtungen für die Entwicklung von Kommunen und Regionen bei?*

**Löhrmann:** Schulen sind für die Gemeinden und Städte ein wichtiger Standortfaktor. Für junge Familien kommt es beispielsweise ganz entscheidend darauf an, dass es in unmittelbarer Nähe eine Grundschule gibt. Als Landesregierung haben wir dies im Blick. Das Schulgesetz bietet den Kommunen die Möglichkeit, kleine Grundschulstandorte zu erhalten. Wir müssen aber gleichzeitig auch den Qualitätsaspekt und die Kostenfrage bedenken. Wenn eine Schule eine bestimmte Mindestgröße unterschreitet, geht das zu Lasten der Unterrichtsqualität und die Kosten steigen unverhältnismäßig. In NRW haben wir einen guten Kompromiss gefunden, der Wohnungsnähe, Qualität und Kosten gleichermaßen berücksichtigt.

*Ländliche Regionen sind in der Regel weniger attraktiv für junge Lehrerinnen und Lehrer als Städte. Was tun Sie, um junge und motivierte Lehrer und Lehrerinnen für Schulen auf dem Lande zu gewinnen?*

**Löhrmann:** Seit zwei Jahren können Schulen in ländlichen Regionen bei der Lehrereinstellung an einem vorgezogenen Listenverfahren teilnehmen. Das verbessert ihre Chancen. Dieses Angebot wird gut angenommen und hat sich als erfolgreich erwiesen.

*Schüler aus städtischen und ländlichen Gebieten haben oftmals ungleiche Voraussetzungen, nicht zuletzt, weil das schulische und außerschulische Bildungsangebot in Städten größer ist. Teilen Sie die Einschätzung?*

**Löhrmann:** Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Land. Die verschiedenen Landesteile und Regionen zeichnen sich durch ihre je eigenen Stärken und Besonderheiten aus. Ebenso vielfältig sind unsere Schulen. Wir regen die Schulen an, ihre eigenen Profile zu bilden und Schwerpunkte zu setzen. Dessen ungeachtet gilt aber: In ganz Nordrhein-Westfalen wird nach den gleichen Lehrplänen und Richtlinien unterrichtet und gelernt. Die Standards z. B. für die zentralen Abschlussprüfungen sind überall die gleichen. So sichern wir die Gleichwertigkeit der Abschlüsse.

*In Teilen des Bundesgebiets erleben Privatschulen einen Aufschwung. Wie ist die Situation in Nordrhein-Westfalen?*

**Löhrmann:** Der Anstieg der Zahl der Privatschulen fällt geringer aus, als die öffentliche und mediale Beachtung vermuten lässt. 2005 besuchten 7 % der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen eine private Ersatzschule, 2011 waren es 0,87 % mehr.

*Wie bewerten Sie die Initiativen?*

**Löhrmann:** Die Landesregierung legt Wert auf Vielfalt im Schulsystem. Schulen in privater Trägerschaft sind Bestandteil des öffentlichen Schulwesens, sie ergänzen und bereichern es. Sie können Impulsgeber für die Schulentwicklung sein. Das Grundgesetz und die Landesverfassung gewährleisten das Recht zur Errichtung privater Schulen. Entscheidend ist, dass auch die Privatschulen ihren Beitrag zu mehr Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Inklusion leisten.

*Unternehmen in ländlichen Räumen klagen über den zunehmenden Fachkräftemangel und wachsende Schwierigkeiten, junge Leute zu gewinnen. Kann Schule helfen?*

**Löhrmann:** Die Schulen in NRW nehmen in allen Landesteilen die Aufgabe sehr ernst, Schülerinnen und Schüler zu guten Abschlüssen zu führen und sie auf den Übergang in ein Studium oder einen Beruf vorzubereiten. In diesem Schuljahr haben wir gemeinsam mit dem Arbeitsministerium den Startschuss für ein neues umfassendes Übergangssystem gegeben. Ziel ist, die Jugendliche durch Berufs- und Studienorientierung ab der achten Klasse gut auf den Übergang in eine Berufsausbildung oder ein Studium vorzubereiten. Unsere Devise ist: „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Wir setzen dabei auf die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft und den Kommunen, um Jugendlichen Praktika und Berufsfelderkundungen zu ermöglichen.

*Wie stehen Sie zu der Forderung, mit der Ansiedlung und Förderung von Bildungseinrichtungen gezielt Regionalpolitik zu betreiben?*

**Löhrmann:** Auch hier gilt: Eine gute Bildungsinfrastruktur ist ein nicht zu verkennender Standortfaktor, der zur Attraktivität von Kommunen beiträgt. Die Landesregierung hat den Kommunen die Möglichkeit geschaffen, ihre Bildungslandschaft zukunftsorientiert und nachhaltig zu gestalten. Wenn es beispielsweise darum geht, Forschungs- und Innovationsstandorte zu etablieren, sind gute Schulen für Fachkräfte und ihre Familien ein wichtiger Grund, sich für einen Ort zu entscheiden.

Darüber hinaus fördern wir mit den regionalen Bildungsnetzwerken die systematische Zusammenarbeit von Land, Kommune und Zivilgesellschaft. In Nordrhein-Westfalen bestehen in nahezu allen Kreisen und kreisfreien Städten solche regionalen Bildungsnetzwerke.

*Sie sind auch Ministerin für Weiterbildung. Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Verknüpfung von schulischer Bildung und Weiterbildung?*

**Löhrmann:** Weiterbildung ist eine wichtige Aufgabe zur Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten und sozialer Gerechtigkeit. Im Prozess des lebensbegleitenden Lernens kommt der Zusammenarbeit von Schule und Weitbildungseinrichtungen eine wichtige Bedeutung zu. Von den ca. 450 gemeinwohlorientierten Weiterbildungseinrichtungen haben viele bereits langjährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit. Unter dem Motto „Weiterbildung geht zur Schule“ unterstützen wir aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Kooperationen zwischen Schulen und Weiterbildungseinrichtungen vor Ort. Gerade im offenen Ganztag, bei der Elternarbeit und beim Übergang von der Schule in den Beruf öffnen sich die Schulen für Angebote von Weiterbildungseinrichtungen und profitieren auch in anderen Bereichen von der Zusammenarbeit. Um diese Bildungspartnerschaften weiter zu stärken, haben wir uns zudem eine stärkere Einbindung von Weiterbildungseinrichtungen in die regionalen Bildungsnetzwerke vorgenommen.

*Wie stehen Sie zu der Idee, Schulen als „Multifunktionshäuser“ anzulegen?*

**Löhrmann:** Schule ist Lern- und Lebensraum zugleich. Wir unterstützen die Öffnung von Schulen. Gerade in Schulen mit Ganztagsangeboten erweisen sich die Kooperationen mit außerschulischen Partnern, z. B. Sportvereinen oder Musikschulen, aber auch der Wirtschaft, als fruchtbar.

Eine Chance könnte auch sein, ähnlich wie in einem Stadtteiltreff, unter einem Dach Schule, Jugendeinrichtungen, kulturelle Angebote und Beratungsstellen für Familien zu vereinen. Ein solches Haus für alle wäre dann auch generationenübergreifend und inklusiv. Das könnte ich mir gut vorstellen. ■ Rainer Münch

Foto: P. Feketa - Fotolia.com

# Der ländliche Raum braucht staatliche Verantwortung für die Bildung – wider eine Kommunalisierung von Lehrern

Meinhard Abel*

**Bund, Länder und Gemeinden investieren sehr viel Geld in Bildung und Erziehung. Die hohen Investitionen führen bisher nicht zu zufriedenstellenden Ergebnissen. Nicht zuletzt zeigen die nationalen und internationalen Schuluntersuchungen, dass die Qualität des Schulunterrichts in Deutschland grundlegend verbessert werden muss. Ein ungelöstes Problem stellt zusätzlich das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land dar. Lange Schulwege und fehlende Bildungsangebote benachteiligen viele Schülerinnen und Schüler in den Städten und Gemeinden in der Fläche. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Kommunen konnte bisher nicht erreicht werden.**

## Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Ursachen der oft beklagten Misere im Bildungssystem sind vielfältig. Die Versäumnisse liegen nicht nur in der Schule. Bildung und Erziehung beginnen mit der Geburt unserer Kinder. Verantwortung für Bildung und Erziehung trägt unsere Gesellschaft insgesamt; jede Bürgerin und jeder Bürger kann durch sein Verhalten seinen Teil dazu beitragen, dass Deutschland wieder zur Weltspitze in der Bildung zählen kann. Lebenslanges Lernen und lebenslange Erziehung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Die Schule bildet hier ein wichtiges Glied einer langen Kette, in einem langen Prozess von Lehren und Lernen.

## Mehr Eigenverantwortung für Schulen

Die Mängel im Bildungssystem haben in den letzten Jahren vielerorts die Schullandschaft heftig in Bewegung gesetzt. Eltern, Lehrer und Schüler, Schulen und Schulträger wurden mit einer großen Zahl von Neuerungen konfrontiert, über deren Erfolg sich erst nach einem längeren Zeitraum urteilen lässt. Eine bedeutsame Änderung ist die Einführung der eigenverantwortlichen Schule. Mit der Einführung der „eigenverantwortlichen“ oder „selbstständigen“ Schule sollen Schulen für die Ergebnisse des Unterrichts stärker als bisher die Verantwortung tragen; dies soll zu deutlich besseren Schulergebnissen beitragen. Eigenverantwortung der Schulen heißt jedoch nicht Eigenleben ohne Kontrolle; das Land trägt weiter die Verantwortung für den Unterricht insgesamt und für die Bereitstellung des Lehrpersonals; der Schulträger ist für die sächliche Ausstattung zuständig.

## Kommunalisierung der Lehrer

Die Zusammenarbeit im Schulwesen mit staatlicher Verantwortung (insbesondere für den Unterricht und das Lehrpersonal) und kommunaler Verantwortung (vor allem für die Schulgebäude, für Schulsekretärinnen und Hausmeister) in ihrer spezifischen landesrechtlichen Ausprägung ist eine Besonderheit des deutschen Schulsystems. In anderer Form

* Meinhard Abel, Beigeordneter beim Nds. Städte- und Gemeindebund, Hannover, Telefon (0511) 30 285-0, abel@nsgb.de, www.nsgb.de

gibt es sie aber auch in vielen anderen Ländern. Eine ausschließlich „kommunale“ Verantwortung für das gesamte Schulwesen gibt es wohl nirgendwo; sie wird auch von den Befürwortern einer Kommunalisierung der Lehrer nicht gefordert. Es mehren sich allerdings – mit unterschiedlicher Begründung – die Stimmen, die die Personalverantwortung für die Lehrkräfte den Kommunen übertragen wollen.

Eine wesentliche Begründung, die immer wieder für die Übertragung der Lehrkräfte vom Land auf die Kommunen genannt wird, ist folgende: die Aufgabenerledigung „aus einer Hand“ sei effektiver und die Konflikte zwischen Land, Schule und Schulträger würden reduziert. Dabei wird übersehen, dass eine Kommunalisierung der Lehrer die Konflikte nur auf eine andere Ebene verschiebt, sie aber nicht löst. Die Schule muss – wenn man die Eigenverantwortung wirklich will – weiterhin einen großen Freiraum erwarten dürfen und auch der Konflikt z. B. über die Arbeitszeiten, den Aufgabenumfang und die Bezahlung von Schulsekretärinnen wird mit einer Kommunalisierung von Lehrkräften in keiner Weise gelöst. Alle klassischen Streitpunkte zwischen Land, Schule und Schulträger bestehen auch bei einer Kommunalisierung von Lehrkräften unverändert fort. Möglicherweise werden sie sogar zunehmen. Denn wenn Lehrer bei den Kommunen angestellt werden, werden auch die politischen Gremien der Kommunen eine wichtige Rolle spielen. Dann hängt die Zukunft der Schule von wechselnden politischen Mehrheiten ab. Es entstehen viele neue Konflikte, die derzeit nicht vorhersehbar sind.

## Teure Personalverwaltung

Völlig aus dem Blick gerät bei der Diskussion, dass auch bei einer Kommunalisierung von Lehrkräften das Land weiterhin in der Verantwortung bleibt. Wenn – was niemand ernsthaft in Frage stellt – das Land den Unterrichtsinhalt vorgibt, bleibt bei einer Kommunalisierung der Lehrkräfte den Kommunen nur die Aufgabe, die Personalakten zu verwalten. Dass die Kommunen in der Lage sind, Personal zu verwalten, dürfte außer Frage stehen; kritisch zu hinterfragen ist aber, welche Mehrkosten durch eine dezentrale – man kann auch sagen: zersplitterte – Personalverwaltung entstehen würden. Wenn – so wäre es in Niedersachsen – eine zentrale Schulverwaltung mit wenigen Außenstellen in etwa 500 Ämter aufgespalten werden müsste, ist mit erheblichem finanziellen und organisatorischen Mehraufwand zu rechnen. Die Verwaltung einer großen Zahl von Lehrkräften – in Niedersachsen sind es mehr als 70 000 – mit einer ganz anderen Aufgabenstellung, mit anderen Arbeitszeiten und anderen Arbeitsbedingungen als das übrige kommunale Personal kann mit der vorhandenen Personalverwaltung der Kommunen nicht bewältigt werden. Neueinstellungen wären zwingend erforderlich; gleichzeitig stellt sich die Frage nach der Zukunft des Landespersonals, das bisher für die Personalbearbeitung verantwortlich war und dann überflüssig wäre. Die Befürworter einer Kommunalisierung der Lehrkräfte haben die Frage zu beantworten, wie sie denn eine solche Reform kostenneutral bewerkstelligen wollen und ob der hohe Mehraufwand den behaupteten Qualitätsgewinn rechtfertigt.

## Finnland als Vorbild?

Wenn es um die Kommunalisierung der Lehrer geht, wird immer wieder auf Modelle anderer Länder verwiesen. Auch Finnland wird dann gerne genannt. Das Erfolgskonzept der Finnen liegt jedoch nicht in einer Kommunalisierung von Lehrern begründet. Der finnische Erfolg hat ganz andere Ursachen: Finnische Eltern haben Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Kleinstkinder in unmittelbarer Wohnnähe; jedes Kind zwischen 7 und 16 besucht eine Schule, die kostenfrei und ganztägig ist. Die Schüler-Lehrer-Relation ist besser, das Mittagessen ist kostenfrei und obligatorisch, die Schulen sind gut mit Sonderpädagogen ausgestattet, schwächere Schüler werden individuell gefördert. Immerhin 60 % der finnischen Schüler verlassen die Schule mit Abitur. 8 % des Bruttoinlandsprodukts wird in Finnland für die Bildung ausgegeben – in Deutschland sind es 4 %. Der Ausländeranteil liegt in Finnland nur bei etwa 1 %. Von Finnland lernen heißt: kritisch die gesamten Bildungsstrukturen zu hinterfragen bis hin zu der Frage, ob das Lehrpersonal, wie es in Deutschland eine lange Tradition hat, verbeamtet sein muss.

## Schieflage in der Unterrichtsversorgung

Auch wer sich aus der Übernahme der Lehrkräfte in den Kommunalhaushalt Vorteile für seine eigenen Schulen erhofft, wird im Rahmen einer Gesamtbetrachtung und seiner Verantwortung für den gesamten Staat und die gesamte Gesellschaft berücksichtigen müssen, welche Nachteile sich bei anderen Schulträgern und damit insgesamt für das Bildungssystem ergeben kön-

nen. Nur bei Abwägen aller Vor- und Nachteile für unsere Gesellschaft insgesamt lässt sich eine Entscheidung über die Kommunalisierung von Lehrpersonal treffen.

Wenn Lehrkräfte bei den Kommunen angestellt wären, lässt dies eine Vielzahl negativer Folgen befürchten, für deren Bewältigung die Befürworter der Kommunalisierung bisher keine Antwort gefunden haben, die aber für ein Flächenland wie Deutschland von grundlegender Bedeutung sind. Wie soll sichergestellt werden, dass in allen Landesteilen – und damit nicht nur in den Hochschulorten und den großen Städten – ein ausgeglichenes Unterrichtsangebot gesichert wird? Wie sollen die Unterschiede zwischen „armen“ und „reichen“ Kommunen ausgeglichen werden? Wie soll sichergestellt werden, dass der benachteiligte ländliche Raum nicht zum Verlierer einer Reform würde? Wie soll verhindert werden, dass die Bildungsstandards in den einzelnen Kommunen auseinanderfallen? Wie soll die Schere zwischen Überversorgung in großen Städten und Mangel in der Fläche geschlossen werden? Eine grundlegende Beantwortung dieser Fragen ist dringend erforderlich, wenn man die Kommunalisierung von Lehrkräften verantwortungsbewusst einführen will.

## Ländlicher Raum als Verlierer einer Kommunalisierung

Bereits jetzt gibt es große Probleme, Lehrerstellen in ländlichen Gebieten zu besetzen. Dieses Problem kann sich wegen der anstehenden Pensionierungswellen erheblich verschärfen. Seit langem ist das gymnasiale Angebot abseits der großen Städte unzureichend. Es fehlt an Schulen und an Lehrpersonal. Die Orte in der Fläche sind zwar attraktiv, lebenswert und bieten eine hohe Lebensqualität, aber die ausgebildeten Lehrkräfte suchen aus verschiedenen Gründen häufig ihre erste Anstellung in der Nähe ihres Studienortes. Diese verständliche einseitige Orientierung würde sich durch eine Kommunalisierung der Lehrkräfte erheblich verschärfen. Hier können allein die Länder für den notwendigen Ausgleich sorgen. Und dieser Ausgleich ist nur zu bewerkstelligen, wenn die Länder wie bisher die Gesamtverantwortung für alle Lehrkräfte tragen.

## Landesweite Planung erforderlich

Die Sicherung der Schulversorgung im ländlichen Raum ist aber nicht das einzige zu lösende Problem. Die Folgen des demografischen Wandels werden – auch außerhalb des ländlichen Raums – zunehmend spürbar. Während in vielen Teilen unserer Bundesländer die Bevölkerungs- und die Schülerzahlen deutlich zurückgehen, wachsen sie in anderen Landesteilen erheblich. Schülerzahlen verändern sich fortlaufend, strukturelle Veränderungen fordern immer wieder ihren Tribut. So mussten im Zuge der Abschaffung der Orientierungsstufe in Niedersachsen nicht weniger als 12 000 Lehrkräfte versetzt werden. Es ist gar nicht vorstellbar, welcher Wirrwarr entstanden wäre, wenn die notwendigen Personalmaßnahmen nicht durch eine zentrale Schulbehörde, sondern durch bis zu 500 Schulträger hätten umgesetzt werden müssen.

Immer wieder wird die Frage nach der Zukunft der Hauptschule gestellt. Die Diskussion um die Frage der Zulassung von Gesamtschulen ist ebenfalls nicht beendet. Jede strukturelle Änderung erfordert eine Vielzahl von personellen Veränderungen, die weit über den Bereich eines Schulträgers hinausreichen. Und sie erfordern deshalb eine landesweite Planung, die selbstverständlich die örtlichen Probleme und Wünsche soweit wie möglich berücksichtigen sollte. Mehr denn je wird es in der Zukunft erforderlich sein, dass personelle Entscheidungen von einer neutralen Behörde getroffen werden, die nicht mit dem Schulträger identisch ist. Es muss in der Gesamtverantwortung der Länder liegen, flexibel auf die Herausforderungen der extrem schwankenden Schülerzahlen zu reagieren. Die Kommunalisierung der Lehrer wäre ein Programm zur Stärkung großer Standorte zu Lasten des kreisangehörigen Raums. Die bereits jetzt bestehende Ungleichheit – abzulesen z. B. an dem Anteil der Gymnasiasten in den einzelnen Regionen – würde sich erheblich verschärfen.

## Qualität im bestehenden System weiterentwickeln

Das Fazit kann daher nur lauten: Bildungsreformen sind dringend notwendig, aber sie sollten das im Grunde bewährte System einer gemeinsamen Verantwortung von Staat und Kommunen nicht in Frage stellen. Die vielen kleinen Streitfragen um die Abgrenzung der Aufgabenbereiche sind bei etwas gutem Willem im bestehenden System lösbar. Oder, anders ausgedrückt: Die kleinen Mängel in der Zusammenarbeit von Schulträger, Schule und Land dürfen nicht dazu verführen, mit einem Systemwechsel eine Vielzahl neuer Probleme zu schaffen. Der Fokus sollte auf eine Qualitätsentwicklung im bestehenden System gelegt werden, nicht auf eine neue Organisationsdebatte. ■

# Landlehrer/-innen in Sicht?

Martin Bär*

**Jahrelang stand die Bildungspolitik in Brandenburg unter dem Vorzeichen des Lehrkräfteüberhangs. Weil die ersten Landesregierungen beschlossen hatten, die überschüssigen Lehrerinnen und Lehrer nicht zu kündigen, sondern Sozialtarifverträge mit einer zwangsweisen Stundenreduktion auszuhandeln, war Brandenburg immer gut mit Lehrkräften versorgt und musste sich keine Sorgen um den Lehrkräftenachwuchs machen. Inzwischen hat sich die Situation im Land verändert.**

Nun sind die Überhänge abgebaut. Das Resultat ist eine sehr enge Personaldecke, ein Altersdurchschnitt von 54 Lebensjahren, ein hoher Krankenstand und hohe Einstellungszahlen, die in den nächsten Schuljahren vor der Tür stehen. Zu dieser Problemlage kommt hinzu, dass Brandenburg durch Berlin in der Mitte einen sehr attraktiven Speckgürtel besitzt, jedoch in den Randlagen mit ausgedünnten (peripherisierten) Regionen zu kämpfen hat, in die die Vermittlung von Lehrkräften nicht einfach ist. Schieden in den letzten Jahren in diesen peripherisierten Regionen Lehrkräfte aus, wurden andere in einer Art Lehrkräftekarussell aus anderen Regionen dorthin versetzt oder abgeordnet. Kaum eine Junglehrkraft entschied sich bewusst für die Schulen in den ländlichen Regionen. Referendarinnen und Referendare sind in diesen Regionen nicht vorhanden, da die drei Studienseminarstandorte des Landes in den größeren Städten Potsdam und Cottbus liegen oder berlinnah in Bernau.

## Gute Schulen ziehen Arbeitskräfte in die Region

Durch den hohen Bedarf an Lehrkräften resultiert bereits jetzt eine Konkurrenzsituation unter den Bundesländern, die sich noch verschärfen wird. Es hängt von vielen Faktoren ab, wo neue Lehrkräfte hingehen: der Art der Anstellung, der Höhe der Bezahlung (die liegt für Berufseinsteiger/-innen andernorts bis zu 500 € höher als in Brandenburg), den Arbeitsbedingungen (Stundendeputat, Aufstiegschancen, Fortbildungsmöglichkeiten u. a.) oder auch von weichen Standortfaktoren. Umgekehrt hängt die Attraktivität ländlicher Regionen im berlinfernen Raum auch für Wirtschaftsunternehmen in hohem Maße von einem guten Schulangebot vor Ort ab. Auch gute Arbeitskräfte gehen dorthin, wo es für ihre Kinder gute Schulen mit motiviertem Lehrpersonal gibt. Aus unserer Sicht beziehen gerade die berlinfernen Kommunen einen Teil ihrer Bindekraft für Familien und Unternehmen aus dem schulischen Angebot vor Ort. Deshalb ist es wichtig, dass motivierte und sich mit der Region (langfristig) identifizierende Lehrkräfte eingestellt werden können.

Aufgrund dieser Analyse stellten sich für uns als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag die folgenden Fragen: Wie können wir in peripherisierte Regionen – also in Regionen, die eine Abkopplung der sozial-räumlichen Entwicklungen erfahren – die Versorgung mit Lehrkräften aufrecht erhalten? Wie können die Arbeitsbedingungen und das soziale Umfeld so attraktiv gestaltet werden, dass Lehrkräfte bereit sind, dort zu arbeiten? Wie können wir in Zukunft den Bedarf an Lehrkräften für das gesamte Land Brandenburg decken?

Diese Fragen haben wir durch eine Studie des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner (IRS) beleuchten lassen. Im Rahmen dieser Studie wurden Lehramtsstudierende und -kandidat/-innen sowie Schulleiter/-innen, Schulrät/-innen und Dezernent/-innen befragt. Die zentralen Ergebnisse sind unter dem Titel „Möglichkeiten für eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften in Schulen peripherisierter Regionen Brandenburgs“ veröffentlicht. Sie umfassen einen Katalog von Maßnahmen, die von den unterschiedlichen Akteuren – dem Land Brandenburg als Arbeitgeber, der Schule als direktem Arbeitsplatz und den Kommunen als Schulträger – umgesetzt werden können, und durch die die Attraktivität der Arbeitsbedingungen erhöht werden kann. Somit können neue Lehrkräfte gewonnen und gehalten werden.

Zur Umsetzung werden weiche Maßnahmen, wie eine Willkommenskultur in Schule und Kommune, die Profilschärfung von Schulen, die Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche für die/den Partner/-in und der Aufbau von lokalen Bildungslandschaften genannt.

* Martin Bär, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag, Referent für Bildung, Jugend und Sport, Potsdam, Tel. (0331) 966 17 20, Martin.Baer@Gruene-Fraktion.Brandenburg.de, www.gruene-fraktion.brandenburg.de

Benannt werden aber auch Maßnahmen, die Gesetzesänderungen oder finanzielle Anstrengungen bedeuten, wie ein Stipendienprogramm, Anrechnungsstunden für neue Landlehrer/-innen oder die Verbesserung von Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrkräfte.

Am Ende der Studie wird ein Modellprojekt empfohlen. Ziel dieses Modellprojektes soll es sein, auf Basis der Vernetzung regionaler Akteurinnen und Akteure, gemeinsam Maßnahmen und Strategien der Lehrkräftegewinnung sowie der mittel- bis langfristigen Personal- und Schulentwicklung in den Kommunen zu entwickeln. Die im Gutachten aufgezeigten Möglichkeiten bilden dafür eine Grundlage. Erfahrungen mit dem ähnlich ausgerichteten Modellprojekt „Lokale Bildungslandschaften“ sollten für das neue Projekt ausgewertet und genutzt werden. Hier sind in den Kommunen alle gefragt, die Beiträge für eine erfolgreiche Lehrkräftegewinnung im ländlichen Raum leisten können. Somit soll erreicht werden, dass trotz der hohen bundesweiten Nachfrage mehr Lehrerinnen und Lehrer für eine Anstellung an ländlichen Schulen in Brandenburg gewonnen werden.

## Ausgewählte Ergebnisse in Kurzform

Dem Land werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Ausbau und finanzielle Untersetzung der gesetzlich vorgesehenen Aufstiegsmöglichkeiten für Beamte.
- Mehr Planungssicherheit durch Vorverträge oder zügigere Vertragsschließungen und Zusicherung einer langfristigen Perspektive vor Ort (keine Versetzung).
- Mehr Selbstständigkeit für die Schulen und bessere Beteiligung an der Personalauswahl.
- Zusätzliche Anrechnungsstunden für Lehrkräfte in ländlichen Regionen.

Foto: contrastwerkstatt - Fotolia.com

- Dezentralere Seminarstandorte, dadurch Erleichterung des Referendariates im ländlichen Raum.
- Bindung von Lehramtsstudierenden durch Stipendien mit anschließender Lehrverpflichtung in der Region.

Einzelnen Schulen als potenziellen Arbeitsorten macht die Studie folgende Vorschläge:

- Mehr Attraktivität durch klares Profil (z. B. musikalisch, mathematisch, sportlich).
- Mentoring- oder Coachingprogramm für Referendar/-innen.
- Willkommenskultur, guten kollegialen Austausch und Mitgestaltungsmöglichkeiten für die neuen jungen Lehrkräfte.
- Attraktivität durch lebendige kommunale Bildungslandschaften.

Die Kommune als Schulträger und möglicher Wohnort könnte folgende Maßnahmen erwägen:

- Willkommenskultur, Einbeziehung der Lehrkräfte ins gesellschaftliche Leben.
- Gute Ausstattung der Schule.
- Hilfe bei der Wohnungssuche, Bereitstellung günstiger Wohnimmobilien.
- Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche für den/die Partner/-in.
- Familienfreundlichkeit: Unterstützung bei Kinderbetreuung und Schulanmeldung.

Eine Vernetzung der Akteure soll eine kooperative Schulentwicklungsplanung zwischen Land, Kommunen und Schulen anregen. Bedarfe können so frühzeitig erkannt und die Sicherung eines langfristig gesicherten fachgerechten Unterrichts erreicht werden. ■

## Die Zukunft der Dörfer – zwischen Stabilität und demografischem Niedergang

**Studie von Steffen Kröhnert, Eva Kuhn, Margret Karsch und Reiner Klingholz, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin, November 2011**

Deutschlands Bevölkerung schrumpft und altert. Besonders betroffen davon sind ländliche Gemeinden. Je kleiner die Orte und je weiter entfernt sie von wichtigen städtischen Zentren liegen, desto schwieriger ist die Lage. In der Studie wird deshalb gefordert, die unterschiedlichen regionalen Entwicklungsbedingungen politisch zu akzeptieren und sich von der grundgesetzlich angemahnten „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen" zu verabschieden. Dünn besiedelte ländliche Regionen brauchen andere, gelockerte gesetzliche Standards für ihre Infrastruktureinrichtungen als wachsende oder urbane Regionen. Die explodierenden Kosten der Daseinsvorsorge aufgrund immer höherer bürokratischer und technischer Anforderungen würden ansonsten ein Leben auf dem Lande vielerorts unbezahlbar machen.

Abrufbar unter http://www.berlin-institut.org/?id=833

## Standortfindung für Windkraftanlagen im Naturpark Altmühltal – Zonierungskonzept

**Modellprojekt von Prof. Dr. Markus Reinke, Dr. Christina Kühnau, Dipl.-Ing. Peter Blum, Dipl.-Ing., Louise Leconte, Dipl.-Ing. Monika Brunnhuber, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, Institut für Landschaftsarchitektur, November 2011**

Windkraftanlagen sind privilegierte Vorhaben, die im Außenbereich grundsätzlich bauplanungsrechtlich zulässig sind, wenn die Vorschriften des Bauordnungsrechts eingehalten werden. Im Zusammenhang mit der Förderung Erneuerbarer Energien und der Öffnung von Landschaftsschutzgebieten mehren sich Anfragen für die Errichtung von Windkraftanlagen in Naturparks. Die angewandte Methodik für die Aspekte Natur-/Artenschutz und sog. Postkartenmotive ist auf andere Naturparke Bayerns anwendbar, um auch dort eine Kategorisierung der Flächen in Tabuzonen, Entscheidungszonen und Ausnahmezonen zu treffen.

Abrufbar unter www.hswt.de/fgw/infodienst/2012/november/landschaftsarchitektur.html

## Kurzumtriebsplantagen aus ökologischer und ökonomischer Sicht

**Bericht von Kathrin Strohm, Jörg Schweinle, Mirko Liesebach, Bernhard Osterburg, Anne Rödl, Sarah Baum, Hiltrud Nieberg, Andreas Bolte, Katja Walter, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig, Oktober 2012**

In den letzten Jahren ist die deutsche Fläche an Kurzumtriebsplantagen (KUP) überproportional stark angestiegen, wobei sich die größten KUP-Flächen in Brandenburg, Niedersachsen und Bayern befinden. Ziel dieses Projektes war es, den aktuellen Stand der Erkenntnisse zu den ökologischen und ökonomischen Effekten des KUP-Anbaus zusammenzustellen.

Abrufbar unter www.vti.bund.de/de/startseite/institute/lr/publikationen/arbeitsberichte-der-agraroekonomie/arbeitsberichte-aus-der-vti-agraroekonomie.html

# Personalien

## Dr. Theodor Weber im Ruhestand

MinDirig Dr. Theodor Weber ist zum 31. Oktober 2012 in den Ruhestand getreten. Der 65-Jährige war 1985-88 unter Franz-Josef Strauß in der Staatskanzlei München, 1988/89 Mitglied im Kabinett von EU-Kommissar P. M. Schmidhuber und ist seit 1989 im Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten. Dort leitete er verschiedene Interministerielle Arbeitsgruppen, war Mitglied in Bund-Länder-Arbeitsgruppen sowie Kommissionen zur Agrarforschung und zu Nachwachsenden Rohstoffen und seit 2004 Abteilungsleiter für Grundsatzfragen. 1992-1999 war er Vorstandsvorsitzender der Koordinierungsstelle für Nachwachsenden Rohstoffe C.A.R.M.E.N., für deren Aufbau er ein wichtiger Impulsgeber war.

Seit 2004 wirkt Dr. Weber im ASG-Vorstand mit, seit 2010 als stellvertretender Vorsitzender. Die ASG wünscht Dr. Weber für seinen Ruhestand alles Gute und freut sich, weiterhin auf seinen Sachverstand und sein Engagement zählen zu können.

## Erneuerbare Energien

**unterstützt durch GIS und Landmanagement**

*Martina Klärle (Hrsg.). Wichmann – VDE Verlag GmbH, Berlin 2012, 447 S., ISBN 978-3-87907-518-8, 48,00 €.*

Erneuerbare Energien brauchen Fläche, die von Kommunen und Landkreisen zur Verfügung gestellt werden muss. Dabei sind Belange von Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz ebenso zu berücksichtigen wie Anwohnerinteressen. Landmanagement und Geoinformationssysteme können dabei helfen, unter diesen Voraussetzungen die am besten geeigneten und ertragreichsten Flächen zu identifizieren. Geoinformation kann zudem durch Visualisierungstools die Ergebnisse für Laien transparent und einleuchtend aufbereiten. Das Buch erläutert die gesetzlichen und planerischen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien. Darüber hinaus bietet es ein vielfältiges Spektrum an Werkzeugen und Anwendungsbeispielen wie z. B. automatisierte, ganzheitliche Potenzialanalysen für alle erneuerbaren Energieformen, Solardachkataster, Sichtbarkeits- und Schattenwurfsimulationen für Windräder, Wärmebedarfskataster u. a. m. Es richtet sich an verantwortliche Ingenieure und Planer in den Bereichen Geo- und Umweltwissenschaften, Stadt- und Raumplanung, Vermessungswesen, Landschaftsarchitektur etc. sowie an Wissenschaftler und Studierende. za

## Erfolgsfaktor Energieeffizienz. Investitionen, die sich lohnen

**Wie Unternehmen und öffentliche Einrichtungen Energie und Kosten einsparen können**

*Maximilian Gege, Marilyn Heib (Hrsg.). oekom Verlag, München 2011, 272 S., ISBN 978-3-86581-267-4, 24,90 €.*

Ohne die Realisierung aller schon bekannten und praxiserprobten Energieeffizienz-Maßnahmen wird die Energiewende, gleich welchen Szenarios, nicht gelingen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen hinsichtlich $CO_2$-Reduktion, Senkung des Energieverbrauchs und künftiger finanzieller Vorteile belegen die Autoren mit eindrucksvollen Zahlen. Sie analysieren die Einsparpotenziale an Energie und $CO_2$ in Deutschland und die Gründe, weshalb Energieeffizienz in Unternehmen noch nicht umfassend umgesetzt wird. Zahlreiche Praxisbeispiele von Unternehmen und öffentlicher Hand helfen, Effizienzpotenziale zu erkennen. Abschließend stellen die Autoren mit dem „Zukunftsfonds“ ein Mittel zur Finanzierung der notwendigen Investitionen vor, das ohne finanzielle Beteiligung des Staates auskommt und dennoch pro Jahr zweistellige Milliardenbeträge für den energetischen Umbau zur Verfügung stellen könnte. za

## Energiewende nach Fukushima

**Deutscher Sonderweg oder weltweites Vorbild?**

*Peter Hennicke, Paul J. J. Welfens. oekom Verlag, München 2012, 284 S., ISBN 978-3-86581-318-3, 29,95 €.*

Sachlich im Ton, schonungslos in der Kritik stellen die Autoren die Atomstromwirtschaft in Deutschland auf den Prüfstand. Sie entlarven die extreme Unterversicherung der AKWs (nicht einmal 1 % der Schadenssumme eines Super-GAUs) als gigantische Schattensubventionierung. Eine risikogerechte Haftpflichtversicherung für jedes AKW mache eine Subventionierung der erneuerbaren Energien überflüssig, Strom aus Windkraft z. B. sei unter diesen Bedingungen bereits wettbewerbsfähig. Die Energiewende sei möglich, notwendig und bringe sowohl gesellschaftliche als auch ökonomische Vorteile. Behindert werde sie u. a. durch den Beharrungswillen und die gute Vernetzung der Atomwirtschaft in Richtung Politik und durch Märchen wie das vom klimafreundlichen Atomstrom. Dieser angeblich so klimafreundliche, künstlich billige Atomstrom habe im Gegenteil zu einer Expansion von energieintensiven Industrien und damit zu erhöhten THG-Emissionen geführt. Die Autoren sind überzeugt, dass Deutschland die einmalige Chance hat, durch eine exemplarische Energiewende den Anstoß für einen weltweiten ökologischen Umbau der Energiesysteme zu geben, und entwerfen Eckpunkte und Zielperspektiven eines nachhaltigen Weltenergiesystems. za

# Tassilo Tröscher-Stiftung
## Für die Menschen im ländlichen Raum

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

# Aufruf zum Wettbewerb 2013

## Was wird ausgezeichnet?

Aus den Erträgen der Stiftung werden in zweijährigem Turnus Preise für innovative Entwicklungen in den folgenden Bereichen verliehen:

- Verbesserung der Agrarstruktur
- Dorfentwicklung
- Umweltverträgliche Landbewirtschaftung und artgerechte Tierhaltung
- Agrarsoziale Sicherung
- Einkommensoptimierung sowie Erwerbs- und Einkommenskombinationen in Landwirtschaft und ländlichen Räumen
- Gestaltung landwirtschaftlicher Betriebsmodelle

## Preiswürdige Initiativen

Bei den preiswürdigen Initiativen kann es sich handeln um:

- eine bemerkenswerte wissenschaftliche Arbeit
- eine publizistisch hervorragende Darstellung
- eine innovative Konzeption
- eine administrativ außergewöhnliche Entscheidung oder Maßnahme
- ein innovatives praktisches Beispiel

## Meldungen

Formlose Meldungen für den Stiftungswettbewerb bitte bis zum 31. März 2013 an:

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Kurze Geismarstr. 33
37073 Göttingen

Fon (0551) 49 709 - 0
Fax (0551) 49 709 - 16

info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

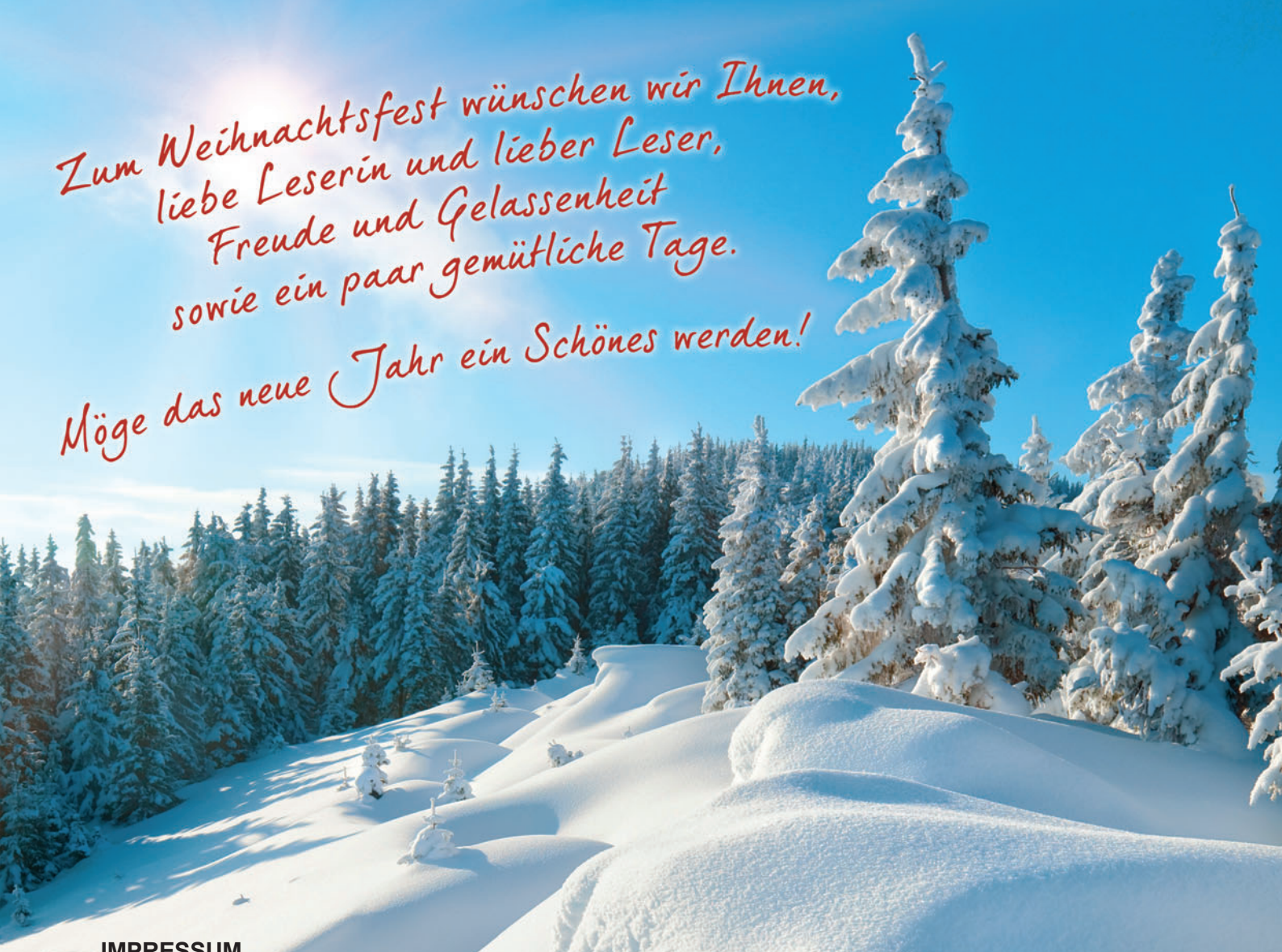
Staatsminister a.D. Dr. Dr. h.c. Tassilo Tröscher († 2003), Mitbegründer der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., hat 1992 aus Anlass seines 90. Geburtstages die Tassilo Tröscher-Stiftung – Für die Menschen im ländlichen Raum – begründet.

Der **Stiftungspreis** in Höhe von

**6 000 €**

kann auf mehrere Projekte verteilt werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury.

Bewerbungsschluss 31. März 2013




**IMPRESSUM**

ISSN 0179-7603

**Herausgeber**
Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Postfach 1144
37001 Göttingen
Tel. (0551) 4 97 09-0
Fax (0551) 4 97 09-16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

**Geschäftsführung**
Dipl.-Ing. agr. Michael Busch (komm.)
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning (komm.)

**Redaktion**
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
Tel. (0551) 4 97 09-26
ines.fahning@asg-goe.de

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

**Layout**
Mirko Wende, www.mirkomedia.de

**Druck**
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/Westfalen

**Nachdruck und sonstige Verbreitung**
(auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

**Ländlicher Raum**
erscheint viermal im Jahr (jeweils zum Ende eines Quartals). Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang.

Die Online-Ausgaben sind jeweils zehn Monate nach Drucklegung auf der ASG-Website als pdf-Datei verfügbar.

**Preise**
Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum" beträgt 36,- € plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (90,- €, Studenten 36,- €) enthalten.

**Konto**
Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
Konto-Nr. 1 087 006
BLZ 260 500 01

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier.

Gefördert durch:
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Foto: wildman - Fotolia.com

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

# Landleben heute

## Lebensqualität – Lebensformen – Vielfalt

**Sonderheft 03/2012**

Die Bundestagsfraktionen der Parteien haben in den letzten Monaten Positionspapiere zum ländlichen Raum beschlossen, die große Übereinstimmungen hinsichtlich Problemanalyse und Neuausrichtung der Politik für den ländlichen Raum enthalten. Alle sprechen von integrierter ländlicher Entwicklung, von einer Verbesserung des Informations- und Erfahrungsaustausches und von einer verbesserten Koordination der Aktivitäten im und für den ländlichen Raum. In diesem Heft lassen wir Autorinnen und Autoren – jung und alt – zu Wort kommen, die über die unterschiedlichen Aspekte des Landlebens informieren. Sie alle geben positive, teils visionäre Anregungen für die zukünftige Gestaltung des Lebens im ländlichen Raum.

**Die Beiträge sind den folgenden Themenbereichen zuzuordnen:**

- Generationendialog
- Wohnen und Wohnprojekte
- Wanderung und Bleibeperspektiven
- Integration und Inklusion
- Infrastruktur

**Zu beziehen bei:**

Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Kurze Geismarstr. 33, 37073 Göttingen,
Tel. (0551) 4 97 09 - 0, Fax: 4 97 09 - 16, info@asg-goe.de

Einzelpreis 9,- €